2,50
dez 96
DRUCK

Klarofix

Leipziger Periodikum für qualitativ hochwertige Konsumgüter auf dem Gabentisch

EURE HAND FÜR UNSER PRODUKT!

Editorial

So, das Zeug ist raus aus der Rechenmaschine, und ich muß nur noch diese Zeilen schreiben, dann ist auch am aktuellen Klarofix nix mehr zu ändern.

Kurz vor Erscheinen des letzten Heftes wurde in Leipzig der Syrer Achmed Bachir von randalierenden Rassisten ermordet. Viele von uns sahen sich ihrer eigenen Ohnmacht gegenüber. Was willst du da auch machen. Ein Mensch ist tot und ein Spendenkonto macht ihn nicht wieder lebendig. Vor der Frage, was sich aus dieser Situation für konkrete Aktivitäten ergeben könnten, saßen wir alle recht armseelig da. Von „Aufeinanderzugehen" war die Rede „was miteinander machen", den Mord zum Anlaß nehmen, sich stärker um die Belange von Migrant/inn/en zu kümmern. Möglichkeiten gäbe es sicher genug. Wieviele von uns arbeiten zusammen mit Polen, Portugiesen oder Afrikanern auf dem Bau in irgendeiner Klitsche oder Küche, ohne sich für deren Belange auch nur zu interessieren? Wieviele von uns könnten sich an der viel zu kurz kommenden Hilfe für Abschiebehäftlinge (fragt mal im Infoladen) beteiligen? Für uns als Klarofixer/innen war schnell klar, daß wir nichts von dem leisten können würden, wenn wir zum Beispiel das Heft weitermachen wollen. Die meisten von uns haben tatsächlich genug damit zu tun, abgesprochene Beiträge termingerecht hinzukriegen, oder überhaupt zu den Redaktionssitzungen zu erscheinen und Einfluß auf das Heft zu nehmen. Ziemlich unbefriedigende Entschuldigung, was?

Ab Seite 4 gibt´s ´nen ganzen Komplex zur Demo in Wurzen. Für die, die da waren, (und das waren ja fast alle) wird das meiste nix neues sein. Es gibt einen Erlebnisbericht, ein paar Überlegungen über die Herangehensweise an solche Geschichten und eine erste Einschätzung des Bündnis gegen Rechts, die so ähnlich schon in der jungen welt vom 21.11. zu lesen war. Dazu sind noch ein paar Flugblätter gestellt, die vor bzw. auf der Demo verteilt wurden. Nach der erfolgreichen Demonstration an sich stellen sich natürlich immer noch genug Fragen nach dem „wie weiter". Die Faschos, denen im Muldentalkreis der Boden weggezogen werden soll, sind noch da. Inwieweit sich durch die Demo einzelne Leute in der Region selbst ermutigt fühlen, was zu tun, bzw. inwieweit sie dafür auch Ideen entwickeln, ist völlig offen. Aber realistischerweise ist hier Skepsis angebracht. Allen, die das Thema weiterverfolgen bzw. sich selbst daran beteiligen möchten, sei zunächst mal das Nachbereitungstreffen am Nachmittag des 7. Dezember nahegelegt. Der genaue Ort ist noch nicht klar, ruft einfach mal unter 4777829 an und fragt.

Ab Seite 14 setzt sich die in den letzten beiden Heften begonnene Diskussion um das Ende des Sozialstaates bzw. der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich auf der Sozialstaatsebene widerspiegelt, fort. Zu dem Thema gibt es weltweit eine Debatte, die Frage nach den besten Reaktionen auf die Krise beschäftigt nicht nur „Linke" und Gewerkschaften, auch die bürgerliche Grübler/innen suchen nach Auswegen aus der Klemme, in die der Kapitalismus geraten ist. Ob es sich dabei um die finale Krise, das letzte Aufbäumen einer idiotischen Gesellschaftsform handelt, oder ob es den Herrschenden gelingt, einen neuen Aufstieg anzukurbeln wird die Geschichte zeigen. Was wir dazu zu sagen haben, und was wir zu tun gedenken, müssen wir entscheiden. Bevor wir aber irgendwas tun, sollten wir verstehen, was um uns herum eigentlich passiert, und uns nicht planlos zu Spielbällen „höherer Mächte" machen lassen. Vielen Dank an dieser Stelle an Thomas vom Subbotnik und an N. Köhler für ihre Beiträge zur Debatte.

Eine Geschichte wie die in den letzten beiden Klaros unter dem Motto „das ist Trash - deshalb ist das nicht Scheiße" veröffentlichten, fehlt diesmal. Wir sind mehr als einmal auf diese beiden Erzählungen angesprochen wurden, die meisten Leute, die reagiert haben, fanden die Teile ziemlich Scheiße. Wir müssen leider eingestehen, daß wir uns um eine Entscheidung zur Nichtveröffentlichung gedrückt haben. Wir wollten nicht Zensur spielen, weil wir eben nicht für euch entscheiden wollten, was ihr gut finden sollt. Aber schließlich machen wir das Heft und es wäre natürlich unser Ding gewesen, über die Veröffentlichung wenigstens zu diskutieren. Wir aber haben es nicht einmal geschafft, die Teile vorher mal gelesen zu haben, um dann eine gemeinsame Entscheidung zu fällen.

Naja, vielleicht schaffen wir das beim näxten mal. Bis dahin

Euer Foxi

Inhalt

4 Gelaufen: Demo in Wurzen
14 Zum Ende des Sozialstaates
16 Raus aus der Krise (ein paar Diskussionsangebote in Sachen Zukunft)
22 Rassismus ist kein Zufall!
24 Kurzmeldungen
28 Chronik deutscher Ausländer/innenpolitik
36 Der Rechte Rückspiegel
37 Kahina-Veranstaltungshinweise
38 politische Gefangene in der Türkei
40 Rundumschlag
43 Leserbrief zum Thema Punx und ihre Schwulenfeindlichkeit
44 Film: The Big Sleep
46 Bettlektüre
48 Animal Man: Er rettet Tiere aus fun!
49 Buchbsprechung: George Orwell
50 Der Ball ist rund
54 Important Shit
55 Kreuzworträtselseite
56 Weihnachtsmärchenbuch zum Selberbasteln
59 Preisausschreiben!

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro,
Peterssteinweg 13,
Leipzig 04107,
E-Mail: Druck@Link-L.cl.sub.de

L'ATTENTAT

POLIT-PUNK DER ALTEN SCHULE

EINE LP KOSTET 8,-DM's PLUS PORTO
AB 10 LP's KOSTET DAS STÜCK DANN
7,-DM's PLUS PORTO !!WEITERVER-
KÄUFER UND TAUSCHLUSTIGE BITTE
MELDEN !!!

PORTO KOSTET: SCHEIß POST!
IN DUSSELLAND-6,90 DM
IN EIMEROPA -12,- DM
IN DEM REST -15,- DM

LP IST INCL. AUFNÄHER, STICKER's,
16 SEITEN HEFTCHEN UND INFOZEUG!

L'ATTENTAT

BESTELLUNGEN AN:
SVEN STELLWAG
BORNAISCHE STR.54(HH)
04277 LEIPZIG (DDR)

MADE IN GDR

WURZEN 16.11.

WEIHNACHTEN UND OSTERN AUF EINEN TAG?

Klarofix bietet Gruppen, Personen und Organisationen ein monatliches Podium, um Informationen, Standpunkte und Diskussionsbeiträge zum politischen Geschehen in Stadt und Region über Themen jenseits der "Aufbau-Ost" Jubelberichterstattung und jenseits der Kommerz- und Yuppiekultur einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. Es öffnet sich vor allem Themen, die von anderen regionalen Medien ausgespart, verschwiegen oder verfälscht dargestellt werden, weil sie entweder nicht ins herrschende Meinungsbild passen, weil sie nicht den entsprechenden verkaufsfördernden Sensationscharakter besitzen, oder weil sie unbequeme Widersprüche und Problemfelder im gesellschaftlichen Alltag aufzeigen.

Klarofix begreift sich nicht als Zentralorgan einer konkreten politischen Gruppierung oder Organisation und wird von allen Helfer/innen und Mitarbeiter/innen unentgeltlich hergestellt. Der veranschlagte Preis stellt ausschließlich den Materialpreis zur Herstellung eines Heftes dar, alle inhaltlichen Zuarbeiten, die Herstellung, der Vertrieb, sowie die technischen Hilfsmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Alle im Heft erschienen Beiträge stellen, wenn nicht anders gekennzeichnet, die Meinung des/r Autors/in/innen dar.

Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, Helfer/innen und Freund/innen, die durch ihre Mithilfe das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe ermöglicht haben und hoffen, daß Klarofix seinen Leser/innen Spaß macht und Ansatze aufzeigt, um die Entwicklungen, die uns wichtig sind, selbst mitzubestimmen.

DRUCK, Leipzig

Das war sie nun, die Wurzen-Demo, um die es so viel Aufregung gegeben hat. Für uns als Klarofix stellt sich wenige Stunden nach den letzten Nachwehen die Aufgabe, ein Resümee zu ziehen, das auszusprechen, was sich für die eigentlichen Demo - Organisatoren erst in der Auswertung in den nächsten Wochen ergeben wird. Aber uns sitzt der Drucktermin im Nakken und im nächsten Heft ist das Thema längst ein alter Hut. Hier also ein erster Versuch über die Demonstration am 16.11.96 in Wurzen zu berichten, auch auf die Gefahr hin, bestimmte Aspekte auszulassen bzw. in diesem Moment zu übersehen.

VORFELD

Warum es Leute als wichtig empfunden haben, in Wurzen eine antifaschistische Demonstration zu veranstalten, haben wir in unseren letzten Ausgaben in Form von offiziellen Aufrufen und mehreren Situationsberichten aus dem Muldentalkreis ausgiebig dargestellt. Mehrere Initiativen haben lange im Vorfeld die rassistischen und neofaschistischen Entwicklungen im Muldentalkreis aufgearbeitet. In einer beachtlichen Broschüre wurden die Ergebnisse dokumentiert, Wurzen-Kampagnen wurden in's Leben gerufen und eine Informationstour durch's Bundesgebiet initiiert. Als Höhepunkt der monatelangen Öffentlichkeitsarbeit galt die Demonstration am 16. November. Ein Block von Bündnispartnern hat antifaschistisch eingestellte Menschen und Initiativen zur Teilnahme aufgerufen. Irritationen erregte ein ausführlicher Demoaufruf, der schon in der Vorbereitung das unterschiedliche Verständnis über Antifa-Arbeit und seine Formen bei den verschiedenen Leserkreisen offenlegte. Die bürgerlichen Medien sahen Wurzen - ihr gutes Stück Sachsen - schon in Flammen und auch einige PDS GenossInnen interpretierten bestimmte verbale Antifa-Standards als Aufrufe zu Mord und Totschlag. Auch wenn diesen Personenkreisen der Angstschweiß von der Stirn getupft werden konnte, gab es genug Leute, die Wurzen schon in ein zweites Verdun verwandelt sahen. Wurzens Bürgermeister Pausch und SPD Vertreterinnen stemmten sich mit allen Mitteln der ideologischen Kriegsführung gegen die Demonstrationsgenehmigung und sorgten dafür, daß sich die Behörden tatsächlich auf einen Grabenkrieg mit den wilden Anarchisten-

horden aus Kreuzberg und Hafenstraße einrichteten. Die Muldentaler Faschos surften auf den Wellen der Panikmache von Presse und Politik mit, sammelten an Wurzener Schulen Unterschriften und verteilten schreckeneinflößende Flugblätter. Sie versuchten sogar, in Zwickau zu einer Gegendemo zu mobilisieren (14 Festnahmen) und gaben über´s Infotelefon die Order aus, Antifas auf den Bahnhöfen abzufangen. Damit nordöstlich von Leipzig nicht alles vor Todesangst an Herzschlag stirbt, überschlugen sich dann kurz vor dem Demotermin auch die 'prominenten' AnmelderInnen - Steffen Tippach (PDS) und Annelie Buntenbach (Grün) -, der Weltöffentlichkeit den Schrecken vorm dritten Weltkrieg zu nehmen und unbedingte Gewaltfreiheit zuzusichern. Das im Nachhinein vielbesungene 'gelungene Konzept der Sicherheitspartnerschaft' war von den eigentlichen InitiatorInnen nie erwogen worden und ist eine reine Gazetten-Ente. John Wayne wäre blaß geworden, hätte er am Vorabend der Ungeheuerlichkeit BILD gelesen, die von einer verbarrikadierten Stadt schrieb, in der die Rolläden herunter gelassen waren, sämtliche Schulen und Supermärkte geschlossen sind und jeder Wurzener, der sein Leben liebt, keinen Fuß vor die Haustür setzt.

BÜNDNISDEMO

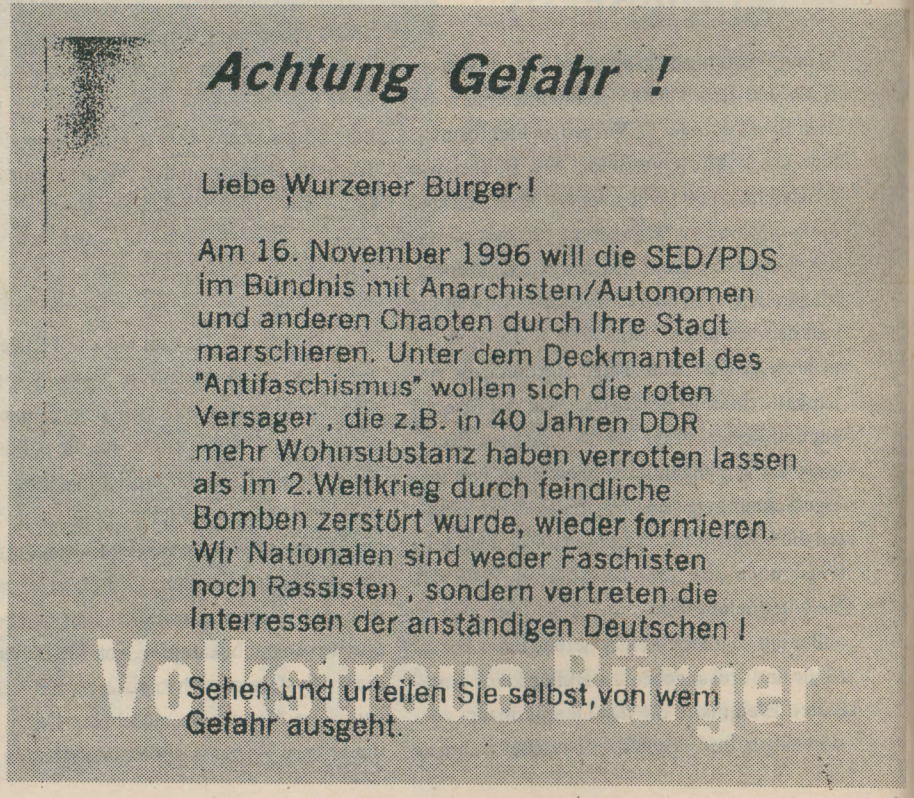
In den Vormittagsstunden des 16.11. reisten per Bahn und Bus 4-6000 TeilnehmerInnen aus dem Bundesgebiet in Wurzen an und formierten sich in Marschordnung. Die Polizei war offiziell mit 1200 Leuten vor Ort, hielt sich aber in ihrer Masse im Hintergrund (anwesend waren Cops aus Bayern, Hessen, USK, Leipzig, Magdeburg). Mit über einer Stunde Verspätung und dem üblichen Demostreß setzte sich der mehrere hundert Meter lange Zug durch die verwinkelte Stadt in Bewegung. Auf der Strecke wurden Redebeiträge verlesen und auf Ereignisse der Vergangenheit hingewiesen. Nur wenige Schaulustige und Sympathisanten säumten die Straßen, und bekamen dafür auch teilweise noch den antifaschistischen Zorn der DemoteilnehmerInnen ab. Ansonsten gab es außer ein paar kaputten Scheiben einer Bankfiliale und drei angebeulten Bullen keine ernsthaften Ereignisse, die das Demokonzept zerstört hätten. Im Gegenteil, es ist sicher vielmehr gelungen, die Wurzner Bevölkerung zumindest für einen Tag zu beeindrucken und aus ihrem Dornröschenschlaf zu schrecken. Die staatlichen Ordnungshüter machten sich wegen ihrer martialischen Ausstaffierung eher zum Gepött des Tages, als daß sie die Rolle des schlichtenden Übervaters ausgefüllt hätten. Hier versuchte man durch Auflagen, Schaulaufen und Schikane Muskeln zu zeigen und sich als Herr der Lage aufzuspielen. Herr der Lage waren da aber sicher eher die Demo-Organisatoren, die den Ballanceakt zwischen militanten Gruppen, bürgerbewegten Demokraten, erlebnishungrigen Punkerhorden und der bürgerkriegsgerüsteten Polizei halbwegs würdevoll überlebten. Im Nachhinein kann man von einer gelungenen Demonstration sprechen, deren politisches Ziel erreicht wurde und die die erhofften Zeichen gesetzt haben wird. Wurzen erfreut sich bester Gesundheit, kein Fascho wurde zu Tode gehetzt oder in der Luft zerissen, kein Bulle ernsthaft beschädigt und keiner der unterschiedlichen Gruppen hat wohl ernsthaft ihr Gesicht verloren, obwohl die wenigsten Teilnehmer mit allem zufrieden gewesen sein dürften. Aber Demos werden ja nicht vorrangig für Teilnehmer gemacht. Die regionalen Medien haben dem Thema den erhofften Platz eingeräumt, wenn sie sich auch nicht an Ehrgeiz überschlugen und im Falle von LVZ wieder bitterböse bis gefährliche Ahnungslosigkeit bewiesen. Dort war vom Antifa-Aufmarsch die Rede und landeten Antifa und Faschos unterschwellig wie gewohnt in einem Gewalttäter-Topf. In überregionalen Medien wurde die Demo nur als Kurzbericht erwähnt.

WAS BLEIBT,

ist zu fragen, ob das nun alles war? Die Antwort liegt auf der Hand. In Wurzen konnten 6000 Leute den Faschos lediglich für einen Tag den Schneid abkaufen. Wie sich die politischen Vertreter nach der Öffentlichmachung ihres Problems verhalten, bleibt abzuwarten, dürfte aber keine entscheidenten Umbrüche bringen. Rassismus und Faschismus, dessen Ursachen sich im System wiederfinden, läßt sich konsequent eben nur bekämpfen, von Menschen, die dieses System an sich kritisieren und sich gegen seine Auswüchse auflehnen. Dabei wird ihnen kein Vertreter des Systems helfen. Die antifaschistischen Kräfte müssen den Zuständen durch ihre Stärke und ihrer Entschlossenheit und Solidarität den eigenen Willen aufzwingen. Hier gilt es nun, das in Wurzen geschaffene Bündnis von antifaschistischen Kräften am Leben zu erhalten und auszubauen. „Kein Fußbreit den Faschisten" bedeutet in der Konsequenz eben nicht „Nazis raus", sondern die Räume mit eigenem Leben zu füllen. Überall. Wie dringend geboten dies ist, beweist, wie selbstbewußt die Rechten hier schon wieder agieren. Waren es bisher Linke, die gegen rechte Aktivitäten mobilisierten, sind es nun schon die Rechten, die zu Gegendemos und Aktionen aufrufen. Wenn es ihnen auch noch nicht so richtig gelingt, liegt das aber weniger an der tollen Polizei oder einer pfiffigen Antifa. Wenn die jugendlichen Faschos aus ihren Bomberjacken und Boots herauswachsen, haben wir es mit bürgerlichen Saubermännern zu tun, die im rechten Konsens der Gesellschaft eine bequeme Hängematte finden, mit der sie sich zu immer extremeren Forderungen aufschwingen werden. Wer Wurzen ausschließlich als Demo wahrnimmt, dem entgeht eine Chance weiterzumachen. Bleibt abzuwarten, wie die Organisatoren selbst ihre Aktivitäten beurteilen werden.

+ AG Junge GenossInnen Leipzig
+ AG "Autonome Gruppen in und bei der PDS"
+ Aktionsrat TU-Berlin
+ Alternative SchülerInnenzeitung Klarkopf Quertext (Leipzig)
+ Annelie Buntenbach (MdB, B90/Grüne)
+ Antifa De/Dz (Dessau, Delitzsch)
+ Antifa RDL (Roßwein, Döbeln, Leisnig)
+ Antifa Weimar
+ Antifa Wittenberg
+ Antifa Duisburg
+ Antifa Arbeitskreis Castrop-Rauxel
+ Antifa Bitterfeld
+ Antifa Ha/Gu (Harz-Quedlinburg)
+ Antifa Jugend Front (Oldenburg)
+ Antifa Aschersleben
+ Antifa Bonn/Rhein-sieg (AA/BO)
+ Antifa Jugendfront Berlin
+ Antifa Norderstedt
+ Antifa Walddörfer (Hamburg)
+ Antifa nierstein
+ Antifa - West (Bielefeld)
+ Antifaarchiv Metropolis (Potsdamm)
+ Antifaschistische Aktion Halle/S.
+ Antifaschistische Aktion Berlin
+ Antifaschistische Jugendfront (Hamburg)
+ Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg
+ Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion (Braunschweig)
+ Archivgruppe Kiel
+ Atelierhaus ZORO e.V. (Leipzig)
+ Autonome Antifa (M) - Göttingen
+ Autonome Antifa Heidelberg
+ Autonome Frauengruppe Daria Texaxe (Hamburg)
+ B12 e.V. (Leipzig)
+ BewohnerInnenrat Leipzig
+ Brigade "Hans Beimler" (Riesa)
+ Bund der Antifaschisten (Sachsen)
+ Bündnis gegen Rechts (Leipzig)
+ Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf (Celle)
+ Conne Island (Leipzig)
+ Freie ArbeiterInnen Union Halle (FAU/IAA)
+ FRENTE - antifaschistisches Jugendinfo (Leipzig)
+ Friedensweg e.V. (Leipzig)
+ Gruppe GegenStrom (Göttingen)
+ Halle 5 e.V. (Leipzig)
+ IG-Metall Jugend Leipzig
+ Infoladen Erfurt
+ Infoladen Weimar
+ Infoladen Leipzig
+ Ini gegen Hetendorf 13

Nachdem ich jetzt einige Zeit damit verbracht habe, auf dem Bett herumzuliegen und meine Gedanken in Richtung des vergangenen Wochenendes zu koordinieren, muß ich feststellen, daß ich mich keinen Deut schlauer fühle als vorher. Die grundsätzliche Frage, wie jemand überhaupt eine solche gefährliche Dummheit an den Tag legen und als menschlicher Blindgänger seinen Rassismus etc. pp. in seine Umwelt penetrieren kann, ist für mich nach wie vor ungeklärt. Und auf diese läuft es für mich heraus, denn auch wenn überaus beachtliche 6000 Menschen in Wurzen demonstrieren (wovon ich nicht sehr viel mitbekam, war ich doch mit einen demo-organisatorischen Problem-anderer-Leute an den Parkplatz gefesselt), ändert das nichts am rudimentär rückenmarksgesteuerten Lebensinhalt der hohlraumversiegelten Braunköppe. Ich will hier nicht die Frage diskutieren, ob die „armen" Jugendlichen an unterbelichteten Elternhäusern mit inzestuösem Stammbaum leiden - was ich nicht glaube - oder ob an allem der „Aufschwung Ost" Schuld hat. Auch die Frage, ob nicht besser eine DIN für Jugendklübe pro Wurzener geschaffen werden sollte, ist eine solche für mich nicht und daß die Kindergartenerziehung, Schulbildung oder berufliche Ausbildung in Wurzen sich von der anderer geographischer Lagen in diesem oder einem anderen Land gravierend unterscheiden, halte ich für zweifelhaft. Woher kommt die Erscheinung, daß Menschen ein derart unterentwickeltes Selbstbewußtsein zum Massenphänomen zu „kultivieren" versuchen? Ich möchte hier weder einen rassistischen Konsens (an den ich nicht glaube) beschwören, noch die Keks-Stadt zum isolierten Narrenhaus erklären - irgendwas in Richtung Wahrheit liegt irgendwo dazwischen. Und um dieses „dazwischen" zu beschreiben liegt der Gebrauch von Begriffen wie Massen- und Machtverhalten, individuelle Entmündigung, gesellschaftliche Wertbildung, Erziehung zur Anpassung, erlebbarer historischer Bezug einer Gesellschaft und weiter in dem Kaliber, für mich nahe. Damit einhergehend und das Thema der Alternative berührend, die Formulierung einer solchen als Utopie. Nicht als reaktive Nischenlebensweise, sondern als gesellschaftlich praktikablen Entwurf. Jener ist in letzter Zeit etwas aus der Mode gekommen, wenn nicht gar mit einem Bannfluch belegt und so wird sich zumeist auf die einfachere Formulierung einer, über Abgrenzung nicht hinausgehenden, Gegenhaltung zurückgezogen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, mir geht es nicht um die Nivellierung von Subkulturen gleich welcher Art, sondern darum,



daß, wenn der Mensch nicht im linksradikalen Interesse liegt, sondern sein Antipode, nichts weiter zu tun bleibt, als die Scherben zusammenzukehren in denen jetzt auch Wurzen zu liegen hätte, wenn dort der Mob geschlossen dumpfbraun vor sich hin brüten würde. Nun hat aber daß, was im weiteren Vorfeld dieses Wochenendes liegt, sei es die Pressearbeit oder andere Winkelzüge zur Durchsetzung einer, vermeintlich subjektiven, Wahrheit das embryonale Stadium der reinen Gegenhaltung überschritten und - nicht nur der Stadt Wurzen - einen Handlungszwang auferlegt, dessen drohenden Leerraum es zu füllen gilt mit - nun ja, mit utopischen Gedanken. Oder zumindest deren Grundlagen. An dieser Stelle könnte/sollte der Topf mit den heißen Kastanien, die da „Ideale" und „Werte" heißen, stehen, mit denen ähnlich treffsicher umzugehen wäre, wie mit den Steinen jenes Samstages. Hinter dem Faschismus steht das Kapital ist eben nur die halbe Wahrheit, denn hinter dem Kapital stehen Menschen. Und deren Handlungsweise ist nicht genetisch vorprogrammiert. Es ist nicht weniger radikal, sich seinen Lebensraum nicht vollständig außerhalb der Gesellschaft zu suchen, es ist weniger bequem dies zu tun. Denn wer will schon jeden - oder wenigstens jeden zweiten - Tag die Auseinandersetzung mit „dem Proll". Doch wenn wir nicht darauf bauen, daß er eines schönen Tages mit lautem Woarp von der Bildfläche verschwindet, werden wir nicht umhin kommen, etwas zu tun, in dem Heinz und Gabi Mustermann mehr als die Rolle der Keksdose mit 'ner Ladung Dynamit im Arsch spielen; und in der Hinsicht war'n wir schonmal weiter.

Wenn ich jetzt irgendwie blöd ein Loch in den azurblauen Himmel geguckt hab, sagt bitte mal jemand Bescheid.

+ Initiative Antiraßistische Politik (Chemnitz)
+ Jugend gegen Rassismus / Unabhängige Antifa (Bayreuth)
+ kahina - autonome Flüchtlingshilfe (Leipzig)
+ Kommunistische Plattform Göttingen
+ Linkes Jugendbündnis Sachsen in und bei der PDS
+ Matthias Gärtner (MdL - Sachsen-Anhalt)
+ Offenes Antifaschistisches Plenum (Leipzig)
+ Offensive (Jugendorganisation der PDS-Leipzig)
+ Patrick Humke (Stadtrat Göttingen)
+ PDS Leipzig-Land
+ PDS Ortsvorstand Altenburg
+ PDS Muldentalkreis
+ PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt
+ PDS Kreisverband Göttingen
+ PDS Landesvorstand Sachsen
+ Red & Anarchist Skinheads (RASH)
+ R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N.
+ Städtepartnerschaft für den Frieden - Antifaschistisches Aktionsbündnis Hamburg
+ Steffen Tippach (MdB)
+ Tod und Mordschlag
+ Ulla Jelpke (MdB)
+ Unabhängige Antifa bielefeld
+ Verband der Motorradclubs Kuhle Wampe
+ Vereinigte Linke (Leipzig)
+ VVN/BdA (Chemnitz)

Ein Erfolg auf allen Ebenen?

Die ersten Nachbetrachtungen zur antifaschistischen Demonstration in Wurzen bewegen sich zwischen Euphorie und zukunftsorientierter Nachdenklichkeit.

Demo rum und keine "besonderen Vorkommnisse" - es ist klar, daß alle an der Vorbereitung Beteiligten abends am 16.11. den Tag zunächst als vollen Erfolg werteten; die Anspannung der letzten Monate fiel von uns ab wie der Deckel aufs Klo. Immerhin: 6000 überwiegend der autonomen Antifa zuzurechnende und zurechnungsfähige TeilnehmerInnen, und das organisationstechnische Konzept war im Großen und Ganzen aufgegangen. Und darüber hinaus hatte dieser Tag durchaus gezeigt, daß wir es geschafft haben, einen wirklichen Motivationsschub zu leisten - zumindest, was antifaschistische Mobilisierungen betrifft.

Das Mobilisierungsmodell - die Demo!

Das Leipziger Bündnis Gegen Rechts (BGR), welches vor der Planung der Demo vorallem mit der Veröffentlichung von Fakten über die faschistische Szene im Muldentalkreis beschäftigt war, legte bei den mehr als dreißig Informationsveranstaltungen zum „Ende der faschistischen Zentren, wie wir sie kennen" sehr viel Wert auf eine inhaltliche Thematisierung der Muldentaler Fascho-Szene als neuartige Qualität des Neonazi-Organisationsmodells für Deutschland. Mittlerweile haben sich in allen Gegenden der Bundesrepublik mehr oder weniger neonazistische Strukturen etabliert und würden unter diesem Gesichtspunkt eine breitere Mobilisierung antifaschistischer Gegenwehr rechtfertigen. Aber gerade das Modell der Schaffung „befreiter Zonen" durch die Nazis erweist sich als exemplarisch für ganze Landstriche in den neuen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Ostsachsen usw.) und auch jüngste Berichte über faschistische Aktivitäten in provinzielleren Gegenden der alten BRD (z.B. Breverstedt bei Bremerhafen) ließen Parallelen in der Organisationsstruktur zur Muldentaler Fascho-Szene erkennen. Deshalb schien es gerechtfertigt, bundesweit zu dieser Demonstration aufzurufen - nicht nur um den politisch Verantwortlichen, der Bevölkerung und den Neonazis vor Ort ein beachtliches Zeichen des antifaschistischen Widerstands vor Augen zu führen, sondern auch um in Antifa-Kreisen einen Diskussionsprozeß anzuregen, wie solchen faschistischen Zentren zu begegnen sei. Während der mit enormem Aufwand betriebenen Mobilisierung dann wurde und deutlich, daß sie sich zu dem Selbstläufer entwickelte, den wir durchaus gewollt hatten, auch wenn dabei immer die Gefahr bestand, daß vom exemplarischen Charakter sowohle der anzugreifenden Strukturen als auch der Demo selbst abgesehen wird. Als die junge welt zwei Tage vor dem 16. November auf der Antifa-Seite „Die Demo!" ankündigte, traf sie die Sache ziemlich auf dem Punkt. Das heißt aber auch, daß das BGR die Forcierung inhaltlicher Überlegungen, wie im Muldentalkreis nach der bundesweiten Aktion antifaschistische Ansätze etabliert werden können, darüber etwas vernachlässigte. Letztendlich braucht es, soviel hat diese Demonstration gezeigt, will man einen ähnlich starken Effekt erzielen beides. Ohne die Herausstellung inhaltlicher Prämissen und einen lange im Voraus angelaufenen Diskussionsprozeß, lassen sich auch die straightesten Antifas in Anbetracht der momentanen Kräfteverhältnisse nicht mehr aus ihrem regionalen Problembereich locken. Kommt dazu noch die vorraussehbare Bedeutung eines Ereignisses an sich - und so ehrlich sollten wir sein, daß die autonome Antifa ein gewisses Maß an Selbstdarstellung braucht, um sich ihres immer noch vorhandenen Interventionspotentials bewußt zu werden, kann eine bundesweiten Mobilisierung auch heute noch erfolgreich laufen.

Erfolgreiche Bündnispolitik.

Noch gibt es keine umfassende Nachbereitung mit allen BündnispartnerInnen der Demonstration. Aber wir wollen uns um eine gemeinsame Diskussion bemühen. Überhaupt war das Bündnis recht schmal; die Anzahl von ca. 70 aufrufenden Gruppen sollte nicht darüber hinweg täuschen. Von uns im Vorfeld angesprochene Gewerkschaften, Kirchengremien, Parteigliederungen und bestimmte Einzelpersonen konnten nicht einbezogen werden bzw. wollten sich nicht einbeziehen lassen. Letzteres trifft vorallem auf Sozialdemokraten und Bündnisgrüne zu. Nicht aber nur auf diese: Auch mit der PDS ergaben sich enorme Bündnisschwierigkeiten, die sich einerseits um das Problem mit dem militanten Grundverständnis der autonomen Antifa seitens vieler GenossInnen, andererseits darum drehten, daß einige Vertreter des Bündnis gegen Rechts den real vorhandenen Pluralismus in der PDS unterschätzt bzw. gar nicht gesehen hatten. Doch eins scheint schon absehbar, einige Kreise innerhalb der beteiligten PDS-Verbände konnten ihre Ängste betreffs „militanten Grundverständnisses" autonomer Antifa-Gruppen abbauen und nicht wenige GenossInnen verstehen jetzt, daß es mehrere Möglichkeiten gibt, wie Provokationen von Polizei und Neonazis entgegengetreten werden kann. Es wurde klar , daß verschiedene Ansätze antifaschistischer Politik durchaus nebeneinander bestehen und sich auf einer Demonstration repräsentieren können, ohne das ein Bündnis daran zerbricht - zumal ein Bündnis, das erst kurze Zeit besteht und weniger als ein halbes Jahr zusammen eine Demonstration plant. Und alle DemoteilnehmerInnen hielten sich an das Konzept, die Kleinstadt nicht in Schutt und Asche zu legen, aber mit Nachdruck zu zeigen, warum in dieser Stadt demonstriert wird und damit auch den marginalen Bevölkerungsteil anzusprechen, der mit kritischem Blick die heimische Fascho-Szene betrachtet. Das BGR hätte sich dabei durchaus noch mehr MitgliederInnen der PDS bei der Veranstaltung gewünscht. Aber vielleicht war es ja ein erster Anfang. Die folgenden Diskussionen werden zeigen, wie sich die Partei in Sachsen, ihre verschiedeen Entscheidungsinstanzen und innerparteilichen Gruppen zu autonomen Antifa-Ansätzen auch öffentlich positionieren. Nur noch soviel, die Beobachtung vom 16. November, wie der PDS-Block gemeinsam mit Autonomen die kurdischen DemonstrationsteilnehmerInnen in die Mitte nahm, um sie vor einem eingriffsbereitem Polizeispalier zu schützen, nötigte vielen Antifas mit eher skeptischem Verhältnis zu der Partei des Demokratischen Sozialismus einigen Respekt ab.

Die Perspektiven im Muldentalkreis

Die ersten Reaktionen der Medien auf die antifaschistische Demonstration waren die schlechtesten nicht. Im Wurzen selber spiegelte sich in erster Linie Erleichterung wieder, daß die Infrastruktur und Wohnbausubstanz der Stadt auch nach der Demo völlig intakt schien. Aber der Kommentar eines Redakteurs der „Muldentalzeitung", der schrieb: „Wer das Eintreten gegen rechte Gewalt - und die gibt es in Wurzen - nur den „Linken" überläßt, muß sich über solche Veranstaltungen nicht wundern", deutet daraufhin, daß es nicht mehr einfach gelingt, antifaschistische Gegenwehr von vorneherein zu diskreditieren. Natürlich sollten solche Aussagen und die Tatsache, daß doch einige WurznerInnen sich der Demonstration anschlossen bzw. mit „Verständnis" darauf reagierten, nicht überbewertet werden. Aber diese Personen und die ansässige Struktur der PDS als einziger größerer Bündnisparner vor Ort sind von einiger Bedeutung, für das was jetzt im Muldentalkreis folgen muß. Die Demonstration war schon immer als Teil eines Prozesses geplant, an dessen „Ende" die Neonazis sicher nicht vom Erdboden verschluckt, zumindestens aber viel isolierter und wirkungsloser sein sollen und nicht mehr den hegemonialen politischen und jugendkulturellen Faktor darstellen. Für das BGR könnten sich hier eine ganze Reihe von Schwierigkeiten auftun: Geht es jetzt doch darum, auf anderen Ebenen Antifa-Arbeit zu leisten. Es wird sich nicht umgehen lassen, jugendkuturelle und sozialarbeiterische Aspekte zu thematisieren, ja sogar versuchen diese im Muldentalkreis praktisch umzusetzen. Und dies muß so schnell wie möglich passieren, denn der Druck den die Demonstration auf die politischen VerantwortungsträgerInnen im Muldentalkreis und innerhalb der sächsischen Staatsregierung ausgeübt hat, ist noch überall zu spüren, nur werden besagte Stellen alles daran setzen, sich von diesem loszureisen.

Zum Schluß gebührt selbstredend unser Dank für die engagierte Teilnahme allen Beteiligten und, wie das ja immer ist, ganz besonders den Anmeldern und Anmelderinnen der Demo. Wir meinen, daß durch diese Demo ein Diskussionsprozeß innerhalb der bundesweiten Antifa, egal welchem Strang zugehörig, notwendig geworden ist und über ein weiteres gemeinsames Vorgehen in solchen neuartigen Nazi-Zentren, wie der Muldental eines ist. Keine Frage, daß dies der erste würdige Ort dazu ist, Euer aller Meinung zu unserer Analyse, Demo und Perspektive einzufordern!

Bündnis gegen Rechts

Das Nachbereitungstreffen findet am 7. Dezember um 14 Uhr in Leipzig statt (näheres unter Tel. 0341 / 4777829).

Wurzen

falsche Antworten auf falsche Fragen

Wir sind einige Leipziger und Leipzigerinnen, die am 16.11.1996 an der antifaschistischen Demonstration in Wurzen teilnehmen werden.

Wir versuchen, die Entwicklungen um uns herum nicht an uns vorbeirauschen zu lassen, uns nicht treiben zu lassen, wir versuchen uns einzumischen und uns gemeinsam gegen die Verhältnisse aufzulehnen, die uns daran hindern, ein Leben nach unseren Vorstellungen zu führen. Dabei sind wir immer wieder in Konflikte mit Rechten geraten, wir erlebten Überfälle, Brandanschläge, Freunde von uns wurden schwer verletzt oder ermordet. Menschenleben spielten für die Angreifer dabei keine Rolle und spätestens nach Lichtenhagen, Solingen und Mölln war klar, daß unsere Erlebnisse keine Einzelfälle waren.

Diesem Problem haben wir uns gestellt. Wir konnten als Betroffene gar nicht wegschauen und haben auch dann nicht weggeschaut, wenn es andere getroffen hat. Wir haben uns entsprechend gewehrt, haben uns nicht in die Opferrolle drängen lassen, sondern Lärm geschlagen in der Stadt und die Täter ins Licht der Öffentlichkeit gerückt.

Wir haben das rechte Problem auch in Leipzig nicht lösen können, aber wir haben es in die Schranken gewiesen. Das wäre uns nicht gelungen, hätten wir nicht auf die Erfahrungen und Unterstützung von Menschen aus anderen Regionen bauen können, die erkannt haben, daß solche Vorgänge hier auch irgendwann auf sie selbst zurückfallen.

Genauso ist Wurzen heute auch unser Problem.

Daß Wurzen seit Monaten im Licht der Öffentlichkeit steht, ist nicht die Schuld der Medien. Im Muldentalkreis gibt es kontinuierlich Gewalttaten mit fremdenfeindlichen bzw. rechtsorientiertem Hintergrund, die sich gegen Fremde, Randgruppen aber auch willkürlich gegen beliebige Personen richten.

Rechtsextreme und neofaschistische Ideologien treffen hier auf fruchtbaren Boden. Es bilden sich Strukturen, Organisationen und Netzwerke, die verdeckt oder offen das Klima dieser Region bestimmen. Der Muldentalkreis entwickelt sich zu einem Zentrum des bundesdeutschen Rechtsextremismus.

Die politischen Vertreter der Stadt versuchen, sich aus dem Blickfeld der Kritik zu reden, indem sie die Situation verharmlosen und versuchen, das Problem mit Patentrezepten und Scheinlösungen zu beheben. Ihnen reicht es, wenn Ruhe in der Stadt herrscht und die Medien das Image der tauberen Stadt nicht beschädigen. Die Ursachen für die Rechtsorientierung bleiben unangetastet, menschenverachtende Gewalttaten werden mit fehlenden Freizeitangeboten erklärt. Die Verantwortung wird an Jugend- und Sozialämter, an die Polizei und andere Staatsorgane weiterdelegiert. Meist sind es Jugendliche, die in die Schlagzeilen geraten, aber der Rechtsextremismus ist kein Jugendproblem.

Für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist Wurzen nur ein Beispiel. Der soziale Nährboden dafür existiert überall in Europa und in vielen Teilen der Welt.

Wir fragen, was macht diesen Nährboden aus? Sind nicht überall in dieser Gesellschaft Gewalt und Zwang in ihren verschiedenen Spielarten legitime und übliche Mittel zur Durchsetzung bestimmter Interessen und Ziele? Kennen nicht die meisten Menschen das Gefühl, wertlos, unwichtig und wehrlos zu sein? Werden Menschen hier nicht gezwungen, als Einzelne und nicht gemeinsam zu handeln? Wird nicht am Ende jeder mit seinen persönlichen Problemen alleingelassen? Die Bedingungen, unter denen wir zu leben gezwungen sind, werden mehr und mehr verschlechtert.

Die Rezepte der Rechten führen uns dabei nur noch tiefer in die Herrschaft von Unterdrückung, Gewalt und Konkurrenz. Die Fragen nach eigener Aufwertung, nach der eigenen besseren Position in einer scheinbar enger werdenden Welt, nach mehr Arbeit usw. verlassen den gesetzten Rahmen nicht. Die Lösung unserer Probleme kann nicht darin liegen, daß wir einen Keil treiben zwischen Deutsche und Ausländer, zwischen Arbeitende und Arbeitslose, zwischen uns und den Menschen neben uns. Sich am kapitalistischen Futtertrog nach vorn zu drängeln, ist keine Lösung! Eine Gesellschaft, die uns Leistungszwang auferlegt, die uns zu Herrschenden oder Beherrschten macht, in der menschliche Beziehungen in Gesetzen erstarren, lehnen wir ab. Diese Welt bietet genug für alle Menschen, niemand muß sich kapputtschuften oder verhungern. Sollte uns unser Leben nicht zu schade sein, um es in sinnloser Tätigkeit zu verkaufen? Wohin führen uns Leistungs- und Konsumzwang dieser Gesellschaft?

Die Lösung unserer Probleme liegt außerhalb des gesetzten Rahmens! Dafür haben wir keine schnellen Lösungen anzubieten, aber wir wollen auffordern, die Verhältnisse, in denen wir leben, zu hinterfragen und als veränderbar zu verstehen. Die Demonstration ist für uns ein Mittel klarzumachen, wo wir stehen, und denen, die sich in Wurzen gegen die Verhältnisse zur Wehr setzen, zu zeigen, daß sie nicht allein sind.

Typisch Sachsen:
Erst die Westler rufen und dann die beleidigten Nazis spielen

Nazis und Bananen

Da ham wat wieda: immer Dasselbe, sämtliche Scheiße, die passiert, läßt sich meist südlich der Havel lokalisieren. Ob es nun um Walter Ulbricht, Stern Meißen oder Chemie Böhlen geht - unsere sächsischen Mitbürger waren bei allen Geschmacklosigkeiten immer vorneweg. Wir erinnern uns immmer wieder gerne an solche Highlights wie das Pioniertreffen in Karl-Marx-Stadt, die Botschaftsbesetzungen in Prag, wo sächsische Muttis sich beim "Kinder über den Zaun werfen " gegenseitig übertrafen, oder an die alljährlichen Karl-May-Festspiele. Gern denken wir auch an die "Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr"- Demonstrationen, an die grün-weißen und schwarz-rot-gelben Fahnenmeere und an die Wahlergebnisse 1990. Die neuen sächsischen Peinlichkeiten wie Heitmann und Stefanie Hertel reihen sich bruchlos in diese historische Kette ein. Vor diesem Hintergrund wundern wir uns über das massive Wurzener Faschoproblem schon gar nicht mehr.

Sachsen 1945: Es geht auch anders

Ohne jetzt alte Ferienlagerrivalitäten neu aufleben zu lassen: dieses immer wieder auf der falschen Seite stehen geht uns ganz schön auf den Wecker, nicht zuletzt, weil die Sachsen ja oft als *die* Musterossis hingestellt werden ...

Vom Ende der Antifapolitik, wie wir sie kennen

Unsere zugegebenermaßen etwas übertriebene und einseitige Darstellung der sächsischen Grundstimmung soll vor allem versuchen, bisherige Erklärungsansätze für die faschistischen Mobilisierungen in Ostdeutschland zu karikieren und Anstoß für Diskussionen sein, bei denen soziale Phänomene und gesellschaftliche Realitäten hier im Mittelpunkt stehen. In den aktuellen Auseinandersetzungen mit Faschos dominieren vor allem antinationale Argumentationen, bei denen aus einer Position der moralischen Überlegenheit ausgehend, eine umfassende völkische Mobilisierung angenommen wird, die den größten Teil der Bevölkerung als zumindest potentielle Faschisten abstempelt und sich so Wege zu einer gemeinsamen Auseinandersetzung verbaut. Wir halten es aber für falsch, die Faschoproblematik unabhängig von der Annektion der DDR und den daraus folgenden Entwicklungen zu betrachten, da sich erst mit dem Anschluß die Voraussetzungen für die jetzt existierende Qualität entwickelten. Vor allem die oft beschriebene "Normalität" und Akzeptanz der Nazikids ist ohne eine Analyse der Bedingungen in Ostdeutschland nicht zu verstehen und somit auch nicht zu bekämpfen. In sofern gilt das folgende nicht nur für Wurzen und Umgebung, sondern kann ebenso auf Probleme mit Mecklenburger Dorffaschos oder Marzahner Nazideppen bezogen werden.

In der Broschüre zu Wurzen und den Demonstrationsaufrufen wurde die neue Qualität der faschistischen Mobilisierung mehrfach beschrieben. Durch den Rückhalt in der Bevölkerung, akzeptiert von den staatlichen und kommunalen Verwaltungen, sind Faschisten nicht auf festgefügte herkömmliche Organisationsstrukturen angewiesen. Vielmehr besitzen sie eine - einerseits militant, andererseits durch realpolitische Forderungen aufrechterhaltene - Hegemonie in Schulen, Jugendzentren und auf den Straßen des gesamten Kreises. Eine antifaschistische Gegenwehr findet kaum statt und hat unter diesen Bedingungen auch wenig Aussicht auf Erfolg. *"Ein ausschließlich militantes Antifa-Konzept ... ist somit zum Scheitern verurteilt ...."* (aus dem Aufruf zur Demonstration)

1B

Für einen Antifaschismus aus der Mitte der Gesellschaft

Eigentlich könnte diese Krise unserer herkömmlichen Interventionsansätze Ausgangspunkt für neue Vorstellungen sein. Doch außer einer angestrebten *"antifaschistischen Gegenwehr mit vielen Facetten"* (aus dem Aufruf zur Demonstration) und einigen Parolen - die immer richtig sind - haben wir in der bisherigen Diskussion um das Faschoproblem in Wurzen keine weiterreichenden Ideen gefunden. Im Gegenteil, trotz der ausführlichen Beschreibung der Situation im Muldentalkreis und der versuchten Einordnung in die Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft nach dem Anschluß ist es bisher nicht gelungen, die faschistische Mobilisierung aus einer sozialen Dynamik zu erklären. Eine Vorstellung, die das Zusammenkommen von militanter-rechter-Jugendkulktur mit *"Provinzialismus, Ostidentität als "Verlierer der Einheit", Rassismus, Kapitulation vor Sozialabbau, Unfähigkeit, Angst und Naivität der Muldentaler Bevölkerung"* (aus dem Aufruf zur Demonstration) zum Rassismus aus der Mitte in seiner ostdeutschen Spielart kurzschließt, geht in unseren Augen leider an der Wirklichkeit vorbei und bietet nur sehr eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten. Abgesehen davon, ob es taktisch günstig ist, die sogenannte Normalbevölkerung zu beschimpfen, schwingt dabei eine gewisse Überheblichkeit der Linken mit, die keineswegs angemessen erscheint. Als ob sie nicht vor dem Sozialabbau kapitulieren würde oder Lösungen anzubieten hätte, die die ökonomische Abhängigkeit und soziale Degradierung vieler Menschen aus der DDR beenden würde... Eine antifaschistische Gegenwehr, die sich nicht um eine gemeinsame soziale Auseinandersetzung zusammen mit den ganz normalen Menschen bemüht, steht auf verlorenem Posten und hat keine Chance, Stimmungen und somit auch Überzeugungen zu dominieren. Doch die Versuche, antifaschistische Positionen aus der subkulturellen Isolierung herauszubewegen sind leider so selten wie sie notwendig sind.

Den Wendefrust politisch besetzen

Wir sehen keine Zwangsläufigkeit in der Argumentationskette, sich als Verlierer der Einheit zu sehen und deshalb Arbeitsplätze ersteinmal für Deutsche zu fordern. Es existiert gerade keinen Wesenszusammenhang zwischen sozialen Problemen, ökonomischer Perspektivlosigkeit und nationalistischen Denkmustern. Ebensowenig gibt es eine Notwendigkeit dafür, daß ostdeutsche Identität als Quasinationalismus eine Ergänzungsfunktion für die völkische Mobilisierung in Deutschland eingehen muß. Entwicklungen in diese Richtungen - die ja vielfach nicht von der Hand zu weisen sind - zeigen vielmehr die Unfähigkeit und Sprachlosigkeit der Linken zu diesen Themen. Seit 1989/90 begegnet der größte Teil der Linken der CDU-wählenden Bevölkerung Ostdeutschlands mit einer Arroganz, die vor allem mit deren Kurzsichtigkeit bei der Unterstützung des Anschlusses begründet wird. Das damals für die materiellen Bedürfnisse der meisten Menschen von niemanden in der DDR eine ernstzunehmende Alternative formuliert wurde, wird dabei oft vergessen. Alle Initiative ging von der herrschenden Klasse der BRD aus und die CDU war deren deutlichster Ausdruck im Osten. Ohne diesen Zusammenhang ist die breite Zustimmung für "Deutschland einig Vaterland" nicht zu begreifen. Ob heute - in Zeiten wo vielen Menschen hier immer klarer wird, welche sozialen, ökonomischen und biografischen Folgen der Anschluß hatte - eine auf nationalen Phrasen aufgebaute Argumentation immer noch die einfachste Übersetzung der sozialen Lage im Massenbewußtsein ist, sollte zumindest hinterfragt werden. In vielen Bereichen und Regionen wächst der Unmut über die momentane Situation und vielerorts ist eine zunehmende Sensibilität für ostdeutsche Interessen zu spüren. Ob solche Stimmungen sich in antikoloniale und auf mehr Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit zielende Mobilisierungen einbinden lassen oder wie in Wurzen und vielen anderen Gegenden von Faschisten rassistisch und national besetzt werden, hängt nicht zuletzt von unserer Fähigkeit ab, soziale Prozesse zu erkennen und Teil von ihnen zu werden.

Also raus aus den Partykellern und Debattierclubs - ab in die Gesellschaft!
Faschostrukturen und ihre Voraussetzungen zu bekämpfen, heißt um gesellschaftliche Mehrheiten für linke und selbstbestimmte Alternativen zu streiten.

rev. O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppe F1

V.i.S.d.P. Rainer Ernst, B.-Rudwaleit-Str.40, 12345 Schulzendorf

Liebe Demoteilnehmerinnen und Demoteilnehmer, geschätzte Polizistinnen und Polizisten, werte Pressevertreterinnen und -vertreter, sehr geehrte Wurznerinnen, Wurzner und Voyeure.

Wir sind heute nicht hier, um uns als Vertreterinnen und Vertreter der Tourismusbranche, Sachgebiet antifaschistische Demonstrationen, ausnahmsweise mal in Wurzen zu treffen. Nein. Vielmehr gebietet es die Situation in Wurzen und im gesamten Muldentalkreis, durch unsere Anwesenheit ins öffentliche Blickfeld zu rücken, was jahrelang in nahezu ungestörter Eintracht gedeihen konnte.

Die blühende Landschaft ostdeutscher Provinzen ließ die Neonazis in Wurzen zu den Prinzen der Provinzen werden. Unter der absolutistisch anmutenden Hoheit von Bürgermeister Anton Pausch werden die Neonazis in Wurzen seit 1991 hofiert und in ihren Machenschaften bestätigt.

Der Öffentlichkeit scheint es entgangen zu sein, daß noch vor dem Pogrom in Hoyerswerda in Leisnig, nahe des Muldentalkreises, und kurz darauf in Wurzen selbst, der Beginn der Pogromwelle gegen Flüchtlinge und die für sie von staatlicher Seite eingerichteten Lager zu datieren ist.

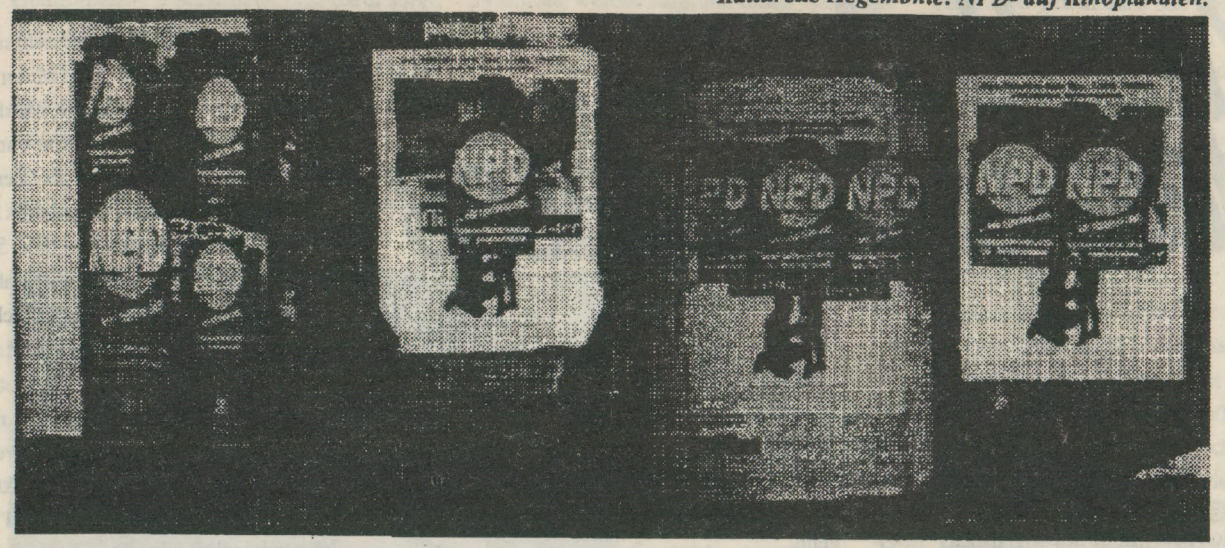
Der Verweis auf diese Tatsache hat auch über den Fakt als solchen einen symbolischen Gehalt für die Realität in der Bundesrepublik Deutschland: Das Organisationsmodell der Muldentaler Neonazis ist in einem neuen Maße gesellschaftsfähig. Die Option, dem sozialpädagogischen Klischee „rechtsorientierter" Jugendlicher so zu entsprechen, daß damit Operationsfelder offen bleiben, die das „Stigma" Neonazi ins Leere laufen lassen, versetzt die Muldentaler Neonazis in die Lage, sich als Lobby der gesamten Muldentaler Jugend darzustellen und zu bestimmen, was „die" Muldentaler Jugend braucht und was nicht. Wo in anderen Landstrichen die Entwicklung der Nazi-Szene entweder noch nicht so weit gediehen ist oder andere Organisationsmodelle strenger Hierarchisierung nicht den gewünschten Effekt erzielten, wurde im Muldentalkreis und besonders in Wurzen, ganz bewußt auf jene Argumentationsmuster gezielt, die der Politik der Verantwortlichen im Muldentalkreis im Großen und Ganzen zugrunde liegen. Zu vermuten, diese seien großartig von den allgemeinen in der Bundesrepublik zu unterscheiden, ist ein schwerer Irrtum. Schließlich wird allerorten gleichlautend argumentiert, daß alles nur eine Frage des Phänomens „Gewalt" sei, die nur als „Hilfeschrei" beantwortbar wäre. Spätestens nach der staatlichen Instrumentalisierung der Neonazis zur de facto-Abschaffung des Asylrechtes in Deutschland beansprucht der Staat das Monopol auf Rassismus. Genannt seien hier als Stichworte nur das Staatsbürgerrecht, die Ausländergesetzgebung und das Schengener Abkommen. Dabei kommt es dem Staat nicht gelegen, daß der Rassimus der Stammtische - also des Volkes Maul - die Opferstatistik des täglichen staatlich reglementierten Rassismus nach oben addiert. Die zum Selbstmord getriebenen Flüchtlinge in den Abschiebelagern oder die in den Tod getriebenen an der Ostgrenze sind international schon Problem genug. Es ist deshalb von staatlicher Seite gewollt, Rassismus nicht beim Namen zu nennen, der eben auch, und das darf nicht vergessen werden, von „unten" diktiert wird.

Modell Deutschland.
Erst Flüchtlingsheim, dann Faschoangriff, jetzt Altersheim

Die angebliche Globalisierung der Märkte, die ja nicht mehr und nicht weniger ist, als der ungehemmte Kapitalfluß nach Wegfall des Ostblocks, baut auf den nationalen Konsens des deutschen Volkes, seinen Wirtschaftsstandort Deutschland nicht unnötig zu beflecken b.z.w. unbedingt rein zu waschen. Der für alle schmerzliche Abbau der Sozialleistungen ist den Deutschen Opfergang genug. Darüber täuscht auch nicht der punktuelle Widerstand gegen die prozentuale Minderung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder ähnliches hinweg. Sozialpartnerschaft ist in Deutschland laut Sozialgesetzgebung ein Projekt, das hier lebende Menschen mit deutschem Paß eindeutig den Vorzug gibt.

2B

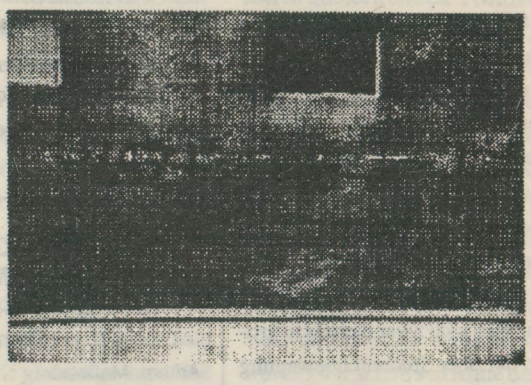
Kulturelle Hegemonie: NPD- auf Kinoplakaten.



In Wurzen sieht es in punkto Beförderung der Nazi-Szene chronologisch unter anderem so aus:
- 1991 Überfall auf das Flüchlingsheim: Die Täter erhalten einen Jugendtreff, die Opfer müssen verschwinden.
- 1994 Überfall auf portugiesische Bauarbeiter: Die Täter erhalten einen Jugendtreff, die Opfer müssen verschwinden.
- 1995 Überfall auf das einzige alternative Wohnprojekt: Die Täter erhalten einen Jugendtreff, den Opfern wird alternatives Wohnen von kommunaler Seite untersagt.

Wie überall in Deutschland zeigen Öffentlichkeit und Verantwortliche Solidarität mit den Tätern. Herausragendes Beispiel ist derzeit der Lübecker Prozeß gegen Safwan Eid. Doch auch das aktuellste Beispiel vom 7. November in Grimma, der Kreisstadt des Muldentalkreises, illustriert eindeutig, um wessen Wohl es geht:

Drei jugendliche deutsche Rassisten stechen zwei Menschen aus der Türkei mit Messern nieder und verletzen einen dritten durch Schläge und Tritte. Prompt folgen O-Töne wie, die jugendlichen Täter seien nicht ausgelastet, es fehlten ihnen die Ziele im Leben oder es müßte der Jugend mehr geboten werden.



Die Strategie der Nazis im Muldentalkreis hat sich diese Argumentationsreflexe zu eigen gemacht und stößt damit seit Jahren auf offene Ohren. Nur so konnte es ihnen gelingen, die jugendkulturelle Hegemonie im gesamten Muldentalkreis zu erringen. Es gelang ihnen, den Muldentalkreis zu ihrem Aufmarsch- und Rückzugsgebiet zugleich auszubauen. Aufmarsch auf der Straße, in den Schulen, in den Jugendtreffs und vor den Verantwortlichen. Rückzug ins traute Heim der familiären Geborgenheit und des Schutzes. Rückzug auf den Status angeblich engagierter, ordentlicher Jugendlicher, die nichts anderes wollen, als Lobby für die gesamte Muldentaler Jugend zu sein. Deshalb sprechen wir davon, daß der gesamte Muldentalkreis zu ihrem Zentrum geworden ist. Seit Jahren wird ihnen im Muldentalkreis auf den Leim gekrochen. Die wenigen, die sich dagegenstellten, wurden eingeschüchtert und mundtot gemacht oder direkt physisch angegriffen.

Die Demonstration soll denjenigen Mut machen, die bereit sind, sich gegen die Neonazis zu stellen. Sie soll deutlich machen, daß wir selbstgewählt auf der Seite der Opfer stehen, denen allein unsere Solidarität gehört. Es geht darum, mit dieser Demonstration antifaschistische Ansätze zu unterstützen, die der einzig gangbare Weg zur Zurückdrängung der Nazis sind. Diese Demonstration soll zeigen, daß antifaschistischer Widerstand auch überall dort möglich ist, wo sich die Neonazis anschicken, ähnliches wie im Muldentalkreis aufzubauen. Sie prangert gleichzeitig das Verhalten aller Verantwortlichen im Muldentalkreis und auf Landesebene an, die diese Situation mitzuverantworten und mitverschuldet haben.

Wir fordern alle auf, die Aktivitäten der Neonazis nicht länger zu dulden und rechte Übergriffe nicht zu verschweigen und zu verharmlosen!

Nicht diese Demonstration ist das Problem, sondern die Situation, die diese Demonstration dringend notwendig macht!

Bündnis gegen Rechts, Wurzen, 16. November 1996

Zum Ende des Sozialstaates

I. Einleitung

Mit diesem Beitrag möchte ich mich an der Diskussion zum „Ende des Sozialstaats" beteiligen. Im folgenden werde ich einleitend darlegen, was m.E. am einleitenden Beitrag „Wer klaut den Sozialstaat" (Klaro 10/96) mangelhaft bzw. falsch ist. Anschließend möchte ich einen eigenen Erklärungsversuch anbieten.

Einer der folgenschwersten Fehler des erwähnten Beitrages scheint mir eine eklatante Überbewertung des Einflusses der „Neuen Linken" bzw. „Neuen Sozialen Bewegungen" auf das Bewußtsein der Bevölkerung zu sein. So wird z.B. behauptet: „In der *gesamten* Gesellschaft machte sich die Tatsache Luft, daß die [entfremdete!] Arbeit dem Menschen feindlich gegenübersteht" (S.7). Diese Erkenntnis mag sich zwar damals in großen Teilen der 68er Studentenbewegung durchgesetzt haben, eine relevante Massenbasis hatte sie jedoch nie. So ist es kein Zufall, daß ein Teilnehmer einer Demo gegen Sozialabbau dem Reporter der LVZ nicht Weltrevolution und Kommunismus in den höchsten Tönen anpreist, sondern treuherzig beichtet, „nur arbeiten" zu wollen.

Das Scheitern des Sozialstaats ist m.E. nicht nur durch das Handeln sozialer Akteure zu erklären, sondern gleichsam auf „objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten" (Marx) zurückzuführen. Mit diesem Erklärungsmodell läuft man dann auch nicht Gefahr, den Arbeitern die Schuld für das Ende des Sozialstaats in die Schuhe zu schieben („Schuld' daran sind die Arbeiter/innen mit ihren Forderungen nach einem besseren Leben.") und vermeidet es, neoliberaler Propaganda auf den Leim zu gehn.

II. Entstehung des Sozialstaats

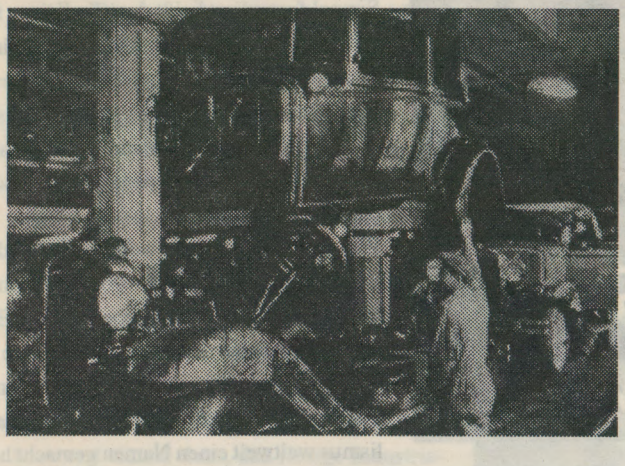
Versucht man, die Entstehungsgeschichte des Sozialstaats nachzuvollziehen, so ist es notwendig, sich dessen ökonomische Basis zu vergegenwärtigen. Für jene haben sich seit einiger Zeit die Begriffe „fordistisches Akkumulationsregime" bzw. „fordistischer Keynesianismus" etabliert. Was verbirgt sich hinter diesen Begriffen?

Der Begriff „Fordismus" selbst bezieht sich auf den Gründer der Autofabrik „Ford Motor Company", Henry Ford. Jener erkannte, daß die von ihm angestrebte Massenproduktion ohne den entsprechenden Massenkonsum ins Leere laufen müsse. Aufgrund dieser Erkenntnis führte er im Jahre 1914 den 8-Stunden- bzw. 5-Dollar-Tag für „seine" Arbeiter ein, so daß jene nicht nur ausreichend Geld, sondern gleichwohl genug Zeit hatten, um das Output der Massenproduktion zu konsumieren. Nicht zuletzt gelang es auf diese Art und Weise, die Arbeitsmotivation der Arbeiter erheblich zu verbessern. Weiterhin wurde die Arbeitsproduktivität durch Teilung der Arbeitsprozesse und Standardisierung der Produkte enorm gesteigert, so daß nicht nur die höheren Lohnkosten wieder eingespielt, sondern obendrein auch noch riesige Gewinne erzielt wurden.

Spricht man heutzutage von „Fordismus", so meint man ein Gesellschaftssystem das maßgeblich durch einen Kompromiß zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaften, also durch Korporativismus gekennzeichnet ist. In diesem System fungiert der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist" (F. Engels), der vor allem durch

Karl Marx entwickelt im 19. Jahrhundert auf der Basis seiner Arbeitswertlehre die Idee, daß die tendenziell fallenden Profitraten (das Verhältnis von eingesetztem Kapital zu Gewinn) mit dem Einsatz von immer mehr Maschinen zusammenhängen. Daraus leitet die marxistische Krisentheorie die Unvermeidbarkeit kapitalistischer Krisen ab.

kreditfinanzierte Staatsnachfrage dafür sorgt, daß die Wirtschaft prosperiert, die Arbeitslosenrate relativ gering bleibt und in Folge dessen die Geldbörsen der Lohnabhängigen recht gut gefüllt sind; eine Voraussetzung dafür, daß das durch Massenproduktion erzeugte Output von den Massen auch tatsächlich absorbiert werden kann.



Die "fordistische" Massenproduktion stellt die wirtschaftliche Grundlage des keynesianischen Sozialstaates dar. Dennoch dürften sich Ford und Keynes nicht besonders gut verstanden haben.

III. Niedergang des Sozialstaats

1. Ökonomische Gesetzmäßigkeiten

Im Jahre 1973 leitete eine weltweite Rezession die bis heute andauernde Krise des korporativistisch sowie keynesianistisch geprägten fordistischen Akkumulationsregimes ein. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich zu machen?

Forscht man nach den Ursachen der Krise, so ist es von Nöten, auf die Marx'sche Kapitalismusanalyse zurückzugreifen. Als ein Merkmal jeder kapitalistisch organisierten Ökonomie machte Marx den „tendenziellen Fall der Profitrate" aus. Dessen Voraussetzung ist das Streben der Unternehmer nach möglichst viel Profit (nicht aus Bosheit, sondern um im Konkurrenzkampf bestehen zu können), welches gewöhnlich in Rationalisierungsmaßnahmen zum Ausdruck kommt. Da die Masse der lebendigen Arbeit im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten Produktionsmittel stets abnimmt (Rationalisierung), so muß auch der Teil jener lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert (sprich: Profit) vergegenständlicht, zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals in einem stets abnehmenden Verhältnis stehen. Dieses Verhältnis ist die Profitrate, welche aufgrund dieser Gesetzmäßigkeit ständig fallen muß.

Ein weiterer bedeutsamer Grund für den Niedergang des „keynesianistischen Fordismus" ist dessen eigener Logik innewohnend. Wie bereits erwähnt wurde, war ein Eckpfeiler des Keynesianismus das Ankurbeln der jeweiligen nationalen Ökonomie durch staatliche Investitionen bzw. kreditfinanzierte Staatsnachfrage. Der Massenkonsum, welcher mit diesen Maßnahmen erhöht werden sollte, ließ sich allerdings nicht beliebig steigern, denn die Wertablaufzeit der Produkte brachte es mit sich, daß in einigen Bereichen der Industrie eine wesentlich größere Zahl an Produkten hergestellt wurde, als von den Massen konsumiert werden konnte bzw. wollte. Die Stärkung der Kaufkraft durch den Staat verfehlte deswegen schon bald seine Wirkung und führte gleichsam dazu, daß die Staatsschulden sich rasch vermehrten. Auf diese Art und Weise begann „eine inflationäre Welle, welche dem Nachkriegsboom schließlich ein Ende setzte" (David Harvey *The Condition of Postmodernity).*

2. Soziale Akteure

Der Verweis auf objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten reicht freilich nicht aus, um das Scheitern des keynesianistischen Fordismus zu erklären. Deshalb soll nun mehr Augenmerk auf das Handeln sozialer Akteure gelegt werden. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß der Korporativismus nicht ausschließlich ein Modell zur Profitmaximierung der kapitalistischen Unternehmer war, sondern zu großen Teilen auch das Resultat einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung, die durch *kollektives* Handeln die Lebensbedingungen des Proletariats erheblich verbesserte. In Ländern mit starken kommunistischen Parteien (z.B. Italien) stellte die Arbeiterbewegung zum Teil eine Bedrohung für Staat und Kapital dar, so daß sich der Staat veranlaßt sah, Maßnahmen zu ergreifen, die den kommunistischen Einfluß zurückdrängten. Dies geschah in erster Linie durch kreditfinanzierte Sozialmaßnahmen. Die Folgen dieser Politik sind bekannt: Eine galoppierende Inflation zerstörte die Grundlage keynesianistischer Politik und leitete gleichsam das Ende des Nachkriegsbooms ein. Der nunmehr folgende Anstieg der Arbeitslosigkeit unterminierte daraufhin gleichwohl die Stärke der Gewerkschaften. Ein großer Teil der Arbeitslosen sah seine einzige Chance, die Reintegration in den Arbeitsmarkt realisieren zu können, in der Gründung sogenannter Einmann-Unternehmen (Hierzulande soll es mittlerweile ca. 1 Million davon geben, vgl. *Junge Welt* 18.10.96, S.8). Da jene „Unternehmer" ihre Arbeitskraft zwangsläufig billiger anbieten müssen als die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, unterhöhlen sie damit bestehende Tarifverträge. Die Krise des Fordismus ging also einher mit einer erheblichen Schwächung der Gewerkschaften. Der zeitweilige sozialstaatliche Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit (Gewerkschaften) geriet somit mehr und mehr ins Wanken. Sein Fundament wurde zwar schon seit Mitte der 70er Jahre untergraben, nach dem Ende der Systemauseinandersetzung scheint er nun aber - zumindest von Seiten des Kapitals - nicht mehr benötigt zu werden.

IV. Schlußfolgerung

Euren Vorschlag, den Abbau des Sozialstaats nicht als politische, sondern als individuelle Frage zu betrachten, halte ich für falsch. Ich möchte vielmehr vorschlagen, den Versuch zu unternehmen, radikale antikapitalistische Theorie und Praxis sowohl außerhalb *als auch* innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen. Vielleicht lassen sich so wenigstens Teile der Arbeiterschaft - wie z.B. in Frankreich - nach links bewegen.

N. Köhler

Der folgende Text erschien in Subbotnik in L.A. # 86. Er passt ganz gut zur momentan laufenden Debatte zur Krise (nicht nur des „Sozialstaates") und stellt Vorschläge für eigene Aktivitäten zur Diskussion. Wir veröffentlichen den Artikel leicht gekürzt.

Raus aus der Krise

(Ein paar Diskussionsangebote in Sachen Zukunft)

Unbekannte Freizeithistoriker, die sich dem Thema „ Die deutsche Linke in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts" verschrieben haben, werden vielleicht irgendwann einmal in auflagenschwachen Publikationen Sätze folgenden Inhalts veröffentlichen: „...Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts wandt sich unter dem Eindruck des forcierten Sozialabbaus auch das linksradikale Spektrum, speziell Teile der autonomen Szene, wieder verstärkt dem Thema der sich verschärfenden sozialen Situation im Lande zu. Klassenkampf begann wieder in zu sein ..." Nun scheinen die Sinne in der Beziehung auch in Halle in letzter Zeit wieder wacher geworden zu sein. Wie die hochverehrte Historikerzunft die Geschichte weiterschreiben wird, ist aber noch offen. Wird sie von blindem Aktionismus berichten? Wird sie davon erzählen, daß sich alte Kader wie jugendliche Autonome, verbalradikale Studis ebenso wie kritische Gewerkschafter von „linken" Funktionären erneut vor den Karren spannen ließen? Wird sie vom erneuten Verrat schlauer Bürokraten an linken Aktivisten schreiben, die sich wieder einmal nur zu blöd angestellt haben? Oder wird sie gar davon berichten, daß sich viele deutsche Linke nach dem geglückten Kahlschlag mit ihren Landsleuten in der Schlange vor der Suppenküche wiedertrafen? Wie die Antworten auf diese Fragen aussehen werden, wird davon abhängen, ob es uns erstens gelingt, die jetzigen Entwicklungen in ihrer Tiefe zu verstehen und zu bestimmen, wohin die Reise unserer Meinung nach gehen soll. Zweitens müssen wir genau ausloten, welche Politik mit wem möglich ist und uns überlegen, wie eine wirkungsvolle Bewegung gegen die uns alle bedrohende Politik von Kapital und Kabinett in Gang kommen könnte. Es ist kein Zufall, wenn vieles was jetzt kommen wird, schon einmal so oder ähnlich im S. i.LA erschien. Ein Teil meiner Ausführungen kann als Versuch einer Zusammenfassung gemachter Erfahrungen, über die an der Stelle bereits berichtet wurde, gewertet werden.

Torsten Albrecht

Was ist eigentlich wirklich los? Was sollten unsere Ziele sein?

Soll die Antwort auf die erste Frage genauer sein als üblich, so muß ich an der Stelle zuerst einmal wiederholen, daß sich die Weltwirtschaft schon seit Anfang der 70er Jahre in einer sogenannten „Langen depressiven Welle" befindet. Simpel formuliert heißt das, die Krisen fallen seit damals bedeutend schärfer aus als in den fetten Wirtschaftswunderjahren der 50er und 60er Jahre, während einem gleichzeitig, selbst in Zeiten der Konjunktur, die Wachstumsraten jener Jahre wie ein Märchen aus Tausend und eine Nacht vorkommen.

Was die Frage nach der weiteren Dauer dieser Entwicklung anbelangt, antwortete der im letzten Jahr verstorbene belgische Ökonom Ernest Mandel, welcher sich u.a. durch seine Forschungen zum Phänomen der sogenannten Langen Wellen in der Geschichte des Kapitalismus weltweit einen Namen gemacht hat, in einem seiner letzten InterviewS. : „Im Augenblick gibt es keine Aussichten auf ein Auslaufen der depressiven langen Welle" (Inprekorr Nr.285, S. 36) Andere Theoretiker, wie Robert Kurz, gehen in ihren Antworten auf diese Frage bereits weiter und sehen uns in einer Entwicklung, die auf das Ende der bisherigen Industriegesellschaften jeglicher Coleur-also die des kapitalistischen Westens ebenso wie die des ehemaligen Ostblocks-hinausläuft. Bezüglich der Entwicklung der letzten Jahre sei an dieser Stelle das folgende Zitat hinzugefügt.:"In jedem Fall hat sich erneut eine Synchronisierung der internationalen Konjunkturentwicklung wieder ergeben.... und damit auch die Gefahr, daß sich die Weltökonomie auf dem Weg in eine neue Rezession befindet, die aufgrund des Gleichlaufs der internationalen Konjunktur und aufgrund des in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgehäuften Krisenpotentials in einer tiefen Depression münden könnte." (Winfried Wolf, Inprekorr Nr.297) Nun können wir über Begriffe und die zu erwartenden Szenarien streiten, fest steht jedenfalls, im Zuge der letzten zwei Jahrzehnte schlitterte die Weltwirtschaft in eine nach wie vor anhaltende Strukturkrise, die der S. i.LA -Autor Alidosz an dieser Stelle bereits wie folgt beschrieb.:"Drei der herausragenden Merkmale dieser Krise sind die ständig steigende Sockel-

arbeitslosigkeit, der wachsende Zwang zu mehr Arbeit für weniger Lohn und die damit einhergehende Abnahme der Massenkaufkraft. Der mit sinkendem Masseneinkommen verbundene tendenzielle Rückgang des Verbrauchs von Konsumgütern führte bereits zu häufiger auftretenden Folgekrisen in industriellen Bereichen wie der Stahlindustrie und dem Maschinenbau. Die sich aufgrund des immer schärfer werdenden Konkurrenzkampfes permanent drehende Rationalisierungsschraube ist eine der Hauptursachen, die diesen Prozeß weiter am Laufen hält. So verträgt sich heute ein erneuter Anstieg des Wirtschaftswachstums durchaus mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen...." (S. i.LA Nr.67)

Kahlschlag

Dieser hier grob skizzierte Mechanismus führte zu erst einmal dazu, daß riesige Industriekapazitäten brachliegen bzw. nur sporadisch ausgelastet werden. Genau dieser Tatsache ist es zu verdanken, daß Ostdeutschland als Industrierevier faktisch auf der Halde landete. Das Gefasel vom schier unerschöpflichen Markt in den Staaten des ehemaligen RGW, dessen Kaufkraft die Basis einer modernisierten Industrie werden sollte, entpuppte sich als Hirngespinst, wie einst das Gerede von den Wachstumsmärkten in der Dritten Welt. Die Folgen für Neufünfland sind bekannt.

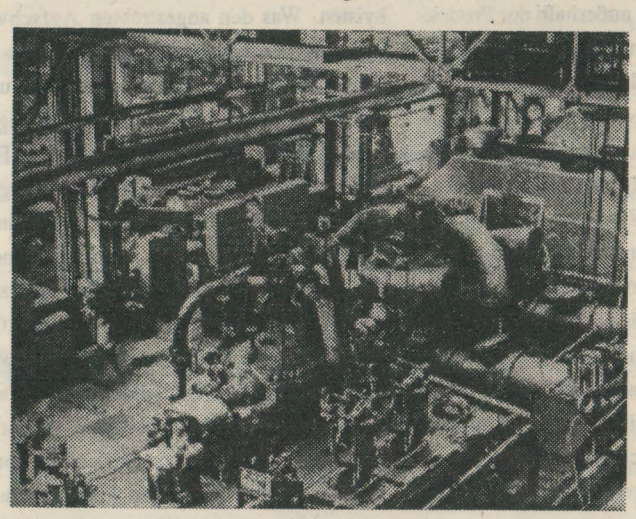
Für die absolute Mehrheit von uns heißt das, abschiednehmen von den Gedanken an einen halbwegs sicheren Job in einer Firma geschweige denn einem Großbetrieb. Für viele bedeutet es das soziale Aus.

Eine Politik, die hier tatsächlich Abhilfe schaffen will, muß zu erst einmal die radikale Verkürzung des jetzigen Arbeitstages zum Ziel haben. Die gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, die Arbeit wollen, heißt die anzustrebende Alternative.

Das Mindeste, was heute unsererseits zu fordern wäre, sind die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und ein Verbot von Überstunden. Der volle Lohnausgleich wird vielen jetzt als sicherer Weg eines Unternehmens in den Ruin vorkommen.

Ich denke hingegen, jede Einsparung bei Löhnen und Sozialleistungen muß erstens weitere katastrophale Folgen für Werktätige, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger ect. nach sich ziehen, zweitens wird sie zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Angeblich zahlungsunfähige Unternehmen müssen seitens der Belegschaften gezwungen werden ihre Bücher offenzulegen. Die Betriebsräte müssen zum obersten Gremium im Betrieb gemacht werden, in dessen Auftrag das Mangagement zu arbeiten hat. Nur bei einer solchen Verteilung der Entscheidungsbefugnisse ergibt sich eine Chance, daß Leute nicht mehr in die Arbeitslosigkeit oder in schlechter bezahlte Jobs entlassen werden. Auf die hier bereits erwähnten Sozialleistungen komme ich beim Thema Rolle des Staates zurück. An der Stelle sei aber schon vorweggenommen, daß laut gewerkschaftlichen Berechnungen erst eine allgemeine soziale Grundsicherung von derzeit 2200 DM die „Neue Armut" beseitigen würde.



Die immer weitere Zergliederung der Produktion führt mittlerweile dazu, daß an einem Fließband Arbeiter/innen arbeiten, die bei verschiedenen Klitschen angestellt sind, und die sich so gegenseitig kaputtkonkurrieren

Malochen bis zum Umfallen

Wenden wir uns nun einer besonderen Konzernstrategie und ihrer Folgen für uns selbst zu. Konzerne versuchen die Effektivierung ihrer Betriebe nicht nur durch eine größere Ausbeutung immer weniger Arbeitskräfte oder durch höhere Automatisierung zu erreichen, sie suchen darüberhinaus soviel wie möglich Zuliefer- oder Dienstleistungsbetriebe aus ihren Unternehmen auszugliedern. So soll ein dichtes Netz von selbständigen ihre verschlankten Kernbetriebe beliefernden Betrieben entstehen, die sich untereinander in einem jegliche Preisdrückerei ermöglichenden Konkurrenzkampf befinden.

Die von allen bejubelten Industrieparks a la Buna/Schkopau oder Bitterfeld sind in dem Fall ideale Spielwiesen dieses Projektes.

Trotzdem es genügend Beispiele dafür gibt, daß diese Rechnung nicht unbedingt aufgehen muß, wie das die Bundesbahn Halle mit selbständigen Konstruktionsbüros bereits erleben durfte (Siehe bessere bahn Nr.2 Sept./Okt.93 S. 6), scheint der allgemeine Trend vorerst weiter in diese Richtung zu gehen.

Für uns heißt das, wenn wir erst einmal auf dem Arbeitsmarkt gelandet sind, bleibt uns-Ausnahmen bestätigen die Regel-nichts anderes übrig, als in einem dieser Betriebe zu schuften oder uns per Selbstausbeutung mit dem eigenen Laden durchzuschlagen. Viel Arbeit für wenig Geld, unpünktliche Lohnzahlungen, Überstunden en masse sind dann an der Tagesordnung. Alles in allem ein restlos versautes Leben, dafür daß sich der Laden des Chefs oder die eigenen schmalen Geschäfte im forcierten Kampf Klitsche gegen Klitsche behaupten können.

Erlebt man diesen Streß nicht im direkten Zuliefer- oder Dienstleistungsbetrieb der Großunternehmen, so ereilt einen dasselbe Schicksal eben auf dem Bau oder im Handel. Der Fall Ossiland liefert dafür das Paradebeispiel.

Was hier vorexerziert wird, dürfen -geht es nach Kapital und Kohl- auch die Glücklichen von uns erleben, die sich einen der verbliebenen Arbeitsplätze in der Großindustrie oder im öffentlichen Dienst gesichert haben.

In unser aller Interesse ist eine Umkehrung dieser Entwicklung dringend geboten.

Eine Wende kann für mich nur über die Realisierung folgender Punkte erfolgen: Keine wei-

tere Aufsplittung von Betrieben. und keine weitere Ausgliederung von Reperatur- bzw. Dienstleistungsunternehmen aus größeren Unternehmen der Industrie, des Handels des Öffentlichen Dienstes usw.usf. Rückführung ehemaliger Teilbetriebe, sofern ein Interesse seitens der Belegschaft besteht. Einrichtung neuer Arbeitsplätze im Reperatur-und Dienstleistungsbereich innerhalb von Betrieben jeglicher Coleur. Dies wäre erstens ein Mittel, Qualität im Interesse von Verbrauchern zu sichern. Zweitens würde dies zur Senkung der Gefahr von riskanten Betriebsunfällen -Stichwort: „Höchst"gefährlich- beitragen. Drittens würde es die Verschleuderung von Ressourcen vermindern. Viertens ist Folgendes zu bedenken: Würde man heute bereits überall die modernste Technik einsetzen, so hätten wir laut Wolfgang Schäuble bereits neunmillionen Arbeitsplätze weniger. Das heißt: Die Leute müssen so oder so zunehmend außerhalb der Produktion beschäftigt werden, will man nicht aus einer Zwei-Drittel-Gesellschaft eine Ein-Drittel- oder Ein-Viertel-Gesellschaft machen. In Branchen, in denen es nur so von Kleinstbetrieben wimmelt, sollte man folgende Ziele verfolgen.: Verstaatlichung und Zusammenlegung von Unternehmen, in denen ständig Lohnzahlungen ausstehen, in denen permanent Überstunden geleistet werden müssen. (Wer keinen Lohn zahlen kann, kann keine Firma gründen. Wer ständig Überstunden machen läßt, ist mit schuldig an der Massenarbeitslosigkeit.) Kontrolle des Managements durch die Belegschaft und durch Verbrauchervertretungen. Sie sollen das letzte Wort haben.

Auf dem Bau könnte das z.B.so aussehen, daß neben den Belegschaften Stadtteilinitiativen oder Mietervertretungen vom Schlage des Mieterbundes Mitbestimmungsrechte in solchen Firmen bekommen.

Ab in die Ökokatastrophe

Aber zurück zu dem, was sich gerade abspielt. An der Stelle kommt man nicht umhin, eine andere Strategie einflußreicher Kapitalgruppen vom Schlage der Chemieriesen oder der Energiemagnaten wenigstens kurz zu beleuchten. Um für einen neuen längerfristigen Aufschwung eine Basis zu schaffen, setzen sie u.a. auf neue risikoreiche Technologien, wie die Gentechnologie oder auf den Ausbau der Nutzung der Kernenergie-trotz Harrisburgh und Tschernobyl. Derweil hat sich die Autoindustrie die Ausweitung der Autogesellschaft auch in Ländern wie China auf die Fahnen geschrieben, trotz Smogalarm und drohender Klimakatastrophe. Wer dies bezweifelt oder für übertrieben hält, dem seien diesbezügliche Verlautbarungen eines Spitzmanagers von Toyota nach dem Umweltspektakel von Rio 1992 ins Gedächtnis zurückgerufen. Übrigens der deutsche Stratege in Sachen ökologischer Umbau der Marktwirtschaft, Joschka Fischer, erhielt bereits vor einem Jahr in einem Spiegel-Streitgespräch bezüglich seiner Pläne eine deutliche Abfuhr seitens des Industrie-Präsidenten Henkel. (Spiegel Nr.39/1995) Bezeichnend ist das allgemeine Schweigen zu diesem öffentlich geleisteten umweltfeindlichen Offenbarungseid des Lobbyisten. Was den angestrebten Aufschwung anbelangt, kann man jetzt schon sagen, daß die Umsetzungen dieser Pläne zwar drohen, uns in den Abgrund zu stürzen, eine Minderung von Arbeitslosenzahlen hingegen nicht zur Folge haben werden. Dazu wird die Zerstörung von vorhandenen Arbeitsplätzen durch die Einführung eben jener Industrien zu groß sein und die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze zu gering. Die Atom- oder eine neue „Genindustrie" kommt mit verhältnismäßig wenig Arbeitsplätzen aus. Die Autoindustrie ist sogar einer der Vorreiter in Sachen Rationalisierung. Ein ökologischer Umbau, den Aufbau von Arbeitsplätzen mit inbegriffen, kann unter anderem nur über folgende Wege erfolgen: Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie. Massenhafte Einführung von Techniken zur Nutzung alternativer Energiequellen. Parallel zum Aufbau der nötigen Industrien muß der Aufbau eines dichten Wartungssystems erfolgen. In der Landwirtschaft muß man zurück zur umweltgerechten Nutzung der regionalen Flächen für die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Das heißt u.a. weniger chemische Düngung und keine Einführung von genmanipulierten Kulturen, dafür bedeutet es aber auch die erneute Nutzung brachliegender Flächen. Im Verkehrswesen muß man wieder auf ein dichtes Eisenbahn- und Nahverkehrsnetz mit einem großen Anteil an Arbeitsplätzen orientieren, welche der Kundenbetreuung oder Instandhaltung dienen.

Spielen bis die Börse kracht

Ein weiterer Weg über den nicht nur große Unternehmen sondern auch kleine Anleger in steigendem Maße versuchen trotz schwindender Märkte für Industrien und Dienstleistungsunternehmen immer höhere Gewinne zu erzielen, ist die Spekulation mit Aktien, Devisen, Immobilien usw. Etwas verständlicher ausgedrückt, man verlegt sich darauf, diese Dinge zu kaufen, um sie später teurer weiterzuverkaufen. „Allein die 20 größten deutschen Konzerne setzen mehr liquide Mittel im nichtproduktiven Finanzgeschäft ein als der gesamte Bundeshaushalt ausmacht." (Winfried Wolf, SoZ Nr.7, 6.4.1995, S. 8)

Die Entwicklung, die die Ausweitung dieser Art von Geschäften nach sich gezogen hat, ist eine riesige Spekulationsblase mit unkalkulierbarem Risiko für die Weltwirtschaft. Der Fall der Londoner Bank Barings im letzten Jahr läßt grüßen. Was die Rolle von Otto Normalverbraucher bei dieser Art von Geschäften anbelangt seien folgende Zitate angeführt. „Die Schneiderpleite kostete Dutzenden Firmen die Existenz und zerstörte einige tausend Jobs. ..Die Fehlspekulation der Metallgesellschaft führt zum Abbau von 10000 Arbeitsplätzen....Bei VW 1987 folgte auf den Spekulationsverlust (von 500 Mio DM,der Autor) der brutale Kurs des Managements gegen den VW-Streik in Puebla, Mexiko..." (W.Wolf SoZ Nr.5 u.7,1995) Mit anderen Worten: Jedes Desaster in der Spekulationssphäre kann sich auf jede und jeden von uns in elementarster Weise auswirken.

Eine Politik, die darauf abzielt, diese Übel wirklich zu beseitigen, muß sich wenigstens folgender Mittel bedienen: Die Durchsetzung eines Verbots des Handels mit Wertpapieren und größeren Mengen von Devisen. Eine massive Besteuerung des Handels mit Kunst- und Luxusgegenständen. Auf die gleiche Art und Weise sind Unternehmerkonten und Überweisungen aus Einkünften eines Unternehmens auf Privatkonten ab einer festgelegten Größe zu behandeln. Längere Zeit leerstehende Häuser und überteuert vermieteter Wohnraum sind zu beschlagnahmen und zur Nutzung durch Leute mit geringen oder durchschnittlichen Einkommen freizugeben.

Und was macht Vater Staat?

Auf den ersten Blick erweckt er den Eindruck, als wolle er sich selbst abschaffen.

Rechnet doch jeder mit dem baldigen Selbstmord eines Menschen, der sein Tafelsilber verschenkt, dem Beschenkten die Spielschulden abnimmt und sich selbst profitabler Einnahmequellen entledigt.

In die Realität übersetzt heißt das: Flächendeckende Privatisierung von Staatsbetrieben, handelt es sich nun um ehemalige VEB, die Post oder die Bahn. Immer unter der Losung, der Staat könne sich diese Betriebe nicht mehr leisten, er müsse Schuldenquellen abbauen, versteht sich.

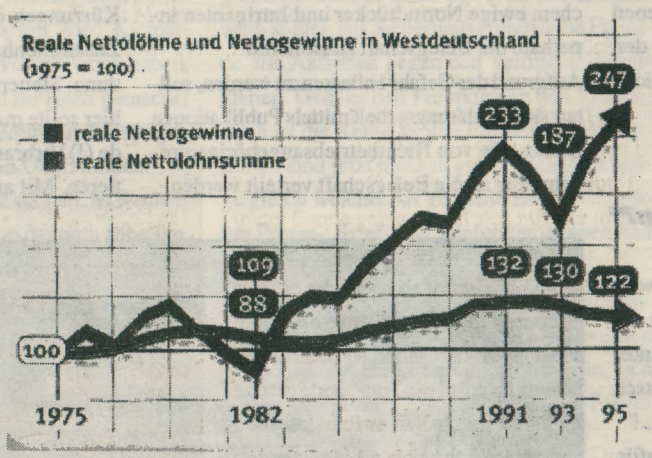
Dies geschieht nun in einer Zeit, in der immer mehr im spekulativen Bereich anstatt in Dienstleistung und Produktion investiert wird. Das kann nur bedeuten, daß der Staat seine Klamotten nur dann los wird, wenn er dem „Käufer" die Steuern streicht, Kosten des Betriebes weiter trägt oder satte Geldgeschenke macht. (Siehe auch S. i.LA Nr.62 S. 39 oder Nr.69/70 Monatsthema Privatisierung) Und so kommt am Ende genau das Gegenteil von dem heraus, was man eine Entlastung des Staates nennen könnte.

Zur selben Zeit suchen Kohl & Co per landesweiter Steuervergünstigungen für Besitz und Unternehmen, Reichtum im Lande zu halten. Nach eigenen Aussagen, damit dieser von seinen Besitzern in sichere Arbeitsplätze investiert werde.

Der Staat schafft den Unternehmern und oberen Einkommen so schon in der Fläche Mehreinahmen durch Steuerausfälle, die ebenfalls mit neuen Staatsschulden beglichen werden müssen. Die Zinsen für die aufgenommene Staatsschuld zahlt er wiederum an sie. (Siehe Statistisches Jahrbuch 1995, S. 490 u. S. 516)

Erstes Ergebnis dieser gesamten Politik: „Die Reichen nehmen mehr vom Staat als sie geben." („Eigentum verpflichtet-zu nichts" S. 33, H:J.Schulz)[1] Zweites Resultat: Die Abhängigkeit des Staates von seinen Gläubigern wird größer. Nicht umsonst betreiben z.B. die für Hochschulpolitik zuständigen Kämpen der Regierung eine Politik, die darauf abzielt, Kinder unterer Einkommensgruppen von den Unis zu verdrängen. (S. i.LA Nr.82 S. 3 u. Nr.83 S. 24)

Drittens: Es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt, deren Früchte nicht nur die wohlhabenden Schichten ernten, sondern die ihnen mehr Geld in die Hand gibt, das zu Spekulationszwecken verwendet werden kann.



Die nach wie vor steigenden Gewinne werden nicht unbedingt in der Produktion gemacht, sondern in immer stärkerem Maße durch Spekulation an der Börse: "Wetten auf die Zukunft"

Erinnert sei in dem Zusammenhang an die geplanten Subventionen im Falle VW, einem Konzern der zu jenen bereits erwähnten 20 Großspekulanten gehört.

Indirekt heizt der Staat so das Spekulationsgeschäft mit seinen Risiken für die Allgemeinheit noch an. An dieser Stelle muß noch erwähnt werden, daß Theo Waigel erst vor wenigen Monaten mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit trat, weitere Schranken für Finanzgeschäfte abzubauen. Unterm Strich bedeutet das, die Bundesregierung füttert die Spekulanten und öffnet ihnen gleichzeitig Tür und Tor.

Viertens: Die Regierenden sind über ihre Subventionspolitik aktiv bei der bereits im Abschnitt „Malochen bis zum Umfallen" beschriebenen Neustrukturierung beteiligt. Immerhin haben sich ja so ziemlich alle von Kohl bis Höppner der geheiligten „Mittelstandsförderung" verschrieben. Die Industrie- und Gewerbeparks geben Anschauungsunterricht, welches Resultat sie hat. Der Staat finanziert also mit Steuereinnahmen aus Löhnen und Gehältern unsere „rosigen Zukunftsaussichten" auf dem Arbeitsmarkt.

Ein sich automatisch anschließendes Thema ist der gesamte Komplex des Sozialabbaus. Ich hatte bereits beschrieben, wie tief die Ursachen für die steigende Sockelarbeitslosigkeit und die Verelendung liegen. Die staatliche Politik des Ausverkaufs des Staatseigentums und seine Subventionspolitik treiben diese Spirale weiter an. Sofern Subventionen tatsächlich zur Mo(r)dernisierung der Betriebe verwandt werden, werden sie automatisch für Investitionen mit folgender Rationalisierung eingesetzt. Die Ursachen hatte ich beschrieben. Der „Verkauf" eines Staatsbetriebs hat aus dem selben Grund dieselbe Folge. Die Wirkung ist wiederum eine Erhöhung der Sozialausgaben basierend auf neuer Staatsschuld. Indem der Staat nun aber die Sozialausgaben senkt, verringert er die Massenkaufkraft erneut und verschärft mit seiner Politik die Krise. Der Zwang zur Arbeit in schlecht bezahlten Jobs wird erhöht, die schlechte Bezahlung hat denselben Effekt. Die Krise ist gewollt. Nicht umsonst titelte das Unternehmerblatt FAZ erst kürzlich „Not ist nötig".

Zur gleichen Zeit bürdet der Staat den Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten die Kosten für den Ausbau der Autogesellschaft, für die weitere Nutzung der Kernenergie und die Entwicklung der Gentechnik auf. Auch wenn es viele von ihnen nicht wahrhaben wollen, sie zahlen an einen Staat Steuern, dessen Entscheidungsträger für eine Politik verantwortlich sind, die sie gleichzeitig in die Verelendung und in die Ökokatastrophe treibt.

Will man hier Abhilfe schaffen, muß es zu erst einmal zur Einstellung der Schuldenzahlungen und zu einem Stopp der Privatisierungen kommen. Unternehmen wie die Bahn, Krankenhäuser oder die Telekom müssen vergesellschaftet werden. Dazu ist es u.a. notwendig, daß Vertretungen gewählt werden, die die Interessen der Verbraucher im Unternehmen wahrnehmen. Desweiteren muß es zu einem Ausgabenstopp beim Militär, Geheimdiensten, dem Ausbau der

Kernenergie oder Projekten wie dem Transrapid kommen.
Die Steuerpolitik muß so reformiert werden, daß kein Einkommen durch Steuerlasten unter ein Mindesteinkommen von derzeit 2200 DM absinkt und gleichzeitig Reiche und Superreiche massiv besteuert werden. Ziel einer Steuerpolitik in unserem Interesse muß es sein, den Einsatz der derzeit auf 1000 Mrd.DM geschätzten flüssigen Finanzmittel deutscher Unternehmen für gesellschaftlich nützliche Unternehmungen zu ermöglichen. Sie sollen zur Finanzierung der bereits erwähnten allgemeinen Grundsicherung, der ökologischen Umbauprogramme, eines sozialen Sanierungs- bzw. Bauprogramms, zum Aufbau eines öffentlichen und kostenlosen Gesundheitswesens u.ä. herangezogen werden.
Um die öffentlichen Entscheidungsträger auf immer auf den Boden der sozialen Tatsachen zurückzuholen, dürfen sie nicht mehr als ein Facharbeiter in der Metallindustrie verdienen und müssen gezwungen sein, die Bahn, den öffentlichen Nahverkehr und das öffentliche Gesundheitswesen zu nutzen.

„Aber was will man da machen?"

Diese Frage ist zu einer gängigen Redewendung geworden, und rangiert mittlerweile auf der umgangssprachlichen Hitliste kurz hinter altbekannten Unmutsäußerungen, wie „Rutsch mir den Buckel runter!" oder „Leck mich...!"
Im Grunde ist dieser Aufstieg Ausdruck dafür, daß die meisten Leute, was Passivität und Ohnmachtsgefühle anbelangt, schon lange wieder da angelangt sind, wo sie zu DDR-Zeiten bereits waren. Nur daß sich das gesellschaftliche Umfeld inzwischen stark verändert hat.
Nun kann man sich ständig darüber mokieren, die Frage Was tun? wird trotzdem nie an Aktualität verlieren.
An der Stelle ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß entscheidende Veränderungen nur durch eine starke außerparlamentarische Bewegung von Werktätigen und sozial Schwachen herbeigeführt werden kann. (Siehe auch „Mangel an Bewegung entschuldigt keine Kurzsichtigkeit" S. i.LA Nr. 67) Ich will hier nicht den gesamten Argumentationsstrang wiederholen, ich werde aber noch im nächsten Artikel auf die Mängel anderer politischer Ansätze zu sprechen kommen.
Viel gewonnen wäre schon, wenn die meisten Leute endlich aufhören würden, immer noch zu denken, man könne nur im Konsens mit Unternehmern, Vermietern, Maklern usw.usf. etwas zum eigenen Vorteil ändern. So banal das jetzt klingen mag: man kann es nur gegen sie und darum muß die erste Überlegung immer sein, wie kann ich sie am schmerzvollsten treffen. Aber gehen wir unterschiedliche Bereiche mal durch, um ein paar Punkte, an denen man vielleicht ansetzen könnte, aufzulisten.
Abhängig Beschäftigte in Industriebetrieben sollten z.B. versuchen, mit vertrauensvollen Kollegen konspirative Betriebsgruppen aufzubauen. Ziel dieser Gruppen sollte erst einmal sein, eine betriebsweite Verweigerung gegenüber größerer Arbeitzhetze und dem Leisten von Überstunden in Gang zu bekommen. Auf dem Weg dahin sollten diese Gruppen versuchen, ewige Normdrücker und Intriganten innerhalb der Belegschaft zu isolieren.
Aufgrund der Gefahr entlassen zu werden, sollten sie Aufklärungsarbeit mittels Publikationen leisten, die von Nichtbetriebsangehörigen regelmäßig an die Belegschaft verteilt werden.

Vor allem die flexiblen Fertigungsmechanismen der Industriebetriebe reagieren empfindlich auf minimale Störungen. Abhängig Beschäftigte in Industriebetrieben sollten z.B. versuchen, mit vertrauensvollen Kollegen konspirative Betriebsgruppen aufzubauen.

Außerdem muß man von vornherein Kontakte zu Kollegen aus Betrieben mit ähnlicher Produktion aufbauen, um sich mit ihnen auf eine koordinierte Vorgehensweise zu verständigen. Das erste gemeinsame Ziel muß sein, daß immer mehr Leute an der Produktion derselben Masse an Produkten in der gesamten Branche arbeiten.
Darüber hinaus muß von Anfang an überlegt werden, wie der eigene Betrieb und die eigene Branche von Belegschaften und Verbrauchern im eigenen Interesse organisiert werden kann. Ziel der Übung ist es, langfristig auf Betriebsbesetzungen hinzuarbeiten und dafür Konzepte parat zu haben.
Im öffentlichen Dienst ist im wesentlichen die gleiche Taktik wie in der Industrie zu verfolgen. Besonderheiten ergeben sich vor allem aus dem Charakter des Arbeitgebers Staat mit seinen leeren Kassen und dem Problem der Privatisierungen.
Betriebszirkel müssen sich hier auf alle Fälle zusätzlich dem Thema Steuer- und Subventionspolitik widmen. Das heißt, Beschäftigte dieses Bereiches müssen eine Öffentlichkeitsarbeit mitorganisieren, die Teuerungen und Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen im Zusammenhang mit öffentlicher Verschwendung, Steuergeschenken etc. darstellt. Gerade hier sollte man auf zusätzliche jeweils passende (!) Verbraucher- oder Steuerboykotte orientieren. Mit anderen „hochtrabenden" Worten: Auf den Verbraucher der eigenen Dienstleistungen ist immer mit zu orientieren. Übrigens, gerade einigermaßen bewußte jüngere Leute könnten oft massiv von außen, z.B. über gezielte Telefon- oder Leserbriefkampagnen, das

Geschehen beeinflussen, vorausgesetzt man hat sich bereits detailliert in solche Sachverhalte eingearbeitet.

An der Stelle muß es auch unbedingt zu einer dauerhaften Symbiose zwischen solchen Zirkeln und Bürgerinis vom Schlage der Verkehrs- oder Stadtteilinitiativen kommen.

Auf letztere kämen in dem Fall die Aufgaben zu, Aufklärungsarbeit von außen zu leisten, Verbraucher- (z.B. Fahrgast-)kampagnen zu organisieren und z.B. eigene Verkehrskonzepte als die besseren Arbeitsplatzinitiativen anzubieten. Bisher reagierte man hier zumeist erst, wenn Projekte a la ICE-Strecke oder Autobahn bereits massiv als „Arbeitsplatzproduzenten" angepriesen wurden. Von Kunden und Anwohnern getragene Boykotte könnten auch eines der Mittel sein, mit denen man die Isolation von Beschäftigten in Kleinstbetrieben durchbricht. Warum wird z.B. nach wie vor in Geschäften eingekauft, in denen schon seit längerem Lohnzahlungen ausstehen? Warum wird Kleinstunternehmern, die dies zu verantworten haben, das Leben in der Stadt nicht zur Hölle gemacht? Es fehlt erstens eine allgemeinen Kampagne gegen Lohnraub und gegen Überstunden.

Zweitens fehlt es an Informationen, an Recherchen. Letzterem könnte man dadurch abhelfen, wenn jeder im eigenen Kiez die Augen aufhalten würde, oder ständig mal über häufig frequentierte Geschäfte recherchieren würde. Oft genug ist man ja mal selbst oder sind eigene Freunde auf dem Bau oder im Handel beschäftigt. Übrigens, um die Zahlungsfähigkeit bzw. -unfähigkeit von irgendwelchen Klitschenbesitzern einschätzen zu können, reicht oft nur ein Blick auf das Auto des Chefs. Wenn genügend Leute hier immer auf den Laufenden wären, könnte man weitaus schneller auch einen Austausch zwischen Beschäftigten gerade der übelsten Klitschen herstellen. Ob es dann zur Bildung von betriebsübergreifenden Gruppen kommt, ob dann auf übergreifende Streiks hingearbeitet wird, hängt natürlich von den Beschäftigten selbst ab. Aber zu denen gehören ja viele Leserinnen und Leser jetzt schon und nicht wenige werden nach und nach zu ihnen stoßen.

Bei dem Problem Wohnungen und Mieten bzw. Mietwucher und Vermieterterror könnte man ja auf ähnlichem Wege aus der Devensive gelangen. Es gibt z.B. genügend Leute, die bekannt dafür sind, Häuser per heißer Sanierung geräumt zu haben. Sie führen trotzdem ein reichlich unbehelligtes Leben.

Vor zwei bis drei Jahren meldeten sich im Subbotnik mehrmals Leute zu Wort, die das Plattmachen von Wagen der Marken Daimler Benz und BMW als gewonnene Schlachten im Klassenkampf verkauften. Mit etwas mehr Grips und längerer Vorbereitungsarbeit, gute Recherchen mit inbegriffen, hätten dieselben Leute eine Kampagne gegen den ein oder anderen Miethai aufziehen können.

Wird eine Wohnung privatisiert, steht ein Besitzerwechsel ihres Hauses bevor oder wird einfach nur der derzeitige Vermieter etwas unverschämt, dann sind Probleme ja bekanntlich oft nicht nur mit einem Rechtsbeistand zu losen. In Bedrängnis geratene Mieter könnten sich ja vielleicht auch mal mit guten Freunden kurz schließen und einen Zirkel wehrhafter Mieter gründen. Geht es ihnen selbst an den Kragen, dann sollten aus Sicherheitsgründen die Freunde alle Aktionen gegen den Vermieter durchziehen. Geht es den Freunden an den Kragen, dann ist die Reihe an den Initiatoren. Mit Aktionen sind jetzt nicht in erster Linie Anschläge gleich welcher Art gemeint. Es geht ebenso um Presse-, Brief- und Telefonkampagnen und um die Organisation von Boykotten.

Kommen wir nun kurz zum Thema Selbständige Arbeiter. Wie schon beschrieben, werden wohl immer mehr Leute gezwungen sein, sich als Honorarkräfte, Taxi- oder LKW-Fahrer usw.usf. durchschlagen zu müssen.

An der Stelle sollte man versuchen, gerade zu Anbietern gleicher Arbeitsleistungen Kontakte zu knüpfen. Ziel dieser Übung sollten Preisabsprachen sein, die verhindern sollen, nicht permanent heruntergehandelt zu werden. Dasselbe gilt allgemein für solche sogenannten selbständigen Arbeiter, die ständig für ein und dieselbe Firma arbeiten.

Vielleicht gelangt man ja mal über diesen Weg zu größeren Syndikaten solcher Beschäftigter, die sogar wieder fähig sind, Arbeitszeitabsprachen zu treffen.

„Und was soll ich als Arbeitsloser machen?"

Nun hatte ich bis zu dieser Stelle schon mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, gut und permanent zu recherchieren und von außen Verbindungen zu knüpfen (Siehe Zeitungen von Belegschaftszirkeln an deren Belegschaft verteilen, Verbindungen zwischen Klitschenbelegschaften, als befreundeter Mieters usw.) Man könnte also gerade als Arbeitsloser in einem der genannten Bereiche eine Art Bindegliedfunktion einnehmen. Außerdem bleibt immer noch die Aufgabe eine Kampagne gegen Überstunden, Lohnraub, Arbeitszeitverkürzungen und für neue nützliche Arbeitsplätze auf Kosten der Reichen und Supereichen. Vor allen Dingen Arbeitslose oder Vorruheständler müßten zu diesem Zweck lokale Komitees gründen. Arbeitsgruppen solcher Komitees könnten sich genau mit den Aufgaben befassen, die ich bei den Themen Kleinstbelegschaften, Vermieter und öffentliche Dienstleistungen beschrieben hatte. Was die Recherchen in Sachen Überstunden, Lohnraub und Entlassungen anbelangt sollten aktive Arbeitslosengruppen ihnen bekannte Betriebe der Industrie, des Handels usw. beobachten. In Frankreich z. B. gab es bereits Besetzeraktionen von solchen Inis, die Kaufhäuser zum Ziel hatten, die trotz großer Gewinne Leute entließen.

„Und was kann ich als Student schon machen?"

Studentinnen und Studenten könnten zu erst einmal dasselbe tun wie Arbeitslose. Dann sollten gerade sie sich -als zukünftig oft arbeitslose Akademiker- an Inis zur besseren Kooperation von selbständigen Arbeitern beteiligen oder sie gar inszenieren.

Außerdem bleibt da immer noch das Feld Universität mit seinen sozialen Problemen, wie drohende Studiengebühren, fehlende Grundsicherung für Studis, Privatisierung von Einrichtungen und Arbeitsplatzabbau. Arbeitsgruppen, wenn nötig außerhalb der Studi- und Fachschaftsräte, bleiben hier ebenfalls notwendig. Auf diesem Feld schließt sich dann ja immerhin auch der Kreis zwischen katastrophaler werdenden sozialen Bedingungen und der Durchsetzung z.T. scheußlichster Lehrinhalte.

T.A.

[1] 1994 erbrachte die Lohnsteuer 276 Mrd.DM, während alle Steuern auf Gewinn und Vermögen mit 87,5 Mrd.DM nur noch ein Drittel davon ausmachten. Selbst das wurde mehr als ausgeglichen durch die Zinszahlungen für staatliche Schulden in Höhe von 109,7 Mrd.DM, die fast ausschließlich an die Wohlhabenden und Reichen gehen." (ebenda)

„Mord im Gemüseladen bewegt viele Leipziger"

„Zu dem Motiv ist nur bekannt, daß es im Prinzip um einen völlig nichtigen Anlaß ging." Staatsanwaltschaft Leipzig

Kundgebung eine Woche später

Tränen, Blumen und brennende Kerzen. Erschüttert ist auch die 58-jährige Ingeborg Brand und meint: „Die beiden Täter müßten lebenslänglich hinter Gitter." Irene Seinige aus der Körnerstraße pflichtet ihr bei: „Ich würde es nicht überleben, wenn ich einen Anruf mit solch entsetzlicher Nachricht bekäme, wie jetzt die Verwandten des Syriers in Damaskus." Doch Thomas Heuer, Sport- und Betriebswirtschaftsstudent und Mitglied der Burschenschaft „Plessavia" denkt schon weiter. Mit der Einrichtung eines Spendenkontos für die Familie des Getöteten „möchte er einfach etwas für die Hinterbliebenen tun, das gebietet schon unser Anstand" - im Gegensatz zu zwei verwirrten Einzelgängern und Psychos, die die feige Tat begingen.

Wenn es die LVZ nicht gäbe (Danke Herr Gießler und Herr Seidler), wer sollte es ahnen, daß die Betroffenheit groß und ehrlich gemeint war? Daß immerhin Deutsche „ins Gespräch kamen, die sonst nur stumm aneinander vorbeigesehen hätten" und sich „alle fragten, woher nur soviel Gewalt kommt". Rassismus kann das Tatmotiv nicht gewesen sein. Das weiß die Staatsanwaltschaft ganz genau und die Leipziger VOLKSzeitung sowieso. Und dann erfahren es alle Leser des zweitgrößten Lokalblattes extraklar. Hier waren ganz, ganz böse Jungs unterwegs. Das kommt in guten Elternhäusern sicher nicht vor. Die wissen doch gar nicht, was die damit anrichten können, wo doch Leipzig boomt mit der Messe, den Medien und allem. Wir hier im Osten sind doch jahrelang mit den Ausländern klar gekommen.

Was sind das für Schreiberlinge, die uns einlullen in Kerzenwachs und Blumen und nicht vergessen, Schadensbegrenzung zu betreiben. Alles schlimm, ja aber...Wird nicht gar die Meinung der großen Masse wiedergegeben oder wird diese durch solche Artikel wie vom 25. Oktober erst gebildet. Liest man sich den nebenstehenden Brief durch, so kann man durchaus Parallelen in der Argumentation finden. Auf der einen Seite wird erklärt warum der Mord durchaus sein kann, auf der anderen, warum er so aber nicht direkt passieren darf - die Welt schaut auf uns. Deshalb muß ein Lokalredakteur genau wissen was er schreibt und solche Schreckensmeldungen relativieren; der Auftrag lautet: das ist nicht unser wahres Gesicht. Und doch vergeht kein Tag ohne Angriffe, Beleidigungen gegen Nichtdeutsche. Alles gipfelt im vom Volk abgesegneten Regierungswillen möglichst viele Ausländer rauszuschmeißen.

Wer dieses Meinungsklima willentlich aufrecht erhält, und das tut diese Presse hier in Leipzig, macht sich klar zum Mittäter und muß sich persönlich vorwerfen lassen, den Boden für solche Taten zu ebnen. Da zählt auch nicht das Argument, daß es sich bei den Redakteuren um kleine Lichter handelt, die nur die Anweisung von oben ausführen, schon gar nicht bei Zeitungskommentaren. Denn hier kommt klar die persönliche Meinung eines „Journalisten" zum Ausdruck, wie das entsprechnede Ereignis samt Hintergründen aufgefaßt und bewertet werden sollte.

Täter 1

Täter 2

Am Abend des 23.10.1996 kam es in einem Geschäft in der Karl-Liebknecht-Straße zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei jugendlichen Rassisten und dem Verkaufspersonal. Der 20jährige Daniel Z.und der 18jährige Norman E. beschimpften die zwei VerkäuferInnen mit rassistischen Äußerungen und randalierten. Der 30jährige Asylbewerber Achmed Z., der in dem Geschäft mithalf, stellte sich vor die VerkäuferInnen, um zu beschwichtigen und bat die beiden nach draußen. Daraufhin sind Achmed und die Jugendlichen vor den Laden gegangen, wo einer der beiden ein Messer zog und den Syrer niederstach. Achmed Z. verstarb noch im Geschäft an seiner schweren Verletzung. Die zwei wurden noch in der Nähe des Tatorts von der Polizei festgenommen und sitzen seitdem in U-Haft. Erstaunlich ist, daß die Anklage der Staatsanwaltschaft auf „gemeinschaftlichen Mord" lautet, sind doch die ermittelnden Behörden eher dazu geneigt, solche Angriffe etwas niedriger anzubinden und in Richtung „Körperverletzung" von Einzel- und Trunkenheitstätern zu ermitteln. Trotzdem stellt die Staatsanwaltschaft bisher den Mord in keinen Zusammenhang mit einem rechtsextremistischen Hintergrund, obwohl die Aussagen der Zeugen und der Polizeiangaben von eindeutig rassistischen Beleidigungen gegenüber den VerkäuferInnen und Achmed Z. sprechen. Ob die beiden Rassisten den Laden gezielt betreten haben, bleibt im Unklaren. Fest steht, daß der Ladeninhaber ebenfalls ein Syrer ist und dies im Viertel um den Laden bekannt ist. Weiterhin sahen Zeugen, wie kurz vor der Tat zwei Deutsche an der danebenliegenden Straßenbahnhaltestelle Passanten und vorallendingen „Nicht"-Deutsche mit Beleidigungen und rassistischen Äußerungen überhäuften.

„Ob die beiden Deutschen der rechtsradikalen Szene angehören, ist offen.", reagierte der Oberstaatsanwalt Rainer Moser auf die Frage nach dem Hintergrund des Mordes an dem Syrer. Überhaupt solle man nicht wie manche vorschnell auf eine ausländerfeindliche Grundhaltung schließen. War doch lediglich von einem „Türkenweib" die Rede, dem der Syrer zu Hilfe geeilt war, bevor er niedergestochen worden ist. Sollte den beiden Deutschen nicht doch ein organisatorischer Hintergrund nachgewiesen werden, wird dieser rassistische Mord zweier durchschnittlicher Deutscher keinen Eingang in die Statistik rechtsradikal motiviertet Straftaten des Innenministeriums finden. Da bleiben nur noch die zwei schon angesprochenen Erklärungsmuster - während der Tat angetrunken oder verwirrte Einzeltäter. Dazu paßt die Aussage der Mutter des Täters: „...Aber ausländerfeindlich ist er nicht."

aus Frente 12/96

PDS-Informationsbüro
Peterssteinweg 13
04107 L e i p z i g

Leipzig, 30.10.1996

Ihnen wird geschrieben, weil stark zu vermuten ist, dass Sie hinter der Gefühlsduselei einer sog. "Antirassistischen Aktion Leipzig", betreffend den erstochenen Syrer, stecken.

Es wird von "staatlichem Rassismus" geschrieben. Wäre es so, wären dieser und alle anderen gar nicht hier, denn ein rassistischer Staat würde sie gewiss nicht aufbewahren. Dass diese alle hier sind, beweist, dass der Staat keineswegs "rassistisch" ist.

Es wird von "innerem Rassismus" geschrieben. Dies ist m. E. zu verstehen: ein Volk, das derart mit Volks-, Glaubens- und Kulturfremden überfüttert wird und mit ansehen muss, welche Vorteile diese erhalten im Gegensatz zu so manchem deutschen Sozialfall, dann muss das verbittern!

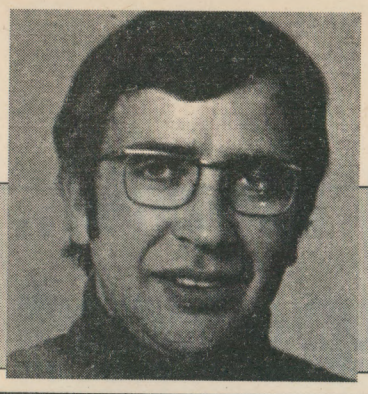
Es wird geschrieben: "das Asylrecht sei de facto abgeschafft". Wie erklärt sich aber dann, woher die Asylanten kommen?? Die Situation auf dem Leipziger Hauptbahnhof, einem Asylanten-"Klubhaus", wo sich täglich ab Mittag (man muss ja auch ausschlafen) bis nachts (man muss ja am Nachtleben teilhaben) jede Menge junger Männer, keine Frauen oder Familien!! in neuen schwarzen Lederjacken, neuen Markenjeans und neuen Turnschuhen tummeln, spricht eine andere Sprache! Die Erklärung ist: Das sind Männer im wehrfähigen Alter, die zu bequem sind, in ihrer Heimat ein Gewehr für ihre Freiheit in die Hand zu nehmen, weil es sich in Deutschland bequemer lebt, und die teure Bekleidung, die sich mancher hiesige Jugendliche nicht leisten kann, wird vom Steuerzahler bezahlt! Denn es ist ja nicht gängige Praxis der dafür anfälligen Parteien/Mitglieder, ihre Schützlinge mit nach Hause zu nehmen, sie dort auf eigene Kosten aufzubewahren, zu beköstigen und auszustatten, bis die politischen Verhältnisse in ihrer Heimat eine Rückkehr verlangen. Nein, dies wird Staat und Steuerzahlern zugemutet, und wenn es nicht ganz klappt, sind Staat und Bürger "rassistisch".

J e d e r Mord ist einer zuviel! Unabhängig, wer das Opfer ist. Aber bei Ausländern als Opfer spielt sich jedes Mal dasselbe "Ritual" ab: Kerzenschwingen usw. Bereits, wenn der Täter Ausländer ist, erst recht, wenn der Täter Deutscher ist. Wenn Deutsche Opfer von Ausländern wurden, schweigt hingegen die Ausländer-Lobby fein still... Heißt für mich: hier wirkt wieder mal die "political correctness"! Man beachte: Herr Achmed war Asylant. Zwielichtig liest es sich in der Zeitung: "Seine Familie lebt in Damaskus". Warum also er nicht? Die Zeitung lässt aber auch die Katze aus dem Sack: "Er wollte von hier aus seine Familie unterstützen". Zwar ein hehres Ziel, aber der falsche Weg. Weil?: nicht vom Grundgesetz gedeckt, dessen Art. 16 eindeutig politische Gründe für den Genuss des Asylrechts vorgibt. So aber war Achmed Z. ein klarer Fall von Wirtschaftsflüchtling, der das deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem ausnutzte. Das muss man einmal deutlich herausstellen! Wie wollte er denn Unterstützung leisten?: durch kostenlose Arbeit bei Freunden? Durch deutsche Sozialleistungen und ggf. "Geschäfte" doch sicher eher! Viele Bürger und nationale Kameraden werden das nicht verinnerlichen können.

Dazu kommt ferner die Praktizierung von Üblichkeiten des fremden Kulturkreises wie dreiwöchige Ladenschließung, Trauer über den Familien- und Freundesstatus hinaus bei allen Angehörigen usw. Straßengeheul und Straßenleben sind zweifelsfrei Islam-typisch, hier aber nicht angebracht.

Ein Bürger, der nicht für Ihre Ideale eintritt und der keine Lust hat, sich bei Ihnen publik zu machen

„Selbsternannte Gerechtigkeitskomitees und Antifa-Initiativen haben da schnell ihre Losungen parat: `Nieder mit deutschen Rassisten und Rechtsextremisten!´ Stilles Gedenken wird zur Kundgebung umfunktioniert, Schmerz droht in Hass umzuschlagen. Doch so entsteht nur die Saat für neue Gewalt."
So Th. Seidler in der LVZ. Der obige Brief ist inhaltlich nur ein Steinwurf davon entfernt. Er landete kurze Zeit nach dem Mord im Infobüro Steffen Tippach (PDS).



Kurzmeldungen

von und mit Gerd Dreckmann

Tierschutz?

Das Bundeskabinett hat Ende Oktober einen neuen Entwurf für ein Tierschutzgesetz vorgelegt, der nur noch vom Bundesrat abgesegnet werden muß. Wirklich neu daran ist, daß mensch jetzt erst ab einem Alter von 16 Jahren wechselwarme Wirbeltiere (Fische, Frösche...) käuflich erstehen kann, nicht wie bisher in dem unreifen Alter von 14 Jahren. Für Tierversuche und Tierhaltung ändert sich genau genommen gar nichts. Zwar soll die Kosmetikindustrie keine Tierversuche mehr durchführen dürfen, ABER in EU-konformer Weise. Das heißt: nur wenn alternative Testmethoden EU-weit anerkannt sind (gibt´s keine). Außerdem sind in dem bisherigen Gesetz (bezog sich auf Make up...) nur „Endprodukte" gemeint, so daß einzelne Stoffe in Produkten trotzdem an Tieren getestet werden dürfen. Dafür soll die Beantragung von Tierversuchen erleichtert werden. Geringfügige Versuchsänderungen müssen nicht mehr beantragt, nur mitgeteilt werden und das Genehmigungsverfahren soll nur noch 3 Monate dauern dürfen. Das dürfte wohl auch ausreichen, um festzustellen, ob ein Antrag richtig ausgefüllt wurde - andere Gründe gibt es nicht, um den Antrag abzulehnen. Ethische Gesichtspunkte fallen völlig aus der Prüfung raus. Schuld daran ist eigentlich die Verfassung, mit „nur" einem Gesetz ist da nichts zu machen. Das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit, Forschung u.s.w. geht laut Grundgesetz nur einzuschränken, wenn andere Grundrechte betroffen sind (Eigentum, Handlungsfreiheit des Menschen...), nicht durch irgendein Gesetz und schon gar nicht zum Schutz von Tieren, denn die haben kein Grundrecht auf irgendetwas. Solange die Verfassung nicht geändert ist, lassen sich würfelgroße Hühnerkäfige, Waffentests an Tieren in der Rüstungsindustrie u.s.w. nicht mit einem Gesetz verbieten, denn das wäre verfassungswidrig..

Übrigens:
*1,6 Millionen Versuchstiere jährlich
*60kg Fleischkonsum pro Kopf jährlich
= 50 Millionen Großtiere + 300 Millionen geflügeltes Tier

Bildermuseum auf dem Sachsenplatz:

Nachdem die Rathausspitze beschlossen hat, einen 150 Mio. DM teuren Neubau für das Museum auf den Sachsenplatz zu setzen, stellt sich heraus, daß es andere, preiswertere und schnellere Varianten gibt. Eine Tochtergesellschaft der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekenbank (depfa) hat angeboten für insgesamt 100 Mio. inclusive Grundstück die Hainstraße 16/18 museums- und denkmalgerecht zu sanieren. Ab Baugenehmigung würde dafür nur ein Jahr gebraucht, so daß das Museum kein Ausweichquartier benötigen würde. Ein andere Vorschlag ist, einen Neubau vom Eigentümer des Grundstücks Hainstr/Ecke Große Fleischergasse finanzieren zu lassen und eine jährliche Miete von 3,5 Mio. zu zahlen. Den Stadträten wurden diese Vorschläge vorenthalten, die Stadt spekuliert auf Zuschüsse zu dem geplanten Neubau auf dem Sachsenplatz. Bekommt sie die nicht, sind schon allein Zinsen und Tilgung für eine Kredit doppelt so hoch wie die Miete in der Großen Fleischergasse. Den Zeitplan und die veranschlagten Kosten in der Hainstraße hält die Stadt nach eingehender Prüfung für unrealistisch. Dabei ist noch nicht einmal klar, ob die 120 Mio. Mark für den Neubau auf dem Sachsenplatz reichen, das Projekt in 4-5 Jahren fertiggestellt ist und wo und für wieviel Geld ein Ausweichquartier gefunden wird. Die Hainstraße wäre also in jedem Fall billiger, vorhandener Platz würde effektiver genutzt und es gäbe nicht diesen ekelhaften Neubau auf dem Sachsenplatz. Die Entscheidung ist durch, es scheint gar nicht darum zu gehen, mit möglichst geringen Kosten zu arbeiten, ein akzeptables Ambiente für das Museum zu finden, die Innenstadt nicht noch weiter zu verschandeln und investitionswillige Grundstückseigentümer einzubinden. Schließlich kommen die Zuschüsse von außerhalb, belasten den Stadtetat nicht und die Stadt kann ihr eigenes Süppchen kochen. Kritik und Mitarbeit unerwünscht. Den Ossis da oben scheint das Jonglieren mit Millionen nicht zu bekommen. Zuschüsse als persönliches Begrüßungsgeld für Stadtplaner.

Das alte AGRA-Messegelände

Der südliche Teil der AGRA ist vor einigen Monaten von der Treuhand in den Besitz der Stadt Leipzig übergegangen. Die restlichen Hallen unterliegen der Obhut der Stadt Markkleeberg. Die Leipziger planen ab1997 keine einzige Ausstellung/Messe mehr auf diesem Gelände durchzuführen. Antragsteller, die dieses Gelände weiterhin nutzen wollen, sich eine Einmietung in die neuen Messehallen nicht leisten können bzw. diese für ihre Zwecke als ungeeignet bezeichnen (keine verfügbaren Freigelände etc.), erhielten von Leipzig eine Absage. Nun überlegt Markkleeberg, ob sie diese Messen weiterhin in ihren Hallen durchführt. Genauere Pläne was künftig aus dem Leipziger Areal wird, gibt es noch nicht, erwogen wird „ hochwertiger Wohnungsbau". Aber das liegt alles noch im Planungsbüro und wird wahrscheinlich erst im übernächsten Jahr konkreter.

Pillen - Arznei - Betäubung

Schon wieder ein Gesetz in Planung. Der Bundesrat beschloß: Ecstasy und andere Pillen sollen verboten und gleichzeitig Methadon-Behandlung und Cannabis-Schmerztherapie reformiert werden. Seehofer schimpft und will ein anderes Gesetz: ein Betäubungsmittel- und kein Arzneimittelgesetz. Bisher fallen Designerdrogen eigentlich unter keinerlei Rechtsgebiet, was Seehofer bis jetzt mit Eilverordnungen gelöst hat. In Kiel will das Landwirtschaftsministerium schon mal für einen geplanten Modellversuch zur Haschischabgabe in Apotheken Haschisch anbauen. Das kostet 1 Mio für Personal, 420.000 für das Gewächshaus, 900.000 für eine Halle. Fragt sich noch, wer das ganze viele Gras dann wirklich kriegt und welcher Minister die Qualität testen darf. Zum Thema hat der Bundesgerichtshof festgestellt, daß Ecstasy wesentlich gefährlicher ist, als Haschisch und ca. 500 (?) Pillen eine „nicht geringe Menge" nach dem Betäubungsmittelgesetz ist und mit mindestens 1 Jahr zu bestrafen ist. Und was bringt uns diese Feststellung?

Existenzfragen

„Wo keine Wehrpflicht bestand, kann man sich auch nicht entziehen." Und daß war nach Meinung der Gerichte in der DDR so. Das heißt, wer zu DDR-Zeiten in den Knast ging, weil er nicht zur NVA wollte, wird nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt und kann neu eingezogen und bei Verweigerung auch neu verurteilt werden und genau das ist jetzt passiert. Mal sehen, was die Revision bringt. Besonderer Gnadenakt war, daß der Betroffene nicht wegen vollendeter Fahnenflucht sondern nur wegen versuchter bestraft wurde (3 Monate auf Bewährung). Leider hab ich keine Begründung gefunden, warum es die NVA angeblich nicht gab oder Mann zumindest nicht verpflichtet war mitzumachen. Wahrscheinlich fällt „Zwang" nicht unter den Begriff „Pflicht"..
Außerdem wird wiedermal über „Soldaten sind Mörder" diskutiert. Meinungsfreiheit oder Schutz der Soldatenehre. Es ist einfach nur zum Brechen.

Eheliche Vergewaltigung

Das Vergewaltigungsgesetz kommt voraussichtlich doch nicht so wie geplant (s.Klaro Okt.'96). Der Bundesrat hätte zustimmen müssen und findet die Rücktrittsklausel nicht gut. Man ist tatsächlich auf den Trichter gekommen, daß „zu befürchten ist", daß der Ehemann seine vergewaltigte Ehefrau so unter Druck setzt, daß sie ihren Strafantrag zurückzieht.
In Berlin gibts jetzt bei „geringen" Straftaten häuslicher Gewalt beschleunigte Verfahren. Innerhalb eines Monats soll das Verfahren (ohne Staatsanwalt, nur mit Amtsanwälten) abgeschlossen sein. Die Beweise sind noch halbwegs frisch und die Frau eher bereit, gegen ihren Gatten auszusagen. Das alles nur bei Beleidigung, Hausfriedensbruch, blaues Auge - und nur in Berlin.

Am 9.November wurde der Pogromnacht von 1938 gedacht. Eine Demonstration fand dieses Jahr nicht statt. Die ca.100 Teilnehmer der Gedenkfeier legten Kränze am Gedenkstein in der Gottschedstraße nieder und enthüllten einen Gedenkstein für Kinder auf dem Alten Israelitischen Friedhof.

Rauchen macht intelligent

Die Bündnisgrünen wollten schon seit einiger Zeit ein Nichtraucherschutzgesetz. Danach sollte am Arbeitsplatz, in öffentlichen Gaststätten und Verkehrsmitteln ein absolutes Rauchverbot eingeführt werden. Bußgelder bis 100 DM für Raucher, 5000DM für Arbeitgeber, die die Vorschriften nicht durchsetzen. Genau das wollen jetzt auch die anderen Fraktionen und haben den inzwischen 3. Gesetzentwurf vorgelegt mit der Begründung, auch Passivrauchen ist gesundheitsschädlich und ein Krebsrisiko sei nicht auszuschließen. Die Einrichtung von Raucherzonen ist gestattet, Hotels und Gaststätten sollen nicht in das Verbot einbezogen werden. Klar dürfen Nichtraucher nicht zum Mitrauchen gezwungen werden, aber deshalb prinzipiell an jedem Arbeitsplatz das Rauchen zu verbieten kann nicht die Lösung sein, zumal es vielerorts einfach über persönliche Absprachen zu beiderseitiger Zufriedenheit gelöst wurde. Ein solches Nichtrauchergesetz wäre auch überhaupt nicht gut für Wissenschaft und Forschung. In einem Test ist festgestellt worden, daß Rauchen konzentrierte und kreative Arbeit fördert. Durch das Nikotin werden verstärkt Botenstoffe im Gehirn ausgeschüttet, so daß sich mit einer Zigarette leichter abstrahieren, erfinden und lernen läßt. Nur Raucher können wahrhaft genial sein.

Lollywood

Medienzentrum geplant: dieses soll nach Vorstellungen der Stadt und des Mitteldeutschen Rundfunks auf dem nördlichen Teil des ehemaligen Schlachthofgeländes entstehen. Geplant sind Studios, Kleinkunststätten, medienspezifische Büros und eine Ausstellungsfläche. Die Kosten von 70 Mio. Mark werden aus Fördertöpfen erwartet und einen 30 Mio. Mark Kredit nimmt die Stadt auf. Nach sich ziehen kann der vollendete Umbau, daß ein Tochterunternehmen des MDR Drefa ihren Hauptsitz nach Leipzig verlegt, evtl. Leipzig seine berühmt berüchtigte Arbeit als Synchronisationsort wieder aufnimmt und möglicher Weise spontane Zusammentreffen mit Alltagshelden aus „Verbotene Liebe", „Grün ist die Heide" oder „Rot ist die Liebe" nicht mehr nur Tagalpträume sind. Zum magischen Zeitpunkt der Jahrtausendwende soll das Schmuckstück fertig sein, 2000 Arbeitsplätze schaffen und zu voraussichtlich 13 Mark/m² komplett vermietet werden. Nett wäre es, wenn auch die Künstler unter uns die heiligen Hallen für ein erschwingliches Entgelt betreten und nutzen könnten.

Im Süden nichts Neues

Südraumplaner diskutierten über Tagebaunutzung: Die Zeit drängt, das Wasser steigt und noch ist nichts in dem Topf wo es kochen soll. Verbindliche Planungsunterlagen wurden bis jetzt nur für die Deponie Cröbern, die Autobahn, das Kraftwerk Lippendorf und den Industriestandort Böhlen beschlossen. An Plänen die darüber hinaus gehen ist Leipzig zwar auf dem Papier interessiert, inoffiziell bleiben aber Wälder, Seen, Strände, Häfen und Freizeiteinrichtungen vorerst unverbindliche schöne Absichten. Die Stadt ist immer noch nicht Mitglied im Kommunalen Forum Südraum Leipzig geworden, das für die Gestaltung zuständig ist. Frühestens in einem Jahr soll ein zustimmungsfähiger Plan vorliegen. Ideen und Interessen gibt es viele. So hat sich z.B. die Kommission Wassersport vom Landessportbund Sachsen überlegt ein Wassersportgebiet für nationale und internationale Wettkämpfe, Trainingslager, Kanu- und Ruderstrecke, Gesundheitssport oder touristische Kurse aufzubauen. Im Regionalplanentwurf ist außerdem ein Landschaft- und Naturschutzgebiet vorgesehen. Wenn der Tagebau komplett verplant ist wird kaum noch Raum sein für solche oder andere Ideen umzusetzen. Seine endgültige Struktur wird der Tagebau aber erst frühestens in 10 Jahren haben und für viele Vereine ist es mit einem großen Risiko verbunden über so einen langen Zeitraum verbindlich zu planen. Unterstützung von der Stadt ist nicht in Sicht, obwohl doch sonst nichts zu teuer und aufwendig ist, um das Image der Stadt aufzupolieren.

DIE ⅜URZEN:

- Bis Weihnachten findet jeden Samstag von 10-16 Uhr ein antiquarischer Büchermarkt in der Messehofpassage statt. Das Bücherangebot beschränkt sich nicht auf Ramsch.

-Nach ehrenamtlichen Mitarbeitern sucht der neugegründete Verein „Leipziger Tafel". Vereinszweck ist die kullinarische Versorgung Obdachloser und anderer sozial Schwacher. Die Lebensmittel kommen aus Spenden von Händlern die diese nicht mehr verkaufen können. Unterstützende werden beim Abholen und Aussortieren gebraucht. Info.: Telefon. 0341/6897941;

- Johannes Paul II. glaubt, daß Darwin irgendwie Recht gehabt haben könnte. Der Papst gibt zu, daß die Evolutionstheorie mehr als eine Hypothese ist. Jedoch die Ansicht, der Geist oder die Seele sei ein Produkt der Materie ist mit der „Wahrheit unvereinbar".

- Notstand bei der Bundeswehr durch Kürzung des Wehretats. Es herrscht akkuter Material- und Ersatzteilmangel, bei weiter sinkenden Mitteln sei die Landesverteidigung gefährdet. Angaben der Arbeitnehmerorganisation der Bundeswehr zufolge seien nur 35% der Maschinen beim Heer einsatzbereit und die Flugzeuge in der Regel älter als die Piloten die sie fliegen.

- Mulimedia ist gescheitert. Schuld ist angeblich die Technik.und die fehlende politische Rückendeckung. Einkaufen plus Sex mit dem smarten Verkäufer aus dem Sportfachgeschäft via Bildschirm fällt vorläufig aus. Schade, auch wenn`s weh tut.

KLEINE MORDE UNTER FREUDEN

Versuch einer politisch korrekten Rechtfertigung zu „Viva la france"

1. Der Schmierfink hat keinerlei persönliche Antipathien zu im Beitrag beinah namentlich erwähnten Personen. Eher das Gegenteil.
2. Der Schmierfink ist der Meinung, das er ebenfalls weitaus mehr derben Unfug treiben könnte, als Mitmenschen, die niemand kennt, bevor er rausfliegen würde. Der Fink findet das nur bedingt in Ordnung.
3. Los Crudos haben nie in der Stö dreifünf gespielt, sondern ein Kruel Circus anverwandtes Unternehmen. Los Crudos hatte ich einfach nur im Hinterkopf - vorausdenkend -, peinlich, aber nicht existenzzerstörend. Habe außer Bands auch noch'n paar andere Geschichten um die Ohren.
4. Wer, was, warum mir wann und wie gefällt, ist gottverdammtnochmal mein Ding und ich habe nie den Anspruch einen objektiven Bericht abzuliefern, weil, das interessiert mich überhaupt nicht. Wer das möchte, soll es bitte tun. Bisher waren Nachfragen in der Richtung leider immer erfolglos. Und ansonsten: *Leckt mich ...*

ratz

Natürlich natürlich!

Beim Wachstumshormon BST von Monsanto für Kühe lief's genauso wie jetzt mit Soja. Nach Protesten gabs „Verräter" in den eigenen Reihen und die undurchführbare Trennung der Milch von urtümlichen und BST-Kühen war plötzlich möglich. Heute wird BST kaum noch verwendet. Monsanto ist kein unbeschriebenes Blatt. Von dort kam bereits im Vietnamkrieg das Entlaubungsmittel „Agent Orange". Seit den 80er Jahren arbeitet Monsanto an der gentechnischen Veränderung von Pflanzen. In diesem Jahr kommen noch genmanipulierte Baumwolle, Raps und Kartoffeln auf den Markt. Mais und Tomaten gibts schon. Hoechst zieht mit und plant auch die Manipulierung von Raps, der gegen eigenes Pflanzenschutzmittel resistent sein soll. Am Max-Planck-Institut wurde eine Kartoffel gezüchtet, die von selbst eingeht, wenn sie von Krankheitserregern befallen ist.
In den USA gibts seit Oktober eine Koalition von Farmern und verschiedenen Gruppen gegen Gen-Soja und -Mais. Das Saatgut muß jedes Jahr neu gekauft werden und anderes Unkrautschutzmittel kann nicht verwendet werden. Langfristig würde das zum Ende der familiären Landwirtschaft führen.

Die Amis drehen wiedermal am Rad. Der US-Chemiekonzern Monsanto wollte dieses Jahr die erste gentechnisch manipulierte Sojabohne flächendeckend ab November auf den Markt bringen. Die Bohne ist gegen das konzerneigene Unkrautvernichtungsmittel Roundup resistent und wurde vorerst auf 2% der Anbauflächen der USA ausgesät. Vermischt mit herkömmlichen Sojabohnen wäre jede fünfzigste Bohne genmanipuliert. Alles war wunderbar geplant, es gäbe doppelten Profit für Monsanto, ein gutes Image wegen weniger Herbizidbedarf und der Fortschritt boomt. Eine Einheitsfront der amerikanischen Regierung und Industrie drohte mit einem Handelskrieg und hat so bei der EU-Kommission im April durchgedrückt, daß Soja ohne Kennzeichnungspflicht auf den Markt kommt. Laut Umfragen lehnen aber drei viertel der Deutschen und 95% der US-Bevölkerung Gentech-Fraß ab und verlangen diese Kennzeichnung. Ärzte warnen vor schweren Allergien aufgrund der veränderten Eiweiße, die im Sojaöl zwar nicht mehr nachweisbar sind, wohl aber im Sojaschrot. Ende Oktober entschieden aufgrund der Proteste dann nach Nestle und Unilever immer mehr Lebensmittelhersteller, sie sind die Guten und wollen das Zeug auch nicht, zumindest nur gekennzeichnet und haben sich mit einem Vorrat unmanipulierten Sojas eingedeckt. Das ist aber nicht so einfach. In jedem dritten Lebensmittel sind Sojabestandteile enthalten (Babynahrung, Süßigkeiten, Suppen, Fleischwaren, Fertiggerichte, Mehl, Gebäck...) 60% des Sojaverbrauchs der BRD wird aus den USA gedeckt. Ersatzproduzenten sind nur schwer zu finden und könnten den Bedarf ohnehin nicht abdecken. Die USA erklären wiederrum stur, eine Trennung von manipulierten und „normalen" Bohnen sei unmöglich. Logisch, das kostet schließlich mehr und die fortschrittlichen Lebensmittel ließen sich schwerer verkaufen. Die Industrie weigert sich seit Jahren beharrlich gegen eine Kennzeichnung, sie wäre praktisch undurchführbar und würde den Kunden verwirren. Ob jetzt alles anders und besser wird oder ob sobald die allgemeinen Unmutsäußerungen verklungen und alte Vorräte aufgebraucht sind, die genmanipulierten Sojabohnen genauso still und heimlich wie geplant in unser täglich Brot wandern, bleibt abzuwarten. Verschiedene Verbände und Initiativen planen und fordern Kennzeichnung, Auflistung der Bösen usw. Es gibt auch schon das Markenzeichen „Naturgen". Zumindest Waren aus dem Ökoladen und Babynahrung bleiben wohl auch langfristig pc.

Ärztegewissen

Unter dem Motto „Medizin und Gewissen" fand 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen ein Kongreß in Nürnberg statt. Anlaß ist die Bioethik-Konvention, die der Europarat noch dieses Jahr verabschieden will. Damit soll einer der Kernpunkte des Nürnberger Ärztekodex außer Kraft gesetzt werden. Forschungsvorhaben sollen dann auch an nicht zustimmungsfähigen Patienten vorgenommen werden können, also vor allem geistig Behinderte, Menschen mit Altersdemenz usw., wenn der informierte gesetzliche Vertreter zustimmt. Und das selbst dann, wenn der Betroffene selbst keinen persönlichen medizinischen Vorteil dabei hat. Ziel des Kongresses war, genau diese Ausweitung der medizinischen Forschungsfreiheit mit der Verabschiedung von „Zehn Nürnberger Thesen" zurückzuweisen. Debattiert wurde über alles, was es zu diesem Thema schon mal gab oder geben könnte. Von den Ärzteprozessen, dem darauf folgenden Stillschweigen unter Kollegen, Patienten, Bürgern, dem prinzipiellen ethischen Freispruch der NS-Ärzte und dem protestlosen Weiterarbeiten auch in gehobenen Stellungen an Unis, Gesellschaften, Firmen; dem allgemeinen Anspruch von Ärzten an ihr Gewissen und Ethik; daß auch nach 1945 Versuche durchgeführt wurden, ohne die Patienten zu informieren bishin zu Gentests an Embryonen und Abtreibung; Transplantationsmedizin, Sterbehilfe sowie positiven Aspekten der Genforschung. Nur die 10 Thesen selbst sollten eigentlich nicht besprochen sondern nur verabschiedet werden. Letzteres ist nicht passiert, da auch in den Thesen die gleiche Passage wie in der Bioethik-Konvention vorkam. Deshalb soll der Satz „Vor fremdnütziger Forschung muß der Patient geschützt werden" aufgenommen werden. Ob die Thesen, wenn sie denn verabschiedet werden wirklich einen Nutzen haben und bindend sind für Ärzte und Forscher, bleibt abzuwarten. Theorie alles schön, aber die Praxis und sowieso, die Menschheit muß sich weiterentwickeln und wer erfährt eigentlich, was genau in den Labors abgeht?

Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt!

Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

10.10.96

Bei einer großangelegten Razzia der Polizei werden in mehreren bayerischen Städten insgesamt 21 Menschen festgenommen. Ihnen wird die **Vermittlung von „Scheinehen"** zwischen deutschen Frauen und Männern aus Bangladesh zur Last gelegt. (SZ 11.10.96)

11.10.96

Vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten beginnt das **Verfahren gegen die 41jährige Ghanaerin Elisabeth O.** Sie wird beschuldigt Zivil-Polizisten in ihren Laden „Afrikanischer Markt" eingeschlossen und ihnen Widerstand geleistet zu haben, als diese die Papiere von KundInnen überprüfen wollten.

(FR 12.10.96)

Der in London lebende nigerianische Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka setzt sich in einem persönlichen Appell an den niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski (SPD), für die **22 nigerianischen Flüchtlinge**, die zeitweise in einer Kirche in Hannover **in Kirchenasyl** waren, ein. Er weist daraufhin, daß in Nigeria die Opposition gewaltsam unterdrückt wird. Trotzdem werden die meisten Asylanträge als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt. (FR 12.10.96)

Die **20jährige Polizistin**, die am 6.10.96 **in Nürnberg einen Griechen erschossen** hatte, ist aus ihrem Schockzustand erwacht und bricht ihr Schweigen. Sie erklärt, daß sie Opfer einer Täuschung geworden ist als sie den Flüchtenden aus 15 m Entfernung in den Rücken schoß. In ihrer Erklärung heißt es, daß sie aus der Drehbewegung und der Armhaltung des Griechen schloß, daß er auf sie schießen wolle und sie deshalb nach einem Warnschuß auf seine Beine zielte.

(SZ 14.10.96)

Sachsens Innenminister Klaus Hardtrat (parteilos) verkündet, daß die Regierung Sachsens nicht beabsichtigt, **ehemaligen VertragsarbeiterInnen** aus Vietnam, Mosambik und Angola, die wegen weit zurückliegender Bagatelldelikten verurteilt wurden, ein Bleiberecht auszusprechen. Der „Kanther-Erlaß" der dies berücksichtigt, läßt die besondere Situation der neuen Bundsländer außer acht, erklärt Hardtrat.

(taz 14.10.96)

13.10.96

Das **Ermittlungsverfahren wegen des Todes einer 59jährigen Polin in einer Haftzelle** des Bundesgrenzschutzes auf dem Frankfurter Flughafen wird zum dritten Mal **eingestellt**. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Job Tillmann, sagt, es hätten sich keine Anhaltspunkte ergeben, daß die Frau von BGS-BeamtInnen geknebelt und gefesselt worden sei. Nach einer schnellen Einstellung des ersten Verfahrens und der Begründung die Frau hätte sich im religiösen Wahn selbst getötet im zweiten Verfahren, wird das dritte Verfahren nun mit der Begründung, sie wäre am „Sekundentod" gestorben, eingestellt. Also die neue Version ist die, daß sich die Frau die Stoffkette mit den Heiligenbildern in den Mund gesteckt und sich daran verschluckt hat und das sie dann in einer Panikreaktion am „Reflextod" gestorben ist.

(FR 14.10.96)

Künftig sollen die in Berlin lebenden **deutschen Sinti- und Romafamilien einen Dauerstellplatz auf dem Parkplatz P8** in der Glockenturmstraße in Charlottenburg bekommen. Eine Arbeitsgruppe hält diesen Platz für geeignet, da das Gelände nicht zu nah an Wohngebäuden liegt. (Die Welt 14.10.96)

14.10.96

Im **Prozeß gegen Safwan Eid** vor dem Lübecker Jugendgericht weißt der Vorsitzende Richter Rolf Wilcken den Befangenheitsantrag der Staatsanwaltschaft gegen den Brandsachverständigen Ernst Achilles ab. Damit bleibt Achilles offizieller Gerichtsgutachter. Die Staatsanwaltschaft wollte ihn vom Prozeß ausschließen lassen, weil er im Gegensatz zu den Sachverständigen des schleswig-holsteinischen LKAs einen Brandanschlag von außen für möglich hält. (jW 15.11.96)

Berlins Sozialsenatorin Beate Hübner (CDU) fordert eine **zügige Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge.** Sie sollen ihr Land aufbauen und außerdem sollen sie im Interesse künftig in Not geratener Menschen das Gastrecht nicht überstrapazieren.

(Die Welt 16.10.69)

16.10.96

Die Berliner Arbeitssenatorin Christine Bergmann sagt, **„Illegale Beschäftigung** wird immer mehr in organisierter Form betrieben und hat sich längst zu einem Teil grenzüberschreitender Kriminalität entwickelt". Sie fordert mehrere Gesetzesnovellierungen zur Eindämmung der „Schwarzarbeit". Unter anderem die „Umwandlung von Ordnungswidrigkeiten in Straftatbetände zur Erhöhung der Abschreckungskraft". Z.B. Freiheitsstrafen statt Geldbußen; Einführung zusätzlicher Straftatbestände im Steuer-und Sozialversicherungsrecht etc.... (Die Welt 17.10.96)

17.10.96

Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) erklärt, daß durch intensivere Grenzkontrollen die Zahl der festgestellten **„illegalen" EinwanderInnen** in den ersten neun Monaten um 421 zurückgegangen ist. Weiterhin sagt er, daß Bayern alles daran setzen wird, den „Flüchtlingsschleusern, bei ihrem neuzeitlichen Skavenhandel das schmutzige Geschäft zu verderben".

(SZ 18.10.96)

18.10.96

Das KurdInnen in der Türkei „unterdrückt und diskriminiert" werden steht auch für das **Münchner Amtsgericht** außer Zweifel, aber daß das in München ausgetragen wird, daß will es nicht hinnehmen. Deshalb **verurteilt** es **fünf BesetzerInnen** der Lindwurmstraße 1, in der bis zu seinem Verbot am 27.11.95 der Kurdische Elternverein, seinen Sitz hatte, **zu Haftstrafen zwischen 27 und 36 Monaten.** Einer von ihnen wird zu 3600 DM verurteilt. (SZ 19.10.96)

Während einer Debatte des Landtages kommt es in München zu heftigem Streit zwischen der CSU und der Opposition, wegen der **Abschiebung der kurdischen Familie Demirkan.** Während Bayerns Innen-

minister Günther Beckstein (CSU) das Vorgehen der Behörden verteidigt, „schämt" sich der Chef des Petitionsausschusses, Helmut Ritzer (SPD), über „dieses gnadenlose Bayern". Elisabeth Köhler, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, hält der CSU vor, daß es ein „Armutszeugnis" ist, daß dem psychisch schwerkranke Demirkan, nicht die Möglichkeit einer Behandlung gegeben wurde und das die Familie, die 19 Monate im Kirchenasyl gelebt hat, in die Türkei abgeschoben wurde. (SZ 19.10.96)

In Kroatien verhaftet der Polizei ein mit neun Haftbefehlen gesuchter „vermutlicher Profischleuser". Der 42jährige Mulis Panarbasi aus der Türkei soll nach richterlich beglaubigten ZeugInnenaussagen mehr als **90.000 KurdInnen nach Deutschland „geschmuggelt"** haben. (SZ 19.10.96)

Wegen Steinwürfe gegen die Polizei wird ein **27jähriger Kurde zu 15 Monaten Haft verurteilt.** Die 7.Strafkammer des Frankfurter Langerichts befand ihn des Landfriedensbruchs und der versuchten gefährlichen Körperverletzung für schuldig. (FR 19.10.96)

19.10.96

Die Polizei beschlagtnahmt bei einer Kundgebung in Nürnberg wegen der **Ermordung eines Griechen durch eine Polizistin** 600 Flugblätter. Der Grund dafür war die Betitelung des Aufrufes mit „Vassilis wurde ermordet-Rassismus ist kein Unfall". Weiterhin wurde die Erschießung des Griechen als Eskalation der „alltäglichen Bedrohung durch rassistische Schikanekontrollen" bezeichnet. Darin sieht die Polizei eine Beleidigung der Beamtin und der gesamten Polizei. (SZ 21.10.96)

Bei einer **Demonstration gegen Rechtsradikalismus und Rassismus in Eberswalde** an der ca 300 Menschen teilnehmen nimmt die Polizei fünf DemonstrantInnen fest. Bereits im Vorfeld der Demonstration wurden acht Menschen in Gewahrsam genommen, weil sie waffenähnliche Gegestände bei sich trugen. (FR 21.10.96)

21.10.96

37 der insgesamt 72 Menschen, die am 27.September bei einer Filmvorführung im Cafe Exzess in Frankfurt/Main vorübergehend festgenommen wurden, stellen **Strafanzeige gegen die Polizei**. Sie werfen der Polizei Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung vor. Die **Polizei erstürmte das Exzess** als der Film „How to come through" gezeigt wurde, in der Hoffnung die TäterInnen zu finden, die im Juli diesen Jahres einen Anschlag gegen die Datenleitungen des Frankfurter Flughafens verübten um gegen die Abschiebepolitik der Bundesrepublik und deren Umsetzung auf dem Frankfurter Flughafen zu protestieren. (jW22.10.96)

Vor dem Münchner Amtsgericht beginnt der **Prozeß gegen sechs weitere TeilnehmerInnen an der Besetzung der Räume des Kurdischen Eltervereins** am 2.12.95. Dieser wurde einige Tage vorher verboten und die 40 BesetzerInnen wollten mit der Besetzung gegen das Verbot protestieren. Ihnen wird Hausfriedensbruch, Geiselnahme (weil Kinder an der Besetzung beteiligt waren), Sachbeschädigung, Siegelbruch und Verstoß gegen das Vereinsgesetz. Am 18.10. wurden fünf BesetzerInnen wegen der vier erstgenannten Delikte zu zwei bis drei Jahren Gefängnis verurteilt. (jW 22.10.96)

Im **Prozeß gegen Safwan Eid** vor dem Lübecker Jugendgericht geben Zeugen erneut unterschiedliche Angaben zum möglichen Ausbruchsort des Brandes an. Während ein BGS-Beamter aussagt, daß er im Vorbau des Hauses weder Flammen noch Rauch gesehen hat, sagt ein Feuerwehrmann, daß der Vorbau „in voller Ausdehnung" brannte. (Die Welt 22.10.96)

Bei einer **Polizeirazzia auf zwei Wohnschiffen in Hamburg-Harburg** auf denen ca. fünfzig Flüchtlinge wohnen, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den BewohnerInnen und der Polizei. Die Polizei nimmt neun Menschen fest und sucht Diebesgut. (FR 22.10.96)

22.10.96

Bei einer Großaktion werden von der Polizei **80 Wohnungen und Geschäftsräume von „mutmaßlichen" AktivistInnen der PKK durchsucht**. Bei den Durchsuchungen die hauptsächlich in Süddeutschland stattfinden werden drei Menschen festgenommen. Einem davon wird vorgeworfen der Gebietsbeauftragter der PKK für den Bereich Ulm zu sein. (SZ 23.10.96)

Der **„Türkische Bund in Berlin-Brandenburg" (TBB) kritisiert die Dauer der Einbürgerungaprozedur in Berlin**. Vom Antrag bis zur Erteilung der Einbürgerzusicherung vergehen je nach Bezirk zwischen 9 und 24 Monaten. Sprecher des TBB Safter Cinar rät den Betroffenen nach fünf Monaten eine Untätigkeitsklage gemäß §75 Verwaltungsgerichtsordnung einzureichen, um dadurch das Verfahren zu beschleunigen. (jW 23.10.96)

23.10.96

In einem Leipziger Gemüseladen wird der 30jährige Syrer Achmed Z. von zwei jungen Deutschen erstochen. Trotz das die beiden 18 und 20Jährigen zuvor die VerkäuferInnen mit rassistischen Schimpfwörtern beleidigten, ist für die Polizei das **Motiv der Tat noch unklar.** (jW 26.10.96)

24.10.96

Der Vorsitzende des niedersächsischen Flüchtlings-

Du kannst im Heim sitzen und die Plakate anstarren... Und auf die 80 DM Taschengeld im Monat warten.

rates, Matthias Lange, gibt bekannt, daß der Flüchtlingsrat ein landesweites **Netzwerk zur Unterstützung statusloser Flüchtlinge** aufbauen will. Es sollen ÄrztInnen angesprochen werden die „Illegale" kostenlos behandeln, RechtsanwältInnen die ohne Honorare beraten, Wohnungen sollen gefunden werden und die finanzielle Unterstützung der Flüchtlinge soll organisiert werden. „Das Ziel unserer Kampagne ist es, von Abschiebung bedrohte Menschen vor staatlichem Zugriff zu schützen und dies möglichst nach außen zu tragen", sagt Matthias Lange. (jW 25.10.96)

25.10.96

Die Kommunale Ausländervertretung (KAV) in Frankfurt fordert den Magistrat auf, „das Verhalten der Mitarbeiter der in der Stadt eingesetzten privaten **Bewachungsdienste** zu prüfen". Diese **schikanieren und bedrohen AusländerInnen** massiv. (FR 26.10.96)

Der **Hessische Verwaltungsgerichtshof bestätigt den Asylanspruch einer Frau aus Eritrea**, mit der Begründung, daß wer in Eritrea in Opposition zur Regierung steht, mit politischer Verfolgung rechnen muß. (jW 26.10.96)

Der Bundesgrenzschutz hält den kurdischen Journalisten **Erhan Tohum** auf dem Frankfurter Flughafen fest. Sein **Antrag auf Asyl** wird als **„offensichtlich unbegründet"** abgelehnt. Grund dafür ist, daß Erhan Tohum mit einem gefälschten Paß aus der Türkei geflohen ist. (FR 1.11.96)

27.10.1996

Der Vorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, erklärt bei einer Länderratssitzung seiner Partei in Kassel, daß die von den InnenministerInnen von Bund und Ländern geplante **Abschiebung bosnischer Flüchtlinge**, den brüchigen Frieden im ehemaligen Jugoslawien gefährdet. „Die geplante Massenausweisung von mehreren hunderttausend Menschen würde eine soziale Katastrophe und vielleicht einen neuen Krieg auslösen", sagt er. (ddp/ADN 27.10.96)

Die **bayerische Grenzpolizei nimmt** im Landkreis Lindau **fünf „Schleuser" und sechzehn „illegale" EinwanderInnen**, als diese mit Autos die Grenzübergänge Niederstaufen und Scheffau durchbrechen, **fest**. (SZ 28.10.96)

Die **Ausländerbehörde des Landkreises Harburg will den zweijährigen Ali Ballout in den Libanon abschieben**. Er lebt bei seinem Bruder, auf den das Sorgerecht übertragen wurde. Der niederssächsische Flüchtlingsrat erklärt, daß die geplante Abschiebung nicht nur zynisch und unmenschlich ist, sondern auch dem Haager Minderjährigenschutzabkommen sowie dem Kinder- und Jugendschutzgesetz widerspricht. (jW 28.10.96)

Vor dem Landgericht in München werden **fünf KurdInnen, wegen der Besetzung der Räume des kurdischen Elternvereins, zu Freiheitsstrafen** zwischen 34 und 41 Monaten **verurteilt**. Ihnen wurde die „Rädelsführerschaft" der Besetzung vorgeworfen. (FR 28.10.96)

28.10.1996

Der Pro Asyl-Sprecher Heiko Kaufmann teilt in Frankfurt am Main mit, daß das bayerische Innenministerium verfügt hat, daß **bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge** der „ersten Kategorie" **nur noch sogenannte Grenzübertrittsbescheinigungen erhalten** dürfen. Darin finde sich der Vermerk, daß sie die Bundesrepublik „unverzüglich" zu verlassen haben. Durch die Aushändigung dieser Grenzübertrittsbescheinigungen würden die Betroffenen - zumeist Alleinstehende oder Ehepaare ohne Kinder - kriminalisiert, sagt Kaufmann. Die InhaberInnen dieser Bescheinigungen halten sich danach nicht „ordnungsgemäß" im Bundesgebiet auf, sondern machen sich „im Prinzip" nach dem Ausländergesetz strafbar. Wer mit dem Papier in ein Polizeikontrolle gerate, müsse damit rechnen, bis zur Klärung der Angelegenheit inhaftiert zu werden, erklärt Kaufmann weiter. (ddp/ADN 28.10.96)

Das bayerische Innenministerium teilt in München mit, daß am vergangenen Freitag ein **21 Jahre alter „Straftäter"**, der wegen Körperverletzung, Eigentumsdelikten und anderen Straftaten in Haft saß, zwangsweise **nach Sarajevo ausgeflogen** wurde. „Bayern hält damit an seiner Linie fest, zu allererst diejenigen unter den ehemaligen Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien abzuschieben, die hier das Gastrecht auf das Übelste mißbraucht haben", erklärt Innenminister Günther Beckstein. (AP 28.10.96)

Das Grenzschutzamt Pirna teilt mit, daß der Bundesgrenzschutz und der Zoll am vergangenen Wochenende **128 Flüchtlinge** die „illegal" eingereist waren aufgegriffen hat und sie **der tschechischen Grenzpolizei übergeben** hat **bzw. sie in ihre „Heimatländer" ausgeflogen** wurden. (LVZ 29.10.96)

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) erklärt in Cottbus, daß der **Bundesgrenzschutz an den Grenzen zu Polen und zu Tschechien weiter aufgestockt** wird. Weiterhin müssen neue Organisationsstrukturen geschaffen werden, die den „besonderen Kriminalitätsformen" besser entsprächen. (jW 29.10.96)

Nach Ansicht der Polizei waren die **Angriffe** auf zwei britische Studenten in Oranienburg und auf zwei französische Bauarbeiter in Eisenhüttenstadt **nicht rassistisch motiviert**. Das von Augenzeug Innen die Täter in Oranienburg als Skinheads beschrieben werden, wehrt die Polizei mit der Aussage ab, daß das Aussehen noch lange nicht auf die Hintergründ der Tat schließen läßt. (jW 29.10.96)

Das **Verfahren gegen die 41jährige Ghanaerin Elisabeth O. wird eingestellt**. Sie muß allerdings eine Geldbuße von 1000 DM an die Antirassistische Initiative Berlin zahlen. Ihr wurde vorgeworfen zwei Zivil-Polizisten, als diese die Personalien der KundInnen ihres Geschäfts auf der Suche nach „Illegalen" kontrollieren wollten, eingesperrt und ihnen Widerstand geleistet zu haben. Das verfahren gegen die Polizisten wegen Körperverletzung wurde schon vorher eingestellt, weil die Verhältnismäßigkeit gewahrt war. Sie erlitt Schulter-, Rücken- und eine Handgenksprellung sowie ein Schleudertrauma. (FR 29.10.96)

29.10.96

Der **1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in**

Du hörst von einer Demonstration, zu der du hingehen willst...

Aber in den ersten Vorkontrollen der Polizei bleibst du stecken. Sie schicken dich mit einem Bußgeld fort: Du darfst doch deinen dir zugewiesenen Kreis nicht verlassen... Außerdem ist die Demo sowieso verboten!

Berlin will grundsätzlich klären, unter welchen Umständen von einer Abschiebung abgesehen werden kann, wenn für den/die AusländerIn in seiner/ihrer „Heimat" konkrete Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit bestehen. Das Berufungsgericht - der Verwaltungsgerichtshof München - hatte in der Vorinstanz dem Angolaner Recht gegeben, der gegen eine Abschiebung geklagt hatte. Das Ausländergesetz sieht vor, daß von einer Abschiebung in einen anderen Staat dann abgesehen werden kann, „wenn dort für diesen Ausländer eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht". Die bayerischen Behörden haben dagegen beim Bundesverwaltungsgericht angerufen und ihre Einwände damit begründet, daß diese Vorschrift dann nicht angewandt werden dürfe, wenn auf politischer Ebene von einem sogenannten generellen Abschiebestopp abgesehen worden sei. (dpa 29.10. 96)

Die Vorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Krista Sager, kritisiert in Bonn erneut, den Beschluß der InnenministerInnen zur **Zwangsrückführung von bosnischen Flüchtlingen**, scharf. Derartige Abschiebungen vernachlässigten vollständig die Lage in der früheren Bürgerkriegsregion, sagt sie. (ddp/ADN 29.10.96)

Aus Bayern werden **zwei bosnische „Straftäter" nach Sarajevo abgeschoben**. Bayern hat als erstes Bundesland vor wenigen Wochen mit der Abschiebung bosnischer „Straftäter" begonnen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat sich Bayern wiederholt für eine umgehende Rückführung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge in deren „Heimat" ausgesprochen. (REUTER 29.10.96)

Die **IG Medien fordert** die Bundesregierung auf, dem türkischen Journalisten **Erhan Tohum Asyl zu gewähren**. Tohum, der in der Türkei mit dem Tod bedroht worden ist, wird seit dem 19. Oktober im Transitbereich des Frankfurter Flughafens festgehalten, teilt die IG Medien in Stuttgart mit. Der Herausgeber und Redakteur der pro-kurdischen Zeitschrift „Re Heval" ist in der Türkei mehrfach festgenommen und mißhandelt worden. (REUTER 29.10.96)

Bayerns evangelischer Landesbischof Hermann von Loewenich und der Vorsitzende des synodalen Ausschusses für Gesellschaft und Diagonie, Stephan Bergmann, setzen sich für eine Anwendung der **„Altfallregelung" für Einzelfälle im Kirchenasyl** ein. Das teilen sie nach einer Unterredung mit dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) mit. Beckstein betont, die InnenministerInnen hätten sich im März auf ein solches Vorgehen geeinigt. Eine bayerische Sonderregelung gebe es nicht. (dpa 29.10.96)

30.10.1996

Sachsen-Anhalts Innenminister Manfred Püchel (SPD) sieht die „zurückhaltende Politik der Landesregierung" zur **Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge** nach seiner Sarajevo-Reise „absolut bestätigt". Die Sicherheitslage in Bosnien sei derart labil, daß auf keinen Fall vor dem 1. April mit der „Heimschickung" begonnen werden könne, sagt er in Magdeburg. Außerdem sollte auf das Prinzip der Freiwilligkeit gesetzt werden und die schrittweise Rückreise der etwa 2.000 Bürgerkriegsflüchtlinge müsse mit konkreten Projekten an Ort und Stelle begleitet werden. Nur so können menschenwürdige Bedingungen für die leidgeprüften Flüchtlinge geschaffen werden, erklärt er. Auch die in Sachsen-Anhalt lebenden bosnischen Waisenkinder sollen nicht vor dem Frühjahr 1997 abgeschoben werden. (ddp/ADN 30.10.96)

Die KontrollrichterInnen des Frankfurter Landgerichtes lehnen einen Befangenheitsantrag gegen zwei KollegInnen mit der Begründung, daß **„Mohr" unangebracht aber nicht herabsetzend oder gar diskriminierend** ist, ab. Diese titulierten zwei angeklagte schwarze US-Amerikaner in einem Verfahren mit „Mohr". Die KontrollrichterInnen sind sich einig, daß die KollegInnen die Angeklagten nicht wegen ihrer Hautfarbe diskriminieren wollten, sondern den „Begriff" „lediglich zur Kennzeichnung der Hautfarbe verwenden wollten". (FR 31.10.96)

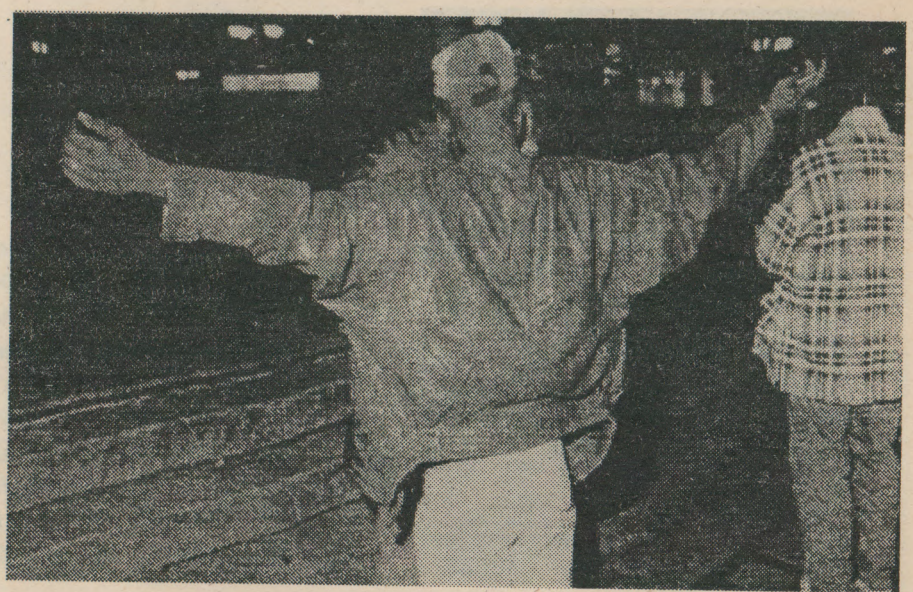
Das Berliner Landgericht verurteilt einen bosnischen Flüchtling wegen „Sozialhilfebetrügereien" zu 5 Jahren Haft. (FR 31.10.96)

31.10.1996

Die Bonner Innen- und Außenministerien bestätigen offizielle Angaben aus der senegalesischen Hauptstadt Dakar, daß der **Senegal wieder auf der Liste der „sichern Herkunftsländern"** steht. Das Bundeskabinett in Bonn hatte den Senegal im Frühjahr vorläufig von der Liste gestrichen und ist nach einer mehrmonatigen Prüfung der Menschenrechtslage im Senegal zu dem Ergebnis gekommen, daß die damalige Verordnung auslaufen sollte. Damit ist es nun für Flüchtlinge aus dem Senegal fast aussichtslos als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden und in Deutschland Asyl zu bekommen. (AFP 31.10.96)

Die **Kölner Staatsanwaltschaft erhebt gegen zwei evangelische Pfarrer Anklage, weil sie einem 24jährigen Roma**, zwischen Nov. 1994 und Februar 1996, **in ihrer Kirche Asyl gewährt haben sollen**. Die Anklagebehörde wirft den beiden Seelsorgern „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" vor. Den Pfarrern droht eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu neun Monaten. Der Prozeß beginnt am 5. November vor einem Schöffengricht des Amtsgerichts Köln. Der Roma wurde inzwischen abgeschoben. (dpa 31.10.96)

Die Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl wirft dem Bundesgrenzschutz vor, gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu verstoßen. Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann teilt in Frankfurt am Main mit, daß am vergangenen Dienstag **29 Kinder aus der Türkei ohne Begleitung auf dem Frankfurter Flughafen angekommen** sind. Von den Kindern wurden **mindestens zwei vom BGS zurückgewiesen** und es werden weiterhin Kinder im Transitbereich des Flughafens festgehalten. Pro Asyl befürchtet, daß weitere Zurückweisungen erfolgen könnten. Damit mißachte der BGS elementare Rechte von Kindern, sagte Kaufmann. Die Kinder seien rechtlich nicht fähig, einen Asylantrag zu stellen. Der BGS maße sich an, zu entscheiden, ob anhand der Aussagen der Kinder eine Zu-



rückweisung erfolgen solle, führte Kauffmann weiter aus. Es bestehe die Notwendigkeit eines Clearing-Verfahrens, in dem Kindern die Gelegenheit gegeben werde, in Ruhe und unter kindgerechten Bedingungen ihre Fluchtgründe darzulegen. (ddp/ADN 31.10.96)

1.11.96

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), spricht sie sich für die weitere **Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts der ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR** aus. Auch drei Jahre nach dem Bleiberechtskompromiß der Länder-Innenminister stehe diese Frage auf der politischen Tagesordnung, sagt sie in Berlin bei der Vorstellung ihrer jüngsten Informationsbroschüre zum Thema „Vertragsarbeitnehmer". Sie spricht sich dafür aus, der mittlerweile „überschaubaren Gruppe" ehemaliger VertragsarbeiterInnen aus humanitären Gründen ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland einzuräumen. (ddp/ADN 1.11.96)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) weist den Vorwurf von Rassismus in Fahndungsformularen weit von sich. Der stellvertretende Vorsitzende der GdP erklärt, daß **bei TäterInnenbeschreibungen klare Begriffe wie „negroides" oder „slawisches" Aussehen notwendig** sind, wenn diese allerdings in Beziehung zu NS-Begriffen gestellt würden und dadurch eine politische Dimension entstehe, müßten die InnenministerInnen Änderungen vorgeben. (jW 2.11.96)

2.11.96

Ca.1000 DemonstrantInnen demonstrieren vor der abgebrannten Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße. Hier starben am 18.1.96 zehn Menschen nach dem grevesmühlner Faschos das Haus anzündeten. Ein Sprecher von Sokoni, dem Dachverband für Afrikaner und Schwarze in Hamburg fragt, „Warum werden die 38 Überlebenden des Brandanschlags nicht in der Öffentlichkeit und vor Gericht gehört, dagegen aber die Aussage eines deutschen Sanitäters in den Mittelpunkt des Prozesses gerückt?" Im nächsten Satz liefert er selbst die Antwort, „Wir erkennen darin dieselbe Diskriminierung, die wir tagtäglich erfahren und wie sie durch Sondergesetze verankert ist. (jW 4.11.96)

03.11.1996

Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) sagt, daß Berlin zusammen mit anderen Bundesländern eine **gemeinsame Strategie für eine „schnelle und reibungslose Abschiebung" bosnischer Kriegsflüchtlinge** entwickeln will. Derzeit gibt es dazu Gespräche mit Bayern, sagte er. Nachdem aufgrund von Verhandlungen zwischen Bonn und Sarajevo nicht wie geplant am 1. Oktober mit Abschiebungen begonnen werden konnte, setze Berlin jetzt „fest auf den 1. April 1997 als Beginn von freiwilliger Rückkehr und gegebenenfalls Abschiebungen im größeren Maßstab", betonte Schönbohm. Berlin müsse ungeheuer viel sparen, betont er weiter. Dies sei auch der Grund, warum die Sozialleistungen für die Kriegsflüchtlinge gesenkt werden sollen. (ddp/ADN 3.11.96)

4.11.1996

Bayern schiebt erneut zwei bosnische Flüchtlinge im Alter von 27- und 36 Jahren nach Sarajevo ab. Damit wurden bisher insgesamt sieben BosnierInnen aus Bayern abgeschoben. Bayern ist bisher das einzige Bundesland, das Flüchtlinge nach Bosnien zwangsweise zurückführt und Berlin plant erste Abschiebungen bis zum Jahresende. (AFP 4.11.96)

05.11.1996

Der frühere EU-Administrator von Mostar, Hans Koschnick, warnt die Bundesländer vor einer „massenweisen **Rückführung" von Flüchtlingen nach Bosnien**. Wenn die ersten Flüchtlinge in ihrer „Heimat" erschlagen würden, könnten sich die InnenministerInnen nicht mehr mit dem Druck der Landtage oder ihrer Finanz-Kollegen herausreden, sagt der SPD-Politiker in Bonn. „Der Bürgerkrieg auf den Schlachtfeldern ist gestoppt, aber nicht der in den Köpfen", meint er bei der Vorstellung des Jahrbuches 1996/97 der „Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe". (dpa 5.11.96)

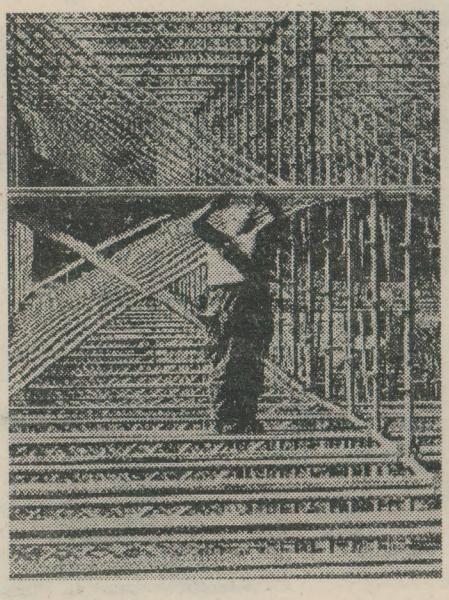
Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, **dürfen** nach einer Gerichtsentscheidung **nur für eine begrenzte Zeit im Transitbereich des Frankfurter Flughafens festgehalten werden**. Mit dieser veröffentlichten Grundsatzentscheidung stellte der 20. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt/Main fest, daß ein Flüchtling aus Indien seit über acht Monaten rechtswidrig auf dem Flughafen festgehalten wird (Az 20 W 352/96). Der Bundesgrenzschutz könne gegebenenfalls Haft für den 42jährigen beantragen, sagte ein Gerichtssprecher. (Reuter 6.11.96)

Vor dem Kölner Amtsgericht endet das Verfahren gegen die beiden evangelischen Pfarrer Hans Mörter und Rolf Domning mit Freispruch. Ihnen wurde „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" vorgeworfen. Sie sollen den mazedonischen Flüchtling Seko Demirkowski, der „illegal" in Deutschland lebte Kirchenasyl gewährt haben. Der Amtsrichter betont, daß die grundsätzliche Rechtmäßigkeit von Kirchenasyl keine Rolle bei dem Freisprcuh gespielt hat, sondern die Tatsache das den beiden Pfarrern nicht nachgewiesen werden konnte das Seko Demirkowski in der Kirche lebte. (jW 6.11.96)

Nach Angaben des UNO-Menschenrechtsausschusses bestehen nach der Wiedervereinigung **„Lücken" in der Beachtung der Menschenrechte in Deutschland**. Der Ausschuß äußert sich in Genf kritisch über die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Er empfielt der Bundesregierung stärkere Kontrollen der Polizeibehörden von außen, da die überwiegende Mehrzahl der Mißhandelten durch die Polizei Flüchtlinge und andere AusländerInnen waren und sind und dadurch ein eindeutig rassistischer Hintergrund gegeben ist. (SZ 6.11.96)

Ein Sprecher der Berliner Senatsinnenverwaltung erklärt, daß Berlin einige **bosnische Flüchtlinge noch vor dem 1.4.97 abschieben** will. Entsprechende Sonderregelungen sollen mit Bosnien getroffen werden. (jW 6.11.96)

Um dem **Entsendegesetz** Wirksamkeit zu verleihen und um die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände umzustimmen die Mindestlöhne - 17,- DM (West) und 15,64 (Ost) - anzuerkennen macht Bun-



Irgendwie mußt du nun
das Geld wegen der Demo
zusammenkriegen.
Also gehst du arbeiten.
4 DM die Stunde,
18 Stunden am Tag.

Nach zwei Monaten
erhältst du dein erstes Geld.
Es fehlen zwar 200 Mark,
aber die Freude ist trotzdem groß.
Sie hält jedoch nicht lange an:
Du gerätst in eine Kontrolle
der Polizei, Abt. Drogenfahndung.
Mit Drogen hast du nichts zu schaffen,
aber weil du schwarz bist,
mußt du das Brechmittel schlucken.

desarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) einen Kompromißvorschlag. Er will, daß der zugrundeliegende Tarifvertrag bis zum 31.8. kommenden Jahres befristet wird. (FR 7.11.96)

6.11.96

Die Bonner FDP-Fraktion appelliert an die CSU, ihren Widerstand gegen eine durchgreifende **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts** aufzugeben. Die Bedenken, die beispielsweise gegen den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt erhoben würden, seien weitgehend unberechtigt, sagt der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Max Stadler. Er erwartet, daß die Union den Liberalen in dieser Frage entgegenkomme, nachdem die FDP mehrere von der CDU/CSU gewünschte Gesetzesvorhaben - darunter die Dienstrechtsreform und Änderungen im Ausländerrecht - mitgetragen habe. Die InnenexpertInnen der Bonner Koalitionsparteien treffen zu einer ersten konkreten Verhandlungsrunde zum Staatsangehörigkeitsrecht zusammentreffen. Einigkeit besteht bislang nur darüber, daß die Wartefristen für einen Einbürgerungsanspruch zu verkürzen sind, heißt es aus TeilnehmerInnenkreisen. Der innenpolitische Sprecher der CSU, Wolfgang Zeitlmann, untermauert den Standpunkt seiner Partei, daß der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt „der falsche Weg" sei. „Wir wollen nicht aus falsch verstandener Liberalität in Deutschland geborenen Ausländerkindern die deutsche Staatsangehörigkeit ohne Rücksicht auf Integration oder Integrationsbereitschaft der Eltern aufdrängen", sagte Zeitlmann. Auch werde sich die CSU von der FDP nicht unter Zeitdruck setzen lassen und in den künftigen Verhandlungen darauf achten, „daß Bewährtes wie das Abstammungsprinzip und die Vermeidung der Mehrstaatigkeit nicht aufgegeben wird". Die von der FDP und Teilen der CDU geforderte doppelte Staatsangehörigkeit auf Zeit stoße jedoch auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, sagt Zeitlmann. „Danach ist es fraglich, ob die einmal verliehene deutsche Staatsangehörigkeit überhaupt wieder aberkannt werden kann." (dpa 6.11.96)

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) will mit „Runden Tischen" in den Kommunen des Landes die **freiwillige Rückkehr bosnischer Kriegsflüchtlinge fördern**. Das niedersächsische Innenministerium teilt in Hannover mit, daß sich neben den „Ausländerbehörden und Sozialämtern insbesondere die Flüchtlingsberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände, aber auch örtliche Initiativen" an den Gesprächen beteiligen sollen. Es gehe darum, „wie durch geeignete Maßnahmen auf der kommunalen Ebene konkret die freiwillige Rückkehr unterstützt und den Flüchtlingen praktische Hilfe für ihre Rückkehr gegeben werden kann". Die Menschen sollten ermutigt werden, ihr „Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sich an dem Wiederaufbau ihres Landes zu beteiligen". (ddp/ADN 6.11.96)

VertreterInnen von **Roma-Organisationen fordern in Hamburg ein Bleiberecht für die aus Bosnien-Herzegowina geflüchteten Roma**. Die rund 25.000 in Deutschland lebenden bosnischen Roma erwarte in ihrer Heimat ein ungewisses Schicksal, sagte Demitrina Petrova vom Europäischen Rechtszentrum für Roma. Sie seien während des Bürgerkrieges aus ethnischen Gründen verfolgt und „massenweise" getötet worden. Eine Verfolgung sei nach wie vor für sie wahrscheinlicher als für andere Volksgruppen in der ehemaligen jugoslawischen Republik. Nach Angaben der Roma-Union Frankfurt würden Roma in Bosnien bei einer Rückkehr erneut Zielscheibe für Haß, Gewalt und Pogrome. Ihnen drohe auf allen Ebenen Diskriminierung. Der Aachener Geistliche Joachim Rosenberg ruft im Namen der Roma-Union deutsche Kirchengemeinden zur Unterstützung auf. Deutsche Christen müßten Roma-Familien in Gotteshäusern Kirchenasyl gewähren, sagt er. (REUTER 6.11.96)

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entscheidet, daß **ein EAusländerIn**, der/die in Deutschland lediglich geduldet wird, sich **beim Wechsel seines/ihres Aufenthalts in ein anderes Bundesland nicht strafbar** macht. Diese Frage war bisher unter den Gerichten der Länder umstritten, da der Aufenthaltsbereich eines/r in der Bundesrepublik lediglich geduldeten Ausländers/ in kraft Gesetzes auf das Gebiet eines bestimmten Bundeslandes beschränkt ist. Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs begründete sein Urteil (1 StR 452/96) damit, daß der Wortlaut des Strafgesetzes diese Handlung nicht erfasse. (ddp/ADN 6.11.96)

Die Bundesregierung teilt im Bundestags-Innenausschuß mit, daß das Vertragswerk mit den bosnischen Behörden über die **Rückführung von Flüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina**, „in Kürze" unterzeichnet wird. In dem angestrebten Abkommen soll die Mitwirkung bosnischer Stellen bei der Rückführung auf eine verläßliche Grundlage gestellt werden. (ddp/ADN 6.11.96)

Die Flüchtlingsorganisation **Pro Asyl fordert die sofortige Freilassung aller Langzeitinhaftierten im Flughafen-Transit des Frankfurter Flughafens**. Sprecher Heiko Kauffmann stützt seine Forderung auf eine Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichts (OLG). Demnach ist die Dauerunterbringung eines im Asylverfahren abgelehnten Flüchtlings aus Indien im Transitbereich eine rechtswidrige Freiheitsentziehung, weil sie nicht auf einer richterlichen Anordnung beruht (AZ: 20 W 352/96). (ddp/ADN 6.11.1996)

07.11.1996

Das Bundesinnenministerium teilt in Bonn mit, daß im Oktober 11.677 Flüchtlinge Asyl beantragten. Das sind rund 700 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das **Bundesamt für die Aberkennung ausländischer Flüchtlinge** entschied den Angaben zufolge im Oktober über 15.363 Asylanträge. Davon seien 1109 als asylberechtigt anerkannt worden. 818 AsylbewerberInnen genießen Abschiebeschutz. 8455 Anträge wurden abgelehnt, 4982 erledigten sich auf andere Weise, indem etwa Asylgesuche zurückgezogen wurden. Die „Zahl" der AsylbewerberInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist mit 1 941 noch „auf einem viel zu hohen Niveau", heißt es. Deshalb müßten die bereits laufenden Maßnahmen zur Eindämmung des „Asylmißbrauchs" weiter konsequent umgesetzt

werden. Dies gelte insbesondere für die Überprüfung der Angaben von Visa-Antragstellern in den deutschen Vertretungen in den Ländern Ex-Jugoslawiens. Außerdem müßten Asylanträge in Deutschland vorrangig bearbeitet werden. (AFP 7.11.96)

Der niedersächsische Flüchtlingsrat und SPD- und Grünen-PolitikerInnen prangern den „Fall" des kurdischen Flüchtlings **Ismet B.** an. Dieser wurde **während seines laufenden Asylverfahrens zweimal in die Türkei abgechoben.** Erst jetzt gelang ihm die Wiedereinreise zu seinem Asylprozeß. (FR 8.11.96)

Die Sprecherin des Justizsenats in Bremen erklärt, daß für sie das Urteil vom Oberlandesgericht Frankfurt nicht bindend ist und das in Bremen weiterhin **Brechmittel zwangsweise an „mutmaßliche" Drogendealer verabreicht** wird. In Bremen werden etwa 85% der Brechmittel an Schwarzafrikaner verabreicht. (jW 7.11.96)

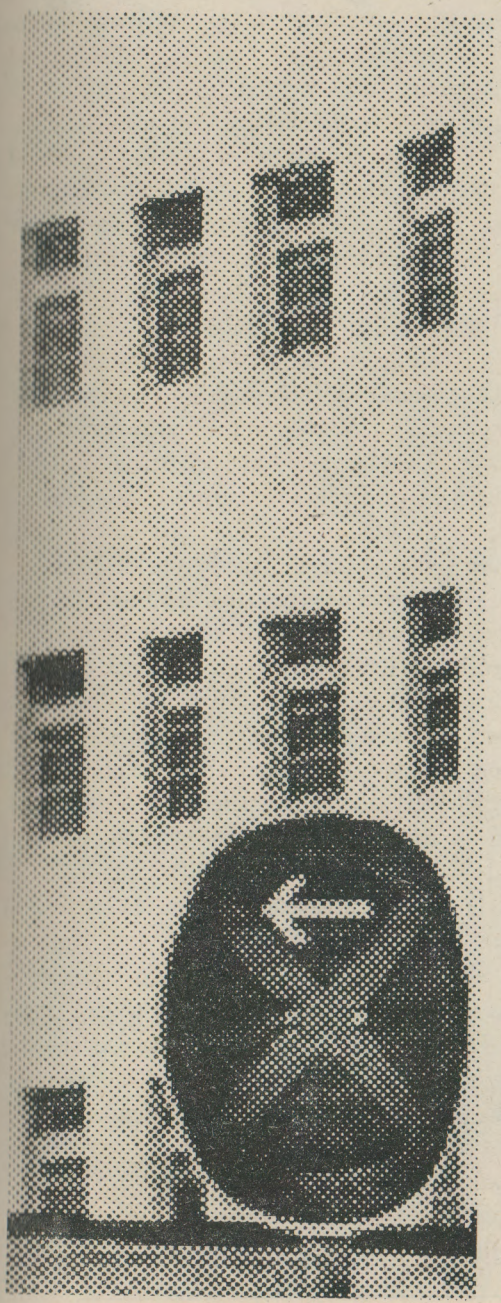
08.11.199

Ein knapp **einwöchiger Hungerstreik von rund 20 türkischen Häftlingen in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit wird beendet.** Die TeilnehmerInnen, von denen die meisten schon lange auf ihren Gerichtstermin warten, wollten mit der Aktion Verbesserungen ihrer Haftbedingungen erreichen, wie der ausländerpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Ismail Kosan, mitteilt. Nach Angaben des Abgeordneten unternimmt die Leitung der Haftanstalt umgehend Schritte zur Verbesserung der Haftbedingungen. Die meisten Forderungen könnten jedoch nur auf Senatsebene erfüllt werden. Die Fraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, die Bedingungen zu verbessern. Zugleich solle sie sich dafür einsetzen, daß die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Häftlinge nicht ausgewiesen werden.(ddp/ADN 8.11.96)

Auf einer zweitägigen Konferenz in Bonn will die SPD-Bundestagsfraktion Perspektiven für eine **umfassende Integration der nach Deutschland kommenden ZuwanderInnen** darstellen. In einer Plenardiskussion und in neun Arbeitsgruppen sollen die rund 500 TeilnehmerInnen - darunter ParlamentarierInnen, Ausländerbeauftragte, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Ausländerorganisationen - Grundlagen für weitere Gesetzesinitiativen der SPD liefern. (dpa 8.11.96)

Das Bundesinnenministerium gibt bekannt, daß es eine Initiative zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes nicht ausschließt, falls sich Frankfurts HaftrichterInnen nicht dazu bereitfinden, für abgelehnte AsylbewerberInnen im Flughafentransit die **Haft zur Sicherung der Rückführung in ihre „Heimatländer"** anzu-

Drogen können sie bei dir nach der 5-stündigen Kontrolle nicht finden. Aber wo hat ein Ausländer soviel Geld her, bar in der Tasche - fragen sie dich.Und weil du nicht sofort antwortest, hagelt es Schläge.Du gibst nach. Erzählst von deiner Arbeit. Schwarzarbeit nennen sie es, zerren dich vor einen Richter. Du sollst abgeschoben werden. Da du keinen Paß hast, stecken sie dich in den nächsten Abschiebeknast. Dort passiert 7 Monate lang nichts. Außer die Schikanen der Beamten, die gibt es jeden Tag für umsonst. Dann wirst du abgeschoben.Bei dem Flug begleiten dich zwei Beamte des BGS. Da du dich wehrst, wirst du mit einer Spritze ruhiggestellt und wie ein Paket zusammengeschnürt. So übergeben dich die zwei BGSler der Polizei auf dem Heimatflughafen...



ordnen. (FR 9.11.96)

09.11.199

Die **Bundesrepublik und Bosnien-Herzegowina handeln ein Abkommen über die Rückkehr der in Deutschland lebenden rund 320 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus.** Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigt, daß sich Bosnien-Herzegowina darin zur Aufnahme aller Staatsangehörigen verpflichte. Nach Angaben von Innenminister Manfred Kanther wird damit eine „geordnete Rückführung" der Bürgerkriegsflüchtlinge ermöglicht. Für die Betroffenen sei dies ein klares Signal, sich auf die Rückkehr einzustellen. (dpa 9.11.96)

Beim Bundesverwaltungsamt in Köln ist ohne Rechtsgrundlage eine **Einbürgerungsdatei eingerichtet** worden, in der nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" die Daten von rund 2,8 Millionen Menschen gespeichert sind. Das Bundesinnenministerium teilt dazu mit, die Datei sei bereits 1983, also kurz nach der Regierungsübernahme von Union und FDP eingerichtet worden. Bisher sei dies von keiner Seite beanstandet worden. Gesammelt würden personenbezogene Daten über Erwerb, Nichterwerb, Bestand oder Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft. Eine Rechtsgrundlage für die „Stada" soll laut Innenministerium in Verbindung mit der geplanten **Reform des Staatsbürgerschaftsrechts** geschaffen werden. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) erklärte zu der Datei, sie habe zwar von ihr gehört, bisher aber nicht gewußt, wozu diese gut sein solle. Sie lehne es jedenfalls strikt ab, daß es „amtlich festgehalten zweierlei Sorten Deutscher gibt". Die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Kerstin Müller, erklärte demnach, durch diese Datei von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) würden „eingebürgerte Deutsche weiterhin zu Deutschen zweiter Klasse gestempelt". Kanther müsse dazu umgehend vor dem Bundestag eine Stellungnahme abgeben. (AFP 9.11.96)

10.11.1996

Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) erklärt im Zusammenhang mit dem geschlossenen **Rücknahmeabkommen mit Bosnien-Herzegowina**, daß es „vor allem auf ein praktikables Verfahren zur Rücknahme der Bosnier ankommen", wird. „Sarajewo darf nicht darüber entscheiden, wen es aufnimmt und wen nicht", sagte der Senator. Er befürchtet, daß Bonn mit Bosnien-Herzegowina ein ähnlich kompliziertes und unpraktikables Rücknahmeverfahren wie mit Vietnam abschließt. (ddp/ADN 10.11.96)

11.11.1996

Die Berliner Flüchtlingshilfsorganisation „Forschungsgesellschaft Flucht und Migration" (FFM) beklagt die Zustände in polnischen Abschiebegefängnissen. Flüchtlinge, die an der Grenze zu Polen aufgegriffen und zurückgeschickt wurden, sind der Gefahr ausgesetzt, ohne Asylverfahren in ihre „Heimatstaaten" abgeschoben zu werden, sagen FFM-VertreterInnen in Bonn. Außerdem gebe es Hinweise, daß Abschiebehäftlinge von polnischen Behörden getäuscht worden seien: Zahlreiche Befragte seien der Ansicht gewesen, sie hätten schriftlich einen Asylantrag gestellt. Tatsächlich habe es sich bei dem von ihnen unterschriebenen, in polnischer Sprache verfaßten Formularen um Abschiebeanordnungen gehandelt. Auch auf deutscher Seite seien Flüchtlinge eigenen Angaben zufolge von BeamtInnen des Bundesgrenzschutzes in aggressiver Weise gedrängt worden, ihnen unverständliche Schriftstücke zu unterschreiben sowie vorhandenes Bargeld abzuliefern. Die Grünen-Europaabgeordnete Claudia Roth, Beiratsmitglied im FFM, fordert die Bundesregierung auf, Abschiebungen nach Polen sofort zu stoppen, um Flüchtlinge vor **Kettenabschiebungen** zu schützen. (dpa 11.11.96)

Im Vorfeld der Bundestagsdebatte um die **Novellierung des Ausländerrechts** üben die Ausländerbeauftragten von Brandenburg und Sachsen-Anhalt, Almuth Berger und Günter Piening, scharfe Kritik an Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU). Die Bundesregierung weigere sich, **ehemaligen DDR-Vertragsarbeitern** ihre Aufenthaltszeiten voll anzuerkennen und schaffe somit „Arbeitnehmer zweiter Klasse", erklärten Berger und Piening in Potsdam und Magdeburg. AusländerInnen, die mehr als acht Jahre in der Bundesrepublik leben, haben unter bestimmten Bedingungen Anrecht auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Den VertragsarbeiterInnen der DDR werde dieses Recht allerdings vorenthalten, weil ihnen DDR-Zeiten und die erste Zeit nach der Deutschen Einheit nicht voll angerechnet würden. Davon betroffen seien ArbeitnehmerInnen aus Vietnam, Angola und Mosambik. Ihnen drohe sogar die Ausweisung.

(dpaADN 12.11.96)

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat die Zahl der ausländerfeindlichen Gewalttaten in Deutschland seit 1993 stetig abgenommen. Dennoch müsse weiter Aufklärungsarbeit geleistet werden. Deshalb setzten die Innenministerien von Bund und Ländern ihre **„Fairständnis-Kampagne"** fort. Im Rahmen der Aktion werden unter anderem Informationsmaterialien an Schulen verteilt. (AFP 12.11.96)

antirassistische gruppe

Der rechte Rückspiegel

Trari, trara, die Frente ist da! Jedenfalls sollte sie da sein, wenn ihr diese Zeilen lest. Also, wenn ihr es noch nicht habt, dann rein ins Schall & Rausch und gekauft. Wird bestimmt ein dickes Heftchen geworden sein, war ja eine Menge los. Seit September hab ich ja versucht, euch ein bißchen auf dem Laufenden zu halten. Auch in der Zeit des verregneten Oktober-November ist einiges passiert, das ihr auf jedenfall wissen solltet.

In Grimma beispielsweise sind am 6.11. zwei Türken durch Messerstiche verletzt worden. Drei herumpöbelnde Idioten haben vor einer Pizzeria Streit angefangen und dann auch gleich mal ihr Messer gezückt. Besondere Unverfrorenheit zeigten sie dann auch noch, als sie, nachdem sie den einen der beiden türkischen Männer schwer verletzt hatten, zur Polizei rannten, um gegen die Niedergestochenen Anzeige zu erstatten. Vielleicht wegen unbefugtem Rumliegens auf deutschen Straßen? Aber die Grünröcke konnten keinen solchen Paragraphen finden, stießen dabei aber auf einen, der was von unbefugtem Niederstechen natürlicher Personen beinhaltete, so daß die drei gleich da behalten wurden. Dies war mittlerweile der vierte Überfall auf türkische Gaststätten in Grimma.

Glimpflicher, jedoch wesentlich geplanter ging eine Aktion in Rackwitz (Kreis Delitzsch) am 7.11. aus. Dort gab es einen Brandanschlag auf die Wohncontainer portugiesischer Arbeiter. Mit einem Auto sind die Täter gekommen, warfen einen Molli und sind wieder weg. Der Brandsatz ist jedoch von der Wand abgeprallt und im Freien explodiert, so daß nichts weiter passiert ist. Die Brandleger sind unbekannt, da sie bisher noch keine Anzeige gegen die Portugiesen erstatten wollten, wegen unbefugtem Nichtanbrennen oder ähnlichem. So gibt es also wieder mal Arbeit für die Soko Rex, aber die werden sowieso so schnell nicht arbeitslos.

Auch in Leipzig mußte Portugiesen und Portugiesinnen lernen, daß sie nicht willkommen sind. Sie waren anläßlich des Handball-Europa-Cups angereist. Ihnen wurde in den Diskotheken "Markt 1", "Tivoli" und im "Schauspielhaus" mit den Worten "Geschlossene Gesellschaft - nichts für Ausländer" der Eintritt verwehrt. Tja, das bringt Minuspunkte für die Messestadt Leipzig.

Auch im nördlich gelegenem Land Brandenburg gab es auch wieder Vorfälle solcher Art. Ein sudanesischer Mann wurde Opfer eines Überfalls in Eisenhüttenstadt (11.11.), zwei britische Studenten in Oranienburg.

Doch Freunde, was soll ich euch sagen, diese fremdenfeindlichen Überfälle sind nur die letzten Ausrutscher derjenigen, die noch nicht gemerkt haben, daß Deutschland ausländerfreundlich geworden ist. Das Bundesinnenministerium hat mit den Mitteln der Statistik bewiesen: Es gibt einen eindeutigen Trend - die Zahl der Übergriffe gegen AusländerInnen ist drastisch gesunken! Gott sei Dank, der Alptraum ist vorbei! Und wie ist es zu dieser freudigen Entwicklung gekommen? Ihr werdet es nicht glauben: durch die wirklich gelungene Aufklärungskampagne "Fairständnis", in die 10 Mio. DM geflossen sind. Tja, was so Plakate, Computerspiele, Poster, Aufkleber und T-Shirts gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit bewirken können, ist schon erstaunlich. Es wurden nur 18 Brandanschläge, 143 Körperverletzungen und 39 Sachbeschädigungen im Jahr 1996 registriert. Also wirklich großes Lob und dikkes Bienchen nach Bonn.

Da verstehe ich doch auch den Bürgermeister von Wurzen, Anton Pausch, der doch meint, es gäbe gar keinen Anlaß mehr für eine Antifa-Demo in Wurzen, die ja dann trotzdem am 16.11. stattgefunden hat. Vorher wurde ja in allen Zeitungen Panik gemacht. "Randale bei Antifa-Aufmarsch", "Straßenkrieg", "Schule dicht, Supermärkte zu, Rolläden runter" war zum Beispiel zu lesen. Auch die Faschos in Wurzen haben gezielt so eine Stimmung verbreitet. Mit Flugblättern haben sie Tage vor der Demo vor den Chaoten gewarnt, die die Stadt in Schutt und Asche legen werden. Auch tauchten derartige Sprühereien in Wurzen auf. Anti-Antifa-Plakate wurden in der Umgebung verklebt, die NPD hatte sogar eine Gegendemonstration in Zwickau geplant, die jedoch verboten wurde. Daß sich die Faschos in der Lage fühlen, gegen eine bundesweite Antifa-Demo zu mobilisieren, verbreitet doch ein unangenehmes, flaues Gefühl in der Magengegend und zeigt, daß es höchste Zeit wird, dem etwas entgegenzusetzen. Aber Fakt ist, daß die Kasperköpfe an dem Wochenende nix weiter auf die Reihe bekommen haben und die Demo in Wurzen mit 6000 Leuten ein voller Erfolg war. Da muß ich aber auch sagen: Großes Lob an die OrganisatorInnnen!

Im Lübecker-Prozeß ist noch immer kein Ende abzusehen. Mal belasten und mal entlasten Zeugenaussagen den Angeklagten Safwan Eid. Jetzt gibt es wieder einen Sanitäter, der die Aussage des Hauptbelastungszeugen bestätigt, der meint, daß ihm Safwan in der Brandnacht gestanden hat, den Brand gelegt zu haben. Darauf baut sich die Ansicht der Staatsanwaltschaft auf, daß Safwan im Januar diesen Jahres in einem Wohnheim, in dem er selber und andere AusländerInnen untergebracht waren, einen Brand gelegt zu haben. Dabei sind 10 Menschen getötet und 38 verletzt worden.

Am 24.10. randalierten zwei Leipziger Jugendliche im Gemüseladen eines Syrers in der Karl-Liebknecht-Straße. Sie beschimpften die Verkäuferinnen und warfen Obstkisten um. Achmed, Asylsuchender aus Syrien, der sich zu der Zeit in dem Laden befand, wollte die randalierenden, rumpöbelnden Männer auf die Straße drängen. Er konnte nicht wissen, daß einer der beiden ein Messer besaß, und bereit war, es auch zu benutzen. Achmed war kurze Zeit

darauf tot. Dieser Mord hat breite Erschütterung in Leipzig hervorgerufen. Es gab am darauffolgenden Tag eine Kundgebung, zu der sich 300 Leute einfanden. Am 4.11. gab es einen Trauermarsch durch die Innenstadt. Einige Läden schlossen aus diesem Anlaß (aber leider eben nur wenige), so daß es auch die Leute in anderen Stadtteilen mitkriegen konnten. In den Zeitungen konnte man/frau von Trauer, Erschütterung und Tränen lesen. Aber wäre es nicht einmal Anlaß, sich zu fragen, was für ein gesellschaftliches Klima herrscht, in dem so etwas möglich ist? Es war eben kein Zufall, daß sich das Ganze in einem Laden eines Ausländers abspielte. Und mir soll niemand etwas von einem zerrütteten Elternhaus der Täter erzählen. Jeden Tag müssen ausländische Menschen den Rassismus spüren, der in der Gesellschaft existiert. Und er existiert nicht, weil es zu wenig Jugendclubs gibt.

Mit den Worten auf den Lippen "Mehr Fairständnis-T-Shirts auch in Leipzig, dann wird alles wieder gut" wünsche ich euch eine schöne Adventszeit. Ihr könnt ja mal ´ne Kerze mehr anzünden, soll gegen Rassismus helfen.

veranstaltungen

KAHINA beginnt im Dezember eine Veranstaltungsreihe über aktuelle Probleme und Entwicklungen im Nahen Osten. Unser Ziel ist es, ein möglichst breites Publikum mit den Ländern und der aktuellen politischen Lage vertraut zu machen. Die Abende sind so vorbereitet, daß neben dem Vortrag Dias, ein Video oder Fotos gezeigt werden. Der Hauptteil des Abends ist jedoch für Fragen und Diskussionen vorgesehen. Die Themen der Abende sind an konkreten Anlässen orientiert. Es geht uns aber auch darum, grundlegendes Wissen über Länder und Zeitgeschichte zu vermitteln sowie Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Da **KAHINA** auch viel Kontakt zu Flüchtlingen aus diesen Ländern hat, wird es auch um Fluchtbewegungen und die Lage der Flüchtlinge (nicht nur in Deutschland) gehen. Die Veranstaltungen beginnen jeweils 18.00 Uhr. Die genauen Orte werden rechtzeitig durch Medien und Plakate bekanntgegeben.

5. Dezember

Kein dauerhafter Frieden in Kurdistan - Irak ?

Ein Diavortrag.

Andrea Fischer-Tahir, Christian Pommerening (KAHINA)

In Kurdistan-Irak entstand nach dem Golfkrieg 1991 ein Gebiet, das nach einem Volksaufstand und aufgrund internationalen Drucks nicht von Bagdad aus beherrscht wurde. Die Kurden konnten eine gewisse Eigenständigkeit erreichen. Doch das Embargo gegen den Irak hatte trotz internationaler Hilfslieferungen zu Hoffnungslosigkeit und dem Ausbrechen von Kämpfen zwischen kurdischen Parteien (DPK, PUK) geführt. Das Regime von Saddam Husain sowie die Nachbarstaaten Türkei und Iran intervenierten wiederholt militärisch. Im August 1996 eskalierte die Situation, als die DPK im Bündnis mit der irakischen Armee gegen die PUK vorging. Das Regime beginnt, seine Machtinstrumente in Kurdistan wieder aufzubauen. Die Weiterführung der internationalen, humanitären Hilfe ist ungewiß.

19. Dezember

Wie weiter im Nahost-Friedensprozeß

mit Filmbeiträgen

Anja Treichel (KAHINA)

Der sogenannte Friedensprozeß ist fast täglich in den Schlagzeilen. Nicht nur die USA versuchen zu vermitteln. Auch Frankreich, Großbritannien und die BRD versuchen, in der Region ihre Einflüsse geltend zu machen. Diese Veranstaltung widmet sich (den historischen Ursachen des Palästina-Konfliktes), wie es zu den Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO kam, und beleuchtet insbesondere, welche Fragen bisher nicht geklärt bzw. diskutiert wurden sowie die Lage in den immer noch besetzten Gebieten und den Autonomiegebieten.

Sagmalcilar –

ein Besuch bei politischen Gefangenen in Istanbul

In der Türkei gibt es in fast allen Haftanstalten eine große Anzahl von Inhaftierten, die aufgrund sogenannter politischer Straftaten in Untersuchungshaft sitzen. Sie warten zum Teil jahrelang auf einen Prozeß vor einem türkischen Gericht. Besonders Kurden sind von den Regelungen des Strafgesetzbuchs und des Antiterrorgessetzes betroffen. Das Spektrum solcher „Gesinnungsdelikte" reicht vom Tragen von Haarbändern in den kurdischen Farben bis zur Teilnahme im bewaffneten Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung. Die Gefangenen werden meistens weit entfernt von ihren Familien im Westen der Türkei inhaftiert. die Angehörigen legen so weite Strecken zurück, um ihre Verwandten zu besuchen. Aufgrund der schlechten Haftbedingungen und der mangelnden Versorgung in den Gefängnissen -für jeden Gefangenen werden am Tag ca. 1 DM für Verpflegung ausgegeben- sind sie auf Hilfe von außen angewiesen. Im vergangenen Sommer kam es deshalb zu starken Protesten in allen Gefängnissen der Türkei und einem langen Hungerstreik mit zahlreichen Todesopfern.

Das Gefängnis Sagmalcilar in Istanbul liegt auf einer Anhöhe mitten in der Stadt. Der Eingang für Besucher und Personal befindet sich an einer belebten Straße. Jeden Montag ist der Besuchstag für die politischen Gefangenen. Am Morgen um 8.30 Uhr beginnt die Abfertigung des Besuchsverkehrs. Doch schon ab 7.00 Uhr sammeln sich die Wartenden vor den beiden Eingangstüren, denn an manchen Tagen strömen so viele Menschen zum Gefängnis, daß die, die spät ankommen, stundenlang draußen warten müssen.

Um ca. 8.30 Uhr öffnen Soldaten die Eingangstüren. Wir werden reingelassen und setzen uns in den Warteraum. Nach einer halben Stunde beginnt der Einlaß. Die Soldaten lassen jeweils 5 Personen in einen Vorraum. Zuerst werden unsere Taschen durchleuchtet. Danach gegen wir an einen Schalter, zeigen unsere Ausweise und geben den Namen des Gefangenen an, den wir besuchen wollen. Wir erhalten einen Besuchsschein. Jeder Inhaftierte kann jeden Montag gleichzeitig 5 Besucher empfangen. Wir gehen an einen anderen Schalter und zeigen unseren Besuchsschein. Wir erhalten ein Papier, auf dem wir eintragen, welche Gegenstände, Kleidung, Lebensmittel, Fotos etc. für den Gefangenen bestimmt sind. Die Sachen geben wir zusammen mit dem Papier ab. Nach einer Leibesvisitation tragen wir uns an einem Schalter in ein Buch ein und unterschreiben.

Vergitterte Glasscheiben

Hinter dem Eingangsgebäude befindet sich ein großer Hof der von zahlreichen Gebäuden eingerahmt ist. Soldaten und andere Uniformierte laufen herum und an einer Seite der Gefängnismauer befindet sich sogar ein kleiner Park. Wir folgen einem anderen Besuchergrüppchen und gehen um mehrere Ecken des Geländes. Keiner der Uniformierten interessiert sich für uns. Wir müssen den Weg alleine finden. Wir betreten schließlich das Besuchsgebäude und geben unsere Ausweise und Besuchsscheine ab. Wieder erhalten wir einen Zettel. „Wenn ihr den verliert, müßt ihr hierbleiben" ruft uns einer der Polizisten warnend hinterher. Wir haben es geschafft. Der Besuchsraum enthält etwa 10 Kabinen, ähnlich wie Telefonzellen, die nebeneinander an einer Wand aufgreiht sind. In jeder dieser Kabinen befindet sich eine vergitterte Glasscheibe. Durch diese Scheibe blickt man auf „die andere Seite" und sieht ebenfalls eine Kabine mit einer vergitterten Glasscheibe. Links und rechts der Scheibe befinden sich zwei Metallplatten mit kleinen Löchern. Diese Kabinen sind für den sogenannten „geschlossenen Besuch" vorgesehen. Vor den Kabinen stehen Holzbänke, auf denen schon andere Besucher warten. Es gibt in diesem Bereich keine direkte Beobachtung der Besucher durch Soldaten oder Polizisten. Die Besucher und die Gefangenen stellen den Kontakt untereinander selbst her. Bevor wir uns setzen, gehen wir deshalb in eine der Kabinen und sagen einem der Häftlinge, der sich gerade mit einem Besucher unterhält, wen wir besuchen wollen. Er gibt unsere Ankunft an die anderen Gefangenen weiter. Sie kümmern sich dann darum, „unseren" Gefangenen zu holen.

Wir warten. Die Kabinen sind aus lackiertem Holz, doch viel Lack ist nicht mehr zu sehen. Sie sind mit politschen Parolen bekritzelt, es sind die Namen zahlreicher verbotener kurdischer und türkischer Parteien ins Holz eingeritzt. An manchen fehlt die Tür. Eine Etage höher befindet sich ein weiterer Raum mit solchen Besucherkabinen. Ab und zu rufen die Gefangenen durch die Kabinen jemanden heran und nennen ihren Namen. Die Namen werden laut ausgerufen, damit alle Besucher „ihre" Gefangenen finden. Am Ende des Raumes gibt es einen Durchgang, an dem Polizisten an einem Tisch sitzen. Dort können sich die Besucher für den sogenannten „offenen Besuch" anmelden. Nur jeweils einer der Besucher kann den Gefangenen ohne die hinderlichen Scheiben treffen und sich mit ihm in Ruhe unterhalten. Die Zeitdauer dieser Gespräche ist sehr unterschiedlich. So kommt es, daß wir sehr lan-

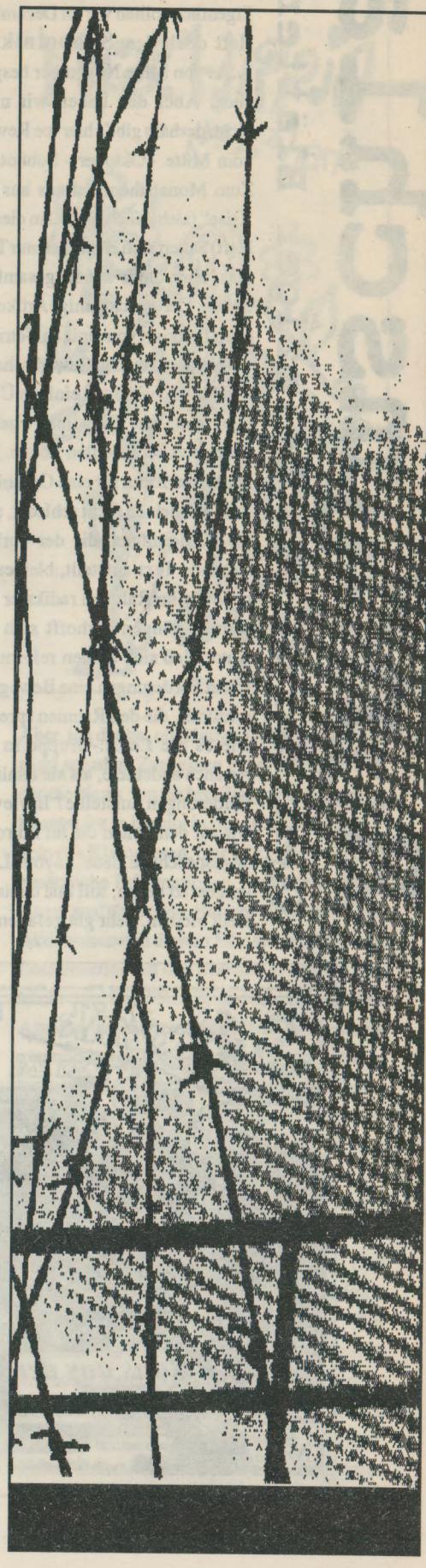
ge auf „unseren" Gefangenen warten müssen, der sich schon seit 2 Stunden mit seiner Tante unterhält.

Der Aufenthalt der Besucher im Besuchsbereich ist zeitlich nicht beschränkt. Die Besuchszeiten dauern bis nachmittags ca. 16.00 Uhr. Während der Mittagspause der Uniformierten wird das Gebäude abgeschlossen. Wir aber bleiben drinnen, warten und rauchen. Die Dauer der Gespräche legen die Gefangenen entsprechend der Zahl der Besucher selbst fest, damit alle Gefangenen gleichlang besucht werden können. Die Besuche im „offenen Besuch" dauern zum Teil 3-4 Stunden, je nachdem wieviele Besucher an dem Tag gekommen sind. Als endlich die Tante zurückkehrt, erzählt sie uns von einem langen Tisch, an dem sie und die anderen Besucher gesessen haben; ihnen gegenüber die Gefangenen. Sie hatte ihn seit drei Jahren nicht gesehen. Seit zwei Jahren sitzt er schon im Gefängnis in Untersuchungshaft. Sie hatte nicht genug Geld, um die lange Busfahrt nach Istanbul zu bezahlen. „Er hätte mich beinahe nicht wiedererkannt, erst als er meine Stimme hörte, rief er -Ach Hatice, Du bist es-" berichtet sie atemlos. Sie haben über vergangene Zeiten geredet, als er noch ein Kind war und sie sich um ihn wie eine Mutter gekümmert hat. Mit 23 Jahren ist er von zu Hause weggegangen und wurde Guerilla in der ARGK (Militärischer Arm der PKK). Bei einer Operation der türkischen Streitkräfte wurde er verhaftet.

Dann sind wir an der Reihe. Jemand ruft seinen Namen aus. Wir gehen in die Kabine und stehen ihm gegenüber. Das Licht in der Kabine spiegelt sich in der Scheibe wider. Wir müssen sehr laut reden, uns fast anschreien, um uns durch die Löcher im Metall zu verstehen. Man sieht durch die Scheibe, wie andere Gefangene vor den Kabinen hin und herlaufen. Auch auf der „anderen Seite" sind kaum Uniformierte zu sehen. Inwieweit eine Überwachung der Besuche durch nicht sichtbare Mikrophone stattfindet, weiß ich nicht. Die Gefangenen jedoch reden mit ihren Besuchern offen über Politik und nennen ohne zu zögern die Namen ihrer verbotenen Parteien und Führer. Wir diskutieren lebhaft über die letzten politischen Ereignisse „drinnen" und „draußen" und erfahren den neuesten Stand der Entscheidungen der Gefangenen zu Aktionen im Gefängnis. Der Hungerstreik ist gerade beendet worden und die Verhandlungen über Verbesserungen der Haftbedingungen scheinen Aussicht auf Erfolg zu haben. Er scheint stark und stabil zu sein. Wir können kaum Anzeichen von Erschöpfung erkennen. Immer wieder fordert er uns durch interessiertes Fragen über unsere Aktivitäten „draußen" heraus, kritisiert unsere Politikansätze, läßt kaum Raum für persönliche Fragen. Nach etwa einer Stunde beenden wir unser Gespräch, denn vor den Kabinen warten noch viele andere Besucher. Gegen 3 Uhr nachmittags verlassen wir das Gefängnis, tragen uns zum letzten Mal in eine Liste ein und verlassen das Eingangsgebäude. Ermüdet und hungrig setzen wir uns in ein Taxi. Wir werfen einen letzten Blick auf das Gefängnis, die hohen Mauern, die Wachposten und den Stacheldraht.

Der Widerstand der kurdischen Gefangenen ist auch durch lange Haftzeiten und schlechte Haftbedingen nicht zu brechen. Die Gefangenen bilden sich gegenseitig weiter, nutzen Fernsehen und andere Medien um sich über die Welt „draußen" zu informieren und auf die Politik, die ihre Partei „draußen" macht, einzuwirken. Sie unterstützen und stärken sich gegenseitig und bilden eine starke aktive politische Gruppe innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung. Sie wehren sich gemeinsam gegen die türkische Justiz, die sie als „Terroristen" und Separatisten" verurteilen will. Sie sehen sich als Kriegsgefangene der Türkei. Deshalb widersetzen sie sich einem Verfahren vor einem türkischen Gericht und fordern eine ihrem Kriegsgefangenenstatus entsprechende Behandlung gemäß internationaler Konventionen. Die Türkei akzeptiert bis heute nicht, daß es sich bei dem Konflikt im Süd-Osten ihres Landes um einen Krieg zwischen der kurdischen Armee und den türkischen Streitkräften handelt. Die Türkei hält an dem Grundsatz fest, daß es sich bei Operationen der türkischen Streitkräfte um legitime Einsätze gegen den „Terrorismus" handelt und weigert sich sogar, Verhandlungen mit kurdischen Parteien aufzunehmen, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes in Kurdistan einsetzen.

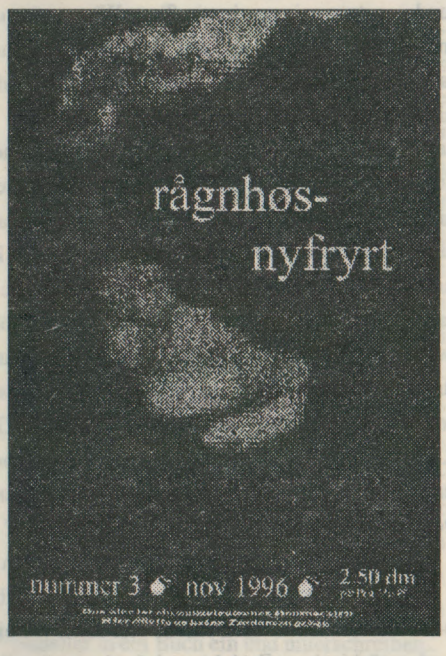
Beriwan



Rundumschlag

Quer durch den Leipziger Blätterwald

Eigentlich sollten wir im Dezember-Heft doch den **Subbotnik in L.A.** von Mitte November besprechen. Aber den haben wir noch nicht. deshalb gibt´s hier ´ne Review vom Mitte - Oktober - Subbotnik. Zum Monatsthema „Raus aus der Krise“ (siehe auch Artikel in diesem Heft) äußert sich eigentlich nur Thomas, aber dafür auf insgesamt 15 Seiten. Der gleichnamige Artikel ist noch flankiert von einigen Betrachtungen der aktuellen Gewerkschafts- und Parteipolitik und einigen Überlegungen, was „die linke Szene“ denn jetzt so anstellen könne. Die konkreten Ideen für eine Organisierung erscheinen nicht schlecht, aber die Forderungen, die der vorherstehende Text aufstellt, bleiben irgendwie im Rahmen radikaler Reformen hängen. Erhofft sich der Autor, daß sich an den reformistischen Forderungen eine Bewegung entzünde, die den Rahmen sprengt, wie es die f.e.l.s.-Gruppe in der Arranca andeutete, als sie ähnliche Forderungen aufstellte? Inwieweit wir auf den Seiten die im Edirorial angesprochene neue Layout-Linie umgesetzt sehen, soll mal dahingestellt bleiben. Sehr gut gefallen hat der kurze Text zum Thema „Wohnen ohne eigenes Auto“, in dem es darum geht, daß wir nicht froh darüber sein müssen, daß es schon wieder Leute gibt, die sich ein Leben ohne eigenes Auto leisten können und deshalb gerne in einem umweltnetten autofreien Wohngebiet leben würden. Ansonsten gab´s den Aufruf zur mittlerweile stattgefundenen Demo in Wurzen, ein Bericht von der diesjährigen Homolandwoche und noch so dieses und jenes, was das Volk eben so interessiert. Der Klecknr war inn°r Juhrngdherb°rje in Meisdorf un da hadsn gar nichäma jefalln. Interessant die Überlegungen zu Holloways Begriff von „Staat“ und „Macht“. Ansonsten Berichte, Berichte, Berichte. In Leipzsch gibts den Subbotnik auf jeden Fall im Conne Island ansonsten eben in Halle.



Weniger politisch kommt das aktuelle **rågnhøs nyfryrt** daher. Diesmal völlig ohne Fantasy-Spiele, dafür mit einigen mehr oder weniger witzigen Kurzgeschichten. Ansonsten etwas mehr Punkrock (natürlich zwischen den Zeilen) als bisher und vor allem Plattenkritiken, deren Punktsystem Längen vor dem „Daumen-nach-oben“-System einschlägiger Fernsehillus liegt. Tom vom P.N.G. liefert hier seinen Mexico-Reisebericht ab, natürlich nicht ohne zu betonen, wie doof er eigentlich Reiseberichte in Fanzines findet. Ein wirklich guter Erlebnisbericht (obwohl da eine Seite irgendwie linksrum kopiert ist) aus Gorleben bildet den Mittelteil und macht klar, daß auch Dirk (so heißt der Macher des Ego-Zines) weiß, wo und warum er seine Ferien verbringt. Außerdem findet er Olympia Scheiße (das haben wir gemeinsam) und Nils Bokelberg unsportlich. Naja. Gibts für 2.50 (zzgl. 1,-DM Porto) bei Dirk Franke; Volksgartenstraße 20/852; 04337 Leipzig. (Wie machst du das mit 1,-DM Porto?)

Noch mehr Punk bietet **Helmuts Erben** #7. Lange haben wir auf das Teil warten müssen, Chef-Erbe David hatte wohl so einiges an privaten Problemen (Prüfungen, Beziehungsstreß, Urlaub oder so) hinter sich zu bringen. Im Heft lesen wir erstmal vom Klinsch, den die Leipziger Punk-Szene so gerade unter sich ausmacht. Waren in unsren letzten Heften ja schon hier und da gewisse Vorurteile gegen gewisse homophobe Irokesen lautgeworden, schreibt David von seinen unangenehmen Erfahrungen mit Leipziger Punx. Nicht nur daß er wegen einer Rezension von „Reich und schön“, die er nicht geschrieben hat, auf´s Maul kriegen sollte (denn Punx müssen Punk gut finden, sonst gibt´s was), ist seine Band „Rattengift“ mittlerweile in der Szene der bösen Bürgerschrecks als „Hippieband“ verschrien. Subkultur ist eben nicht einfach, und wenn sie keinen Ausschlußmechanismus für Betonköpfe vorsieht, so läuft man Gefahr, von den „eigenen Leuten“ eine Flasche an den Schädel zu bekommen (wir erinnern uns mit Grausen daran, was Punx bei einem Benefiz in der Braustraße abgezogen

haben, nachdem sie einige Wände und Türen mit unschönen faschsistischen Symbolen beschmiert hatten). David jedenfalls findet all das ziemlich daneben - klar. Außerdem schmeißt er bei dieser Gelegenheit auch noch das „kids united" über den Haufen, weil er Skins und Punx eben für verschieden hält, außerdem existiere eben kein gemeinsames Ziel, für das sich eine Vereinigung lohnen würde. Ja und schließlih zählt der mensch, mit dem man was zusammen machen kann oder nicht, völlig unabhängig von der Haarfrisur. Da hatter wohl recht. Und das „unpolitisch"-Ding vieler Leute (vor allem Oi!-Skins, die da unheimlich viel Aufwand betreiben, um klarzumachen wie „unpolitisch" sie sind), das findet David so richtig hohl - naja, was ich davon halte, brauch ich ja nicht zu schreiben, immerhin ist dies hier das Klarofix. Ansonsten Punkrock hier, Punkrock da, ein bißchen Fußball, noch ´ne Partie, David mußte vor Gericht, jede Menge Reviews, hinten noch´n geklautes Interview mit Moses. Helmuts Erben gibt´s für 2,50 DM definitiv bei Schall und Rausch.

Gleich aus dem Nachbarstall kommt **Melk die Fette Katze** # 8, das Zine, das später an den Start ging und Helmuts Erben mittlerweile überholt hat. Der Schwerpunkt liegt hier klar beim Fußball und hier wiederum nicht mehr ganz so klar bei Chemie Leipzig. Die Beiträge zu Spielen des FC St. Pauli werden immer häufiger, so daß die grün-weiße Färbung des A5-Heftes schon ziemlich braun-weiß wird. Ansonsten kriegt Rot-Weiß-Essen seine Ehrenrettung, doch kein Faschoverein zu sein, es gibt einen Bericht vom bundesweiten Fanzine-Treffen, die Sachsen Fantasy League wagt einen weiteren Blick in die Zukunft, natürlich gibt´s wieder Lipsia (Eutritzsch) Kult und ´nen kurzen Ausflug nach Crimmitzschau zum Eishokkey. Im Leutzscher Stadion darf das Heft wegen eines kritischen Reinders-Artikels nicht mehr verkauft werden (natürlich gibts es da andere Begründungen als Vorwand) und auch die Bullen haben einen Katzen-Handverkäufer schon mal einkassiert (in Chemnitz). Harte Zeiten für die Katzen? Wer außerdem noch was aus dem Leben eines München 1860 - Fan wissen will, oder sich für einen der ungezählten Spielberichte interessiert, kauft MdfK am besten *vorm* Kunze-Sportpark in Leutzsch oder bei Schall und Rausch in der Innenstadt.

Auch wenn ihrs kaum noch glauben könnt, es ist wahr, das neue **Frente** ist da.

Da das letzte Erscheinen ein wenig zurückliegt, gibt es auch ein bissel was zu berichten, so daß es wieder mal ein gutes Antifa-Infoheft geworden ist. Das das Heft erst jetzt gekommen ist, liegt nicht (nur?) daran, daß die Frenteleute faul in der Sonne gelegen und sich mit Ace of Base die Köpfe zugedröhnt haben, nein, sie haben sich, so schreiben sie jedenfalls, Gedanken über das Konzept der Frente gemacht. Rausgekommen ist dabei, daß sie sich entschieden haben, eben "nur" ein Infoheft zu machen. Das bedeutet, daß es in Zukunft keine Texte mehr geben wird, die sich mit allgemeinen Diskussionen über Bewegungen, Strategien und Methoden innerhalb linker Zusammenhänge beschäftigen. Ich finde das nicht sonderlich schlimm, da es in Leipzig genug andere Hefte gibt, in denen solche Auseinandersetzungen geführt werden könnten (ich kenne da eins, welches sich immer über Diskussionsbeiträge oder dergleichen von außerhalb freut - kleiner Tip: fängt mit K an).

Außerdem wird das Frente nur noch alle viertel Jahre erscheinen. Das ist natürlich ein bißchen schade, aber dafür ist natürlich für jedes Heft mehr Zeit, was sich ja auch qualitätsmäßig auswirken kann.

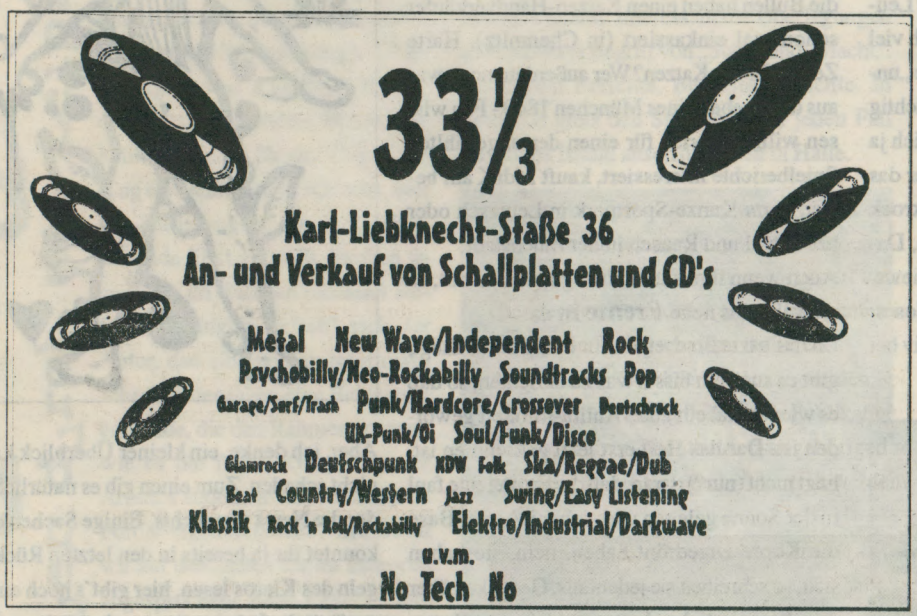
Tja, und was ist in diesem Heft zu lesen? Eigentlich würde ich ja sagen, geht es euch für di paar Pfennige kaufen und lest einfach selber.

Aber, ich denke, ein kleiner Überblick kann ja nicht schaden. Zum einen gib es natürlich wieder die News von rechts. Einige Sachen davon konntet ihr ja bereits in den letzten Rückspiegeln des Klaros lesen, hier gibt´s noch ein paar zusätzliche Informationen. Außerdem gibt es einen ausführlichen Bericht über den Heß-Aktionsmonat in diesem Jahr. Dann gibt es eine Leserreaktion auf den Internet-Artikel im letzten Frente. Der Mensch versucht noch andere Aspekte, die im Frenteartikel fehlten, anzubringen und kritisiert Herangehens- und Betrachtungsweise des Frenteartikelschreibers. Thema ist natürlich auch Grevesmühlen, der Mord an dem Syrer, aber auch das Ende des Prozesses von Birgit Hogefeld. Dann gibt es noch einen größeren Artikel über rechtes Gedankengut in der Gothic-Szene.

Und eine neue Sparte hat Einzug in das Heft gefunden. Animiert durch die von den Edelweißpiraten herausgegebene Broschüre "Tips & Trix für Antifas" sollen nun regelmäßig auch im Frente dieserart Erfahrungen weitervermittelt werden. Diesmal geht's ums Sprühen und Kleben. Also, ihr habt den Winter über Zeit, bis mit dem nächsten Frente eine neue Lektion rauskommt, die Tips fürs Sprühen und Kleben

auszuprobieren, und ich erwarte, daß bis zum Februar die ganze Stadt mit Plakaten zugeklebt, und mit tollen Sprüchen zugesprüht ist. (Aber bitte keine peinlichen Rechtschreibfehler an den Häuserwänden!)

Es ist gar nicht so einfach, eine Meinung über eine Zeitung zu haben, die du gar nicht gelesen hast, oder doch? Das **Cee Ieh** stellt in Leipzig sicher für eine ganze Menge Leute ein brauchbares Experiementierfeld auf dem Gebiet der Meinungsbildung ohne konkretes Wissen dar (eindrucksvolles Beispiel der Rundumschlag im letzten KlaroFix). Das Image des Blattes ist dabei schlechter als sein Ruf, hat sich die Lesbarkeit ständig erhöht - auch wenn immer wieder Rückfälle zu beklagen sind, wie die Buchvorstellung/Veranstaltungsankündigung zum aktuellen Diskussionsbeitrag der Spex-autoren Mark Terkessides und Tom Holert „Mainstream der Minderheiten". Die Vorstellung der Textsammlung am 26. November hätte sicher eine etwas weniger elitäre Ankündigung verdient, kann die Beschäftigung mit der Kultur, die wir so nebenher und zur Entspannung konsumieren, nachwievor als Geheimwissenschaft eingestuft werden. Zwar träumen einige der HauptvertreterInnen in dieser Beziehung von einem Popphänomen, aber das sind die Träume von einer erfolgreichen Zukunft, denen wir uns zwar alle ab und an hingeben, die aber auch nur fernab jeglicher Realität (in der Uni?) funktionieren. Das Rahmenkulturprogramm (u.a. Jad Fair) verdient das Prädikat kulturell wertvoll und verweist gleichzeitig auf das Problem, dem das zu Munde Reden der PopanhängerInnen nicht gerecht wird. Kommerzieller Erfolg (oder auch nur große Reichweite) und kulturell/künstlerisch/politischer Anspruch stehen sich oft unversöhnlich gegenüber. Wer an dieser Stelle Differenzierungen ablehnt, sie als nichtssagenden Symbolismus (wenn es das überhaupt geben kann) abwertet, wird wahrscheinlich die subversive Kraft von Subkultur erst spüren, wenn diese tatsächlich im Mainstream untergegangen ist.



Das dort das Cee Ieh noch lange nicht gelandet ist, beweisen die Artikel zur rassistischen Zugangsbeschränkung in den Mensen der Leipziger Universität und die Auseinandersetzung mit dem rassistischen Mord an Achmed Bachir in Leipzig, dessen politische Hintergründe von Staatsanwaltschaft und Stadtverwaltung geleugnet werden - was auch in Leipzig keine neue Qualität des staatlich gedeckten Terrors darstellt. Musikalisch bildet das Cee Ieh immer noch die Bandbreite der zu erwartenden Bands ab, die von Little Axe (Dub) zu Shy FX (Jungle), von Ninja Tune (TripHop) zu Zeni Geva und Oxbow (Gitarren-Krach), von Lifetime (Emocore) zu Pöbel und Gesocks (Biercore), von Cora E. (HipHop) zu The Trip (Öltropfen) reicht. Tiefpunkte sind dabei die zu kurzen Artikel über Ninja Tune, bei denen mehr Beachtung sicher gerechtfertigt gewesen wäre, und Pöbel und Gesocks, bei denen die Problematik bezüglich ihrer Fans zwar gestreift wurde, aber wohl kaum mit der nötigen Gründlichkeit. Eher verstärkt sich der Eindruck, die Mentalität des Ich-kann-das-nicht-mehr-hören bzw. Ich-will-da- nicht-mehr-drüber-reden-müssen setzt sich durch. Da das Thema allerdings für einige BesucherInnen des Conne Islands immer noch nicht geklärt ist, muten diese Tendenzen merkwürdig an. Highlight war die Berichterstattung zu Little Axe und das Titelbild läßt die Frage nach der Existenzberechtigung des Cee Ieh in weite Ferne entschwinden. Ein Heft also, das allen, die vor langer Zeit aus diesem oder jenem Grund die Lektüre der Publikation aufgaben, Anlaß gibt, ihr Entscheidung neu zu überdenken. „Auf Montage sein" ist seit Oktober diesen Jahres übrigens auch keine zulässige Ausrede mehr, das Cee Ieh zu ignorieren, da das Heft inzwischen im Internet unter http://clubs.de/ci zu erreichen ist, mit farbigen Hintergründen und Fotos...

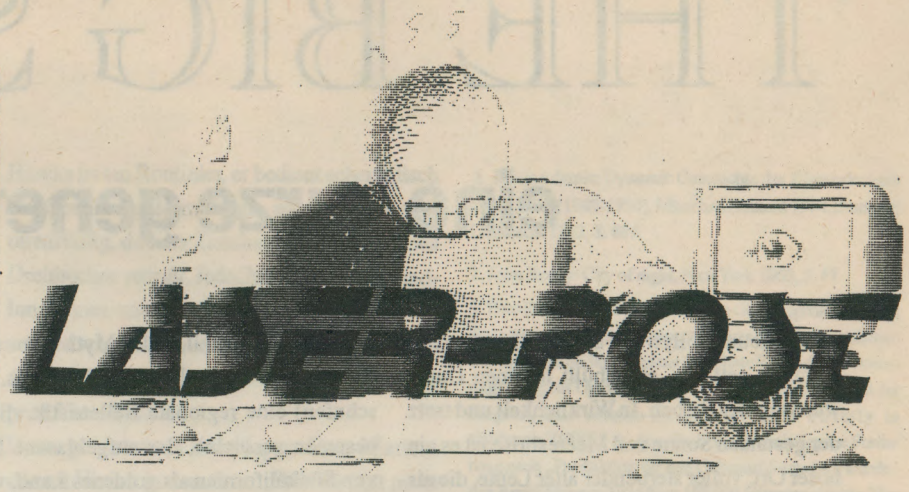
Meine Meinung über **PNG** schwankt wie meine Faszination für Cashmir-Kuschelpullover, ist aber nichtsdestotrotz im oberen Bereich der Was-würdest-du-mit-auf-eine-Insel-nehmen-Skala angesiedelt; weit über, zum Beispiel, löslichem Kaffee. Daran kann auch mein Mitbewohner (m., 24, blond, Antialkoholiker) nichts ändern, der mir gestern Abend mit seiner blöden Theorie kam, die PNG sei das LTI einer Marketing-Gesellschaft für CD's, wobei ich mir noch nicht ganz sicher bin, ob er nicht etwa LTU meinte, denn er flog heut früh in die Novemberferien. Und das nur aus Liebe zu seinem Frosch, der gedroht hat, sich von der obersten Sprosse in den Rachen des sowieso schon immer gierig geiernden Haustigers zu stürzen. Außerdem hat der Schuft den Tresor aus der Wand gerissen, weswegen ich mir statt Ron de Liberacion Birkenelexier in den Grog schütten muß. Doch zurück zum Fachblatt für subversiven Mainstream - Nr. 29 wohlgemerkt - und damit zur grundsätzlichen Benotung: Torsten und Diana 1 ! Alles andere kommt später und ist für mich mit einigen Schwierigkeiten verbunden, denn von Musik hab ich soviel Ahnung wie von Süßwasserpolypen - ausgenommen Jeanne: *Wow*, neben Dir möcht ich mal im Kinosessel sitzen! Sowas von fruchtig und cremig!

Mir als Laien kommt das Arbeitsergebnis der Thomas-Weber-Bande wie eine spezielle unitäre Gruppe im Dreidimensionalen* vor.

Was *Gallon Drunk* und *Material-Madonna* in einem Heft vereint, ist dann auch leicht nachzuvollziehen (mensch vergleiche zu diesem Zwecke ein T-Shirt von ersteren mit Christas Ideen über zweitere).
Schlägst du das Ding auf und nimmst die Hürde des *Editorials* (und der damit verbundenen Problematik der Theorie der ersten zwei Seiten - Lösung: Warum die und nicht wir?), hangelst dich die von innerer Ausgeglichenheit und Verachtung für Rollmops zeugenden Überschriften entlang, bewunderst *P. M. Hoffmanns*

Lingual-Artistik gebührend, hast die *Praktikantinnen* (die Rubrik mit der göttlichen Spur Obszönität) hinter dir gelassen und pfpf. knubbel so lang in deine Schreibmaschiene getippt, bis das dumme Ding einen Anfall bekam, wird dir bewußt, das du ein gutes Stück Zeitgeist im vollen Geschirr in den Händen hältst und du wieder beruhigt wie ein Ballon durch die Herbstzeitlose schweben kannst.
Prädikat: Besonders wertvoll.

* Rache für die irritierenden Zahlenwölkchen im Kapitel „Selbstinszenierung..." obiger Literatur



Hitler tot - Deutschland krank - Nazis raus, es lebe der Punk!

Nun, so weit, so gut! Aber so glatt ist nun mal das Leben nicht, ihr werten Punks! Dies klingt mir nach Selbstbeweihräucherung, nach dem Motto: Wir haben unseren Spaß und tun meist niemanden etwas. Nichts gegen Leute, die anders aussehen und leben wollen. Doch wenn einige von diesen Punks losziehen, um Schwule zu bedrohen oder zu überfallen, so kann dies nun mal nicht zur Toleranz gegenüber der Punkbewegung beitragen! Denn wer so ruchlos handelt, der verdient halt keine andere Bezeichnung als Dreck und Abschaum betrachtet zu werden. Nun, es gibt solche und solche! Auch unter uns Schwulen gibt es diese und jene. Nicht jeder Schwule ist ein Nazi - die es sicher auch unter uns gibt.
Nun, lieber Kenneth, es ist sicher einiges richtig, was Du hier über die Punkbewegung schreibst. Aber so naiv bin ich nicht, was ich vorher leider war, daß ich die Punks als die besseren Menschen ansehe. Da gibt es unter euch auch ganz schöne Kotzbrocken. Und mit der Ehrlichkeit scheint es auch nicht weit her zu sein. Hab da echt miese Erfahrungen gesammelt. Zumindest, was manche Leipziger Punks wegen Aussehen, sondern, was die Einstellung zu Leuten anbelangt, die in der Tat keine Feinde sind. Mag alles nebulös klingen. Aber in Bezug auf Geldangelegenheiten (hat nix mit dem Geben von ´ner Mark zu tun), bzw. besser ausgedrückt, Geld borgen ist nun mal kein Verlaß, daß man dies wiederbekommt. Gehört vielleicht mit zum Punksein, oder? Nun lassen wir dies Thema, das führt zu nix. Jedenfalls kann man solche Art von Punx total vergessen.
Jeder umgibt sich nun mal mit dem Outfit, wo er sich am wohlsten fühlt. Nur kann derjenige, der nur aufs Abzocken aus ist, keinerlei Toleranz erwarten.
In der Tat, es sind zwei verschiedene Schuhe und man ist selbst dran Schuld, jenen Leuten Geld zu geben. (Kettenreaktion etwa so: "So wie mich die Gesellschaft behandelt, so geb ich es weiter an meinen Mitmenschen?") Mit solchen Punks verbindet mich nichts mehr.
Und noch eines möchte ich erwähnen: Gemeinschaftssinn oder Solidarität ist oft unter Punks kaum vorhanden. Gemeinsam gegen Nazis, aber ansonsten tote Hose. Nun, nicht mein Bier! Fakt ist, daß jene, die Überfälle begehen (Fascho-Manieren!), der Punkszene kein gutes Ansehen verleihen!

Gert

THE BIG SLEEP

eine kurze genetik des film noir

„Vom Mount Hollywood aus sieht Los Angeles ziemlich nett aus, eingehüllt in einen Dunst wechselnder Farben. In Wirklichkeit und trotz der gesunden Sonne und Meeresbrise ist es ein böser Ort: voller sterbender alter Leute, die als Kinder müder Pioniere schon alt geboren wurden, Opfer Amerikas; voller merkwürdiger wilder und giftiger Gewächse, dekadenter religiöser Kulte und Pseudowissenschaften und illegaler Geschäfte, die mit ihrer Gier nach schnellem Profit verurteilt sind, zusammenzubrechen und Massen von Menschen mit sich in den Abgrund zu reißen... ein Dschungel." [1]
„Man kann hier verfaulen, ohne es zu merken." [2]
1935 verkündete der linksradikale Autor Lewis Corey in seinem *Crisis of the Middle Class*, der Jeffersonsche Traum sei schon so gut wie gestorben: „Dieses Mittelschichts-Ideal ist dahin und läßt sich nicht mehr zurückholen. Die Vereinigten Staaten sind heute eine Nation von Angestellten und besitzlosen Abhängigen." [3]
Anfang der 30er Jahre verelendete und radikalisierte sich die Mittelschicht in Los Angeles in jeder Hinsicht mehr als irgendwo sonst in den USA. Der lange Boom in Südkalifornien hatte sich aus Mittelschichtsersparnissen gespeist und war in die Immobilien- und Ölspekulationen kanalisiert worden. Das bedeutete für die meisten der ehemaligen Farmer, kleinen Geschäftsleute und Kleinspekulanten einen Fiasko von Krise und Bankrott. Und da es keine Schwerindustrie gab (und zehntausende von arbeitslosen Arbeitern zurück nach Mexico abgeschoben wurden), war die Mittelschicht in Los Angeles tatsächlich Bühne und Verstärker der Depression. [4]
Diese von der Depression in den Wahnsinn getriebenen südkalifornischen Mittelschichten wurden die Protagonisten jenes großen Antimythos, der als *Noir* bekannt wurde. Seit James M. Cains *The Postman Always Rings Twice* von 1934 malte ein düsterer Roman nach dem anderen Los Angeles neuerdings als entwurzelte städtische Hölle. „Sie schrieben gegen den Mythos von El Dorado an und verwandelten ihn in sein Gegenteil, in den Mythos vom Ende des Traumes an den Ufern Kaliforniens... (Sie schufen) eine regionale Belletristik, die wie besessen versuchte, das aufgeblasene Image von Südkalifornien als goldenes Land, wo jeder die Chance hat, neu anzufangen, anzukratzen." [5]
Die Motive des „Los-Angeles-Romanes" der 30er Jahre - die moralische Phänomenologie der heruntergekommenen oder ruinierten Mittelklassen, die Anspielung auf die Krise des halbproletarisierten Schriftstellers und das parasitäre Südkalifornien - erfuhren im *Film Noir* der 40er Jahre interessante Verwandlungen. Der *Film Noir* wird manchmal verkürzt als Resultat der Begegnung zwischen dem amerikanischen hartgesottenen Roman und dem deutschen expressionistischen Kino im Exil beschrieben - eine stark vereinfachte Definition, die andere wichtige Einflüsse wie die Psychoanalyse und Orson Welles ausläßt. Interessant ist, wie das Bild von Los Angeles vom Roman zum Drehbuch umgearbeitet (manchmal inzestuös, wenn etwa Chandler Cain oder Faulkner Chandler umschrieb) und dann von linken *Noir*-Autoren wie Edward Dmytryk, Ben Maddow, Carl Foreman... für die Leinwand übersetzt wurde. Bei ihnen kam der *Film Noir* manchmal einer Art marxistischem *cinema manqué* nahe, einem geschickten Winkelzug zur Durchsetzung eines im übrigen subversiven Realismus.
Nach den ersten Cain- und Chandlerverfilmungen benutzte der *Film Noir* die Schauplätze von Los Angeles zunehmend anders. Geographisch verlagerte er sich zusehends von den Cainschen Bungalows und Vororten hin zum epischen Verfall von Bunker Hill in Downtown, der die Fäulnis im Herzen der expandierenden Metropole symbolisierte[6]. Soziologisch beschäftigte sich der *Noir* der 40er gewöhnlich mehr mit der Gangster-Unterschicht und der offiziellen Korruption als mit der Pathologie der Mittelschicht; politisch traten Darstellungen der Reaktion und der sozialen Polarisierung an die Stelle der unausgesprochenen Fixierung auf das Los der kleinen Produzenten. Natürlich hatte der *Film Noir* eine ideologisch ambivalente Ästhetik, die sich auf sehr unterschidliche Weise manipulieren ließ. So sind die tiefen Schatten von *The Big Sleep* (Chandlers reichenfeindlichstem Roman) in Howard Hanks Verfilmung zu einem erotischen Ambiente für Bogart und Bacall verflacht, während Edward Dmytryk und Adrian Scott, die härter im Nehmen waren (und beide später zu den Hollywood Ten gehörten), in *Murder, My Sweet*, ihrer filmischen Version von *Farewell, My Lovley*, Vorahnungen von Faschismus und Gehirnwäsche aufkommen ließe? Dieser ständige Spagat zwischen Lohnarbeit und der eigenen Kreativität findet eine durchaus geeignete Charakterisierung in Chandlers Marlowe, der den kleinen Geschäftsmann symbolisiert, der sich mit Gangstern, korrupten Polizisten und reichen Parasiten (zumeist seinen Auftraggebern) herumschlagen muß - eine romantisierende Verklärung von Chandlers Verhältnis zu den Schundautoren und Moguln in den Studios.

„Wenn Sie sich *The Big Sleep* ansehen (die erste Hälfte) jedenfalls", schrieb Chandler seinem Londoner Verleger, „werden Sie merken, was ein Regisseur, der ein Gespür für die Atmosphäre und den erforderlichen unterschwelligen Sadismus hat, aus so einer Geschichte alles machen kann." Chandler wußte, wem er den Erfolg zu verdanken hatte: „Bogart wirkt auch ohne Kanone rabiat. Außerdem hat er einen Humor, der den bekannten heiseren Unterton der Verachtung enthält."
„Mein Name ist Philip Marlowe", stellt er sich in der ersten Szene vor, und bevor der Privatdedektiv seinen Auftraggeber zu Gesicht bekommt, muß er sich von dem verwöhnten Töchterchen Carmen sagen lassen: Ein bißchen klein geraten sei er, aber doch ein netter Junge. Der Held, oder besser eben nicht Held, dieser Welt, der existentialistische Privatdedektiv Phil-

ip Marlow, der durch den Auftrag einem Erpresser das Handwerk zu legen, an den Ex-General Sternwood und dessen beide Töchter , eine erotomane Cholerikerin (Carmen) und eine Spielerin (Vivian), gerät, bewegt sich durch vermintes Gelände: undurchsichtige Machenschaften, Intrigen, Erpressungen und Mord. Die Männer sind durchweg schlicht und einfach Gegner - Marlow hat weder Partner noch Freunde. Frauen hingegen machen ihm mehr zu schaffen. Entweder sie erliegen sofort seinem Charme - dann spielen sie nur eine winzige Nebenrolle - oder, sie liefern ihm subtile Gefechte, in denen mit Blicken, Gesten und provozierenden Dialogen gekämpft wird.

Die Produktionsgeschichte des zu Recht zum Kultfilm avancierten Klassikers weist einige Absonderlichkeiten auf: Mit Rücksicht auf die Zensur wurde die homosexuelle Beziehung zwischen Lundgren und Geiger eliminiert und, für die Geschichte noch wichtiger, verschwiegen, welche Art „Rare Books" die Buchhandlung Geigers vertreibt: pornographische Literatur. Doch damit erklären sich nicht alle Ungereimtheiten der Story. Als am Drehort eine Disskussion entstand (das Drehbuch - William Faulkner- war noch nicht fertig, als im Oktober 1944 die Dreharbeiten begannen) wer den Chauffeur getötet hat und warum, telegrafierte man dem Romanautor und bat ihn um Aufklärung: Chandler wußte es selbst nicht.

Bereits im Herbst 1944 war der Film fertig und wurde während des Krieges in Testvorführungen den US-Soldaten in Übersee gezeigt; nachdem Bogart und Bacall geheiratet hatten, nutzten die Produzenten diese Klatschspaltensensation und ließen Szenen mit ihnen nachdrehen, wofür anderes herausgekürzt wurde. Vor allem die Szenen mit der nymphomanischen Carmen fielen der Schere zum Opfer. Einem Brief Chandlers ist zu entnehmen, daß Hawks unter Androhung einer einstweiligen Verfügung erzwang, daß der Film dann noch einmal umgeschnitten wurde.

The Big Sleep ist sicher nicht der beste Film aus Hollywoods Schwarzer Serie: die Atmosphäre und Ästhetik des *Film Noir* werden ausgebeutet für eine Kommerzproduktion, die den Pessimismus und die zynische Weltsicht des Genres eher zitiert als sich zu eigen macht. Doch Hawks ist ein Routinier, er bedient schematisch die Spannungsdramaturgie so geschickt und unauffällig, daß der Zuschauer die Mängel des Drehbuches vergißt. Jede Szene treibt die Handlung voran, und in jedem Augenblick sind Bogart und seine Mitspieler derart präsent, daß sie darüber hinaus nichts mehr darstellen können: pure Kino-Fiktion.

Dazu gehört auch das Happy End. Marlow nimmt Vivian in den Arm: „Was stimmt nicht mit dir?" „Nichts, was du nicht ändern kannst." Der Mann hat seine Aufgabe gefundenn - Bogart und Bacall sind ein Paar, der Zuschauer wußte es aus der Filmillustrierten. Im Roman dagegen heißt es trocken: „I saw her never again."

Howard Hanks schuf mit *The Big Sleep* dennoch einen der markantesten neuen Filme, der sich von der herkömmlichen Vorstellung von Gut und Böse löst und eine Welt, in der ein totaler Amoralismus herrscht, inszeniert. Der Fall entwickelt sich zu einem düsteren Labyrinth in einem Klima allgegenwärtiger Bedrohung. In allen Filmen der Schwarzen Serie regiert dieser Schrecken. Er bricht auf hinter der vertrauten Fassade des Alltages. Das Grauen hat keine definierbare Ursache: es gehört zur Natur der Helden, umgibt sie allenthalben.

Wir sehen den wunderbaren Humphrey Bogart an der Seite der brillianten Lauren Bacall in diesem Film, in dem es nicht darum geht die Logistik des Verbrechens in spitzfindiger Manier zu durchschauen (die Aufklärung am Ende beschränkt sich auch nur auf vage Andeutungen), sondern sich vom Glanz des Antimythos im Zwielicht des depressiven Wahnsinns der südkalifornischen Mittelschicht einfangen zu lassen.

1 Louis Adamic: Dynamit: Geschichte des Klassenkampfs in den USA (1880-1930), München: Trikont 1974, Stuttgart: Commune 1982, S. 80 f.

2 John Rechy: City of night, New York 1963, S. 87

3 Dies löste einen bisweilen bizarren Gärungsprozess aus. An den unerschütterlichen Konservatismus der mittelwestlichen Immigranten Südkaliforniens gewöhnte Beobachter staunten ungläubig, als Upton Sinclair, der berüchtigste Sozialist der Region, mit seinem Programm „End Poverty in California" (EPIC) - in dem die beinah revolutionäre Forderung nach „Produktion für den Gebrauch" erhoben wurde - den Republikanern 1934 über 100 000 Stimmen abjagte. Vier Jahre später warnten Journalisten besorgt vor einem Potential für einen lokalen Faschismus, da die Wähler in Strömen zu der undefinierbaren „Ham end Eggs"-Bewegung mit ihrer verworrenen Mischung aus Rentenreform und Braunhemddemagogie überliefen (Carey McWilliams beschrieb, wie Rentner „außer sich wie 'Sieg Heil' brüllende SA-Männer" „Ham and Eggs" riefen. „Alle Versammlungen der Payroll Guarantee Association werden mit dem Ruf „Ham and Eggs!" eröffnet, und jeder Redner, der auf die Bühne tritt, muß seinen Worten diesen Ruf voranschicken. Tut er das nicht, ruft die Menge „Ham and Eggs!", bis er es tut." (Southern California Country, S. 305-306)). Mike Davis: City of Quartz, Berlin/Göttingen 1994 S.56-57

4 Lewis Corey: Crisis of the Middle Class, New York 1935, S. 15, 21 ff, 34, 342 f, 361

5 „Introduction", in David Fine (Hrsg.): Los Angeles in Fiction, Albuquerque 1984, S. 7

6 Eine interessante Konvention im Film Noir und gleichzeitig in der Dokumentarfilmavantgarde war, daß die Metropole selbst (meist als „nackte Stadt", „geteilte Stadt" usw.) zur Hauptperson avancierte. So taucht im Abspann von Once a Thief von 1950, tatsächlich "Los Angeles" als ein Charakter auf (siehe Dana Polan: Power and Paranoia, New York 1986, S. 235)

7 Demgegenüber bewegt sich Marlowe, der bürgerliche Rächer, bedenklich nah am Abgrund faschistischer Paranoia. Jeder Chandler-Roman schießt sich auf ein neues Ziel von Marlowes Abneigung ein: Schwarze, Asiaten, Schwule, Chicanos und immer Frauen. Dabei sollte man auch immer im Gedächtnis behalten, wie der hartgesottene Dedektiv entstanden war: Eine Sonderausgabe der Black Mask von 1923 über den Ku Klux Klan führte Caroll John Dayls fremdenfeindlichen Dedektiv „Race Williams" als Prototyp des harten Burschen ein, der den Kampf gegen die (aus dem Ausland eingeschleppte) Korruption wagt (vgl. Ron Goulart: The Dime Dedektives, New York 1988, S. 100-105, und Philip Durham: The Black Mask School, in David Madden: Tough Guy Writers of the Thirties, Carbondale, Ill. 1968, S. 51-79)

außerdem:

Michael Töteberg (Hrsg.): Metzler Film Lexikon, Stuttgart/Weimar 1995

Dieter Krusche (Hrsg.): Reclams Filmführer, Stuttgart 1987

Gregor/Patalas: Geschichte des Films, Bd. 1, Hamburg 1976

Mike Davis: City of Quartz, Berlin/Göttingen 1994

Die Kunst ein Künstler zu sein

zu Peter Greenaways Film *Bettgeschichten*

Mal wieder Kunst?

Wenn Peter Greenaway einen Film dreht, können wir inzwischen sicher sein, daß er versucht, ein Kunstwerk zu schaffen. *Prosperos Bücher* war so ein Film und das neueste Werk, *Bettgeschichten*, ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Der deutsche Verleihtitel weckt dabei falsche Assoziationen, die im englischen Orginal (The Pillow Book) zumindest von anderen Botschaften gebrochen werden. *Bettgeschichten* ist nämlich definitiv kein Film über Sex, obwohl es auch kein Film ohne Sex ist. Wer aber eine Folge schlüpfriger Anzüglichkeiten erwartet, die auch der Filmtrailer zu versprechen scheint, wird eventuell bitter enttäucht werden. Eigentlich ist *Bettgeschichten* nichtmal ein erotischer Film, obwohl Erotik in ihm eine große Rolle spielt und wer nackte Männer zu sehen wünscht, bekommt hier eine große Auswahl geboten - bezüglich der Darstellung des weiblichen Körpers beschränkt sich der Film auf Vivian Wu, die allerdings ästhetischen Anforderungen in dieser Hinsicht vollauf genügt, während die männlichen Körper mitunter mehr aus dem Leben gegriffen sind.

Was für ein Film ist *Bettgeschichten* dann? Ein Film? Es handelt sich hier eher um Kino, um die Faszination von Bildern. Bilder so inszeniert wie Gemälde oder Kunstfotos, die Greenaway aneinandergereiht hat, verbunden mit einer Story, die kaum zu fesseln in der Lage ist, aufgeladen mit Symbolen und Symbolik: das ist offensichtlich, was Kunst für Greenaway ausmacht. Das Publikum fordern, ja überfordern tritt in den Vordergrund. *„Vielleicht muß ein Film mehrmals gesehen werden bevor er verstanden wird"*, verteidigt sich Greenaway gegen den Vorwurf, sein Film wäre beim Ansehen kaum erfaßbar und fügt nicht besonders ironisch hinzu, *„das ist ja auch gut für die Kinokasse."* Aber keine Angst, mit ein wenig Training durch MTV sollte es möglich sein, den gleichzeitig auf der Leinwand ablaufenden Sequenzen auch dann zu folgen, wenn zusätzlich Untertitel zu lesen sind und Schriftornamente eingeblendet werden. Das ist schließlich, was den Film am Leben erhält. Die Geschichte selbst ist schnell zusammengefaßt. Nagiko (Vivian Wu), Tochter eines Kalligraphen, wird durch die Geburtstagsrituale ihres Vaters von der Idee besessen auf ihrem Körper beschrieben zu werden. Ihr Leben bis zu ihrem 28. Geburtstag ist bestimmt vom Wechsel von diesem passiven Dasein zum aktiven. Vom Beschriebenen zum Beschreibenden in durchaus mehr als einem Sinn des Wortes.

Beschreibungen

„Als Gott den ersten Menschen aus Lehm erschuf, zeichnete er in sein Gesicht die Augen, den Mund, das Geschlecht und den Namen, damit er nicht vergessen würde. Dann gab Gott seiner Schöpfung Leben indem er sie mit seinem Namen kennzeichnete."

The Pillow Book ist ein sehr altes Buch, geschrieben von einer Adligen des alten Japan. Voll von Listen, positiven Listen. Nagikos erstes Tagebuch war ebenfalls voll von Listen, Listen negativer Dinge und Eigenschaften, Listen des Hasses, inspiriert durch ihre Ehe. Aufbewahrt unter ihrem Kopfkissen und schließlich gelesen und verbrannt durch ihren Ehemann. Die Unerträglichkeit des Leidens, die Vernichtung seines Ausdrucks im Tagebuch führt zu einem Akt der Vernichtung. Feuer beendet das Leben in Japan, das kaum mehr war als das Erleiden der Realität.

Das Leben in Hongkong ist nicht viel besser. Ein eigenes Leben zwar, aber mehr eine Suche nach Beschreibung, nach Erfahrung, unfähig selbst zu beschreiben. Die Abhängigkeit ist unbefriedigend und das ist es, was Männer für Nagiko entweder zu guten Kalligraphen und mißerablen Liebhabern oder zu mißerablen Liebhabern und guten Kalligraphen macht. Die Suche ist verzweifelt und Erfolge bleiben äußerlich. Die Situation beginnt sich erst zu ändern als Nagiko ihre ästhetischen Vorstellungen selbst zu verwirklichen beginnt. Beschreiben, experimentieren und schließlich der Versuch ein Buch vom Verleger ihres Vaters veröffentlichen zu lassen. Der Versuch bringt eine Niederlage, die vollständige Zurückweisung. Die Beschreibung war nicht gelungen.

Liebe

Es war eine Besonderheit des Verlegers, das Nagikos Vater ihm sexuelle Dienste schuldig war, die an ihrem Geburtstag erbracht wurden. Jerome (Ewan McGregor), eine europäischer Übersetzer, der in Nagiko den Wunsch weckte zu beschreiben, steht ebenfalls in sexueller Beziehung zu diesem Verleger. Nagikos Absicht Jerome zu gebrauchen, um doch noch verlegt zu werden geht auf. Das erste Kapitel, geschrieben auf seinem Körper, wird zugleich mit der Bestechung angenommen. Und doch versagt der Plan, denn Jerome wurde nicht einfach beschrieben, das Verhältnis ist wechselseitig, das Opfer erscheint zu groß. Liebe wird zu Eifersucht. Die nächsten Kapitel werden auf andere Körper geschrieben und ebenso akzeptiert, aber Jerome zu akzeptieren ist für Nagiko unmöglich, bis zu jenem Tag, an dem er beschließt, melodramatisch zu werden und sein Leben in ihrem Appartment mit einer Tablettenüberdosis zu beenden. (Der Verweis auf Romeo und Julia wird von Greenaway extra in die Handlung eingebaut, damit ihn auch ja niemand verpaßt.) Beschrieben mit dem Kapitel über Liebe, das eigentlich als Rache am Verleger gedacht war, wird Jerome begraben.

Die Liebe des Verlegers hingegen ist stärker, er raubt den Leichnam und häutet ihn, wodurch er neben dem Kapitel des Buches auch einen Fetisch gewinnt. Unfähig sich von seinem Besitz zu lösen, während Nagiko das zweite große Feuer ihres Lebens entzündet und nach der Zeit der Suche und Liebe nach Japan zurückkehrt. Von dort bleibt ihr nur noch Rache an dem Verleger zu geben, zu dem sie nie in di-

rektem Kontakt stand und der ihr trotzdem ihren Vater und ihren Liebhaber nahm.
Daß die Figur des Verlegers als Inkarnation des Bösen schwul ist und darüberhinaus gerade die Liebe zu Männern, die in ihr nur als Perversion gezeigt wird, sollte Anlaß genug sein, Peter Greenaways Film als Ausdruck homophoben Mainstreams zu sehen. Ein Aspekt, der nur in einer zu gutmütigen Lesart als Zufall gesehen werden kann. Die Bisexualität Jeromes ändert an diesem Fakt nichts, ja verstärkt nur die Botschaft, die heterosexuelle Seite, sei die der wahren Liebe, die schwule die des Mißbrauchs. Es gibt an dieser Stelle nichts zu beschönigen, es handelt sich um einen weiteren Film in der Kinogeschichte, der schwule Liebe nicht anders als pathologisch betrachten kann, was den Wunsch weckt, er hätte es lieber gar nicht betrachtet.

Schrift

Oft ist dieser Film, der voll ist von Buchstaben und Zeichen, wie ein Buch. Ein Buch bildet den Hintergrund der Geschichte und das muß durchaus bildlich verstanden werden. Buchstaben über Buchstaben, wohl lange nicht mehr ist im Kino soviel gelesen worden. Buchstaben, Wörter, Schrift sind die beherrschenden Symbole unseres Alltags. *„Das Wort für Regen soll fallen, wie der Regen, das Wort für Rauch, soll entschwinden wie Rauch."* Sprache hat für uns nicht diese unmittelbare Symbolkraft, wie sie in der asiatischen Kalligraphie zum Ausdruck kommt, aber Schrift kann auch uns abstoßen oder anziehen, ganz unabhängig von ihrer Funktionalität. Diesen Zugang zur Ästhetik, der mit Traditionen verbunden ist, wird in *Bettgeschichten* betont.
Aber Sprache ist mehr. Sie ermöglicht uns, die Welt zu sehen, und beschränkt sie zugleich, sie beinhaltet stärker als alles andere unser kulturelles Erbe und unsere Praxis. Jerome, der Übersetzer, der immer mehr Sprachen lernt, ist das Symbol für den Boten, der selbst kaum schreibt nur reproduziert. Schrift ist eine besondere Form der Sprache. Anders als das gesprochene Wort erreicht sie Unvergänglichkeit. Sie ist zeitlos und kann tausend Jahre überdauern. Ein Film kann darum niemals wie ein Buch sein, das Element der Vergänglichkeit gehört zu seinem Wesen und so bewegt sich eine Film über Schrift immer in einem Spannungsfeld.

Die Schrift in *Bettgeschichten* ist häufig nur als Schrift zu erkennen, ohne das der Großteil des Publikums jemals die Chance bekommt die Bedeutung der Symbole zu erfassen. Der Film hat so die Möglichkeit sich auf Schrift als Schrift, ohne Inhalt zu beziehen. Wenn Nagiko die Tinte von ihrem Körper wäscht, die wieder in die symbollose Form der Flüssigkeit zurückfällt und an ihr keine Spur hinterläßt, dann ist die ihr wiederfahrene Beschreibung nicht von Dauer. Das, was als dauerhaft erscheint, ist ein vergängliches, zumindest überwindbares Symbol. Was sie selbst schreibt, wird kopiert und das Buch über Liebe gar auf Jeromes Körper konserviert.

Bilder

Alles spielt sich vor Hintergründen und in Rahmen ab, die an andere Formen bildender oder theatralischer Kunst erinnern. Die Kamera verweilt auf unbeweglichen Körpern. Die Bilder halten fest statt zu bewegen, bis hin zu den Farben ist alles abgestimmt. Renaissancemalerei, Menschenbilder in Öl sind nicht selten zu entdecken. Obskure Photographien, collagenhafte Wirklichkeiten ergeben sich wenn beispielsweises der Himmel über einer Straße Hongkongs immer wieder von einem überdimensionalen Flugzeug bestimmt wird. Realität verschwindet, wenn Schriftzeichen durch die Räume schweben, wie eingebaute Erklärungen zu den Bildern, auch wenn sie - für alle die keine Ahnung von Japanisch und Chinesisch haben - meist unverständlich bleiben.
Überblendungen, Bilder in Bildern, eingeblendete Schrift und Untertitel sind alles keine Erfindungen Greenaways, aber seine Fähigkeit mit Hilfe dieser Techniken, die immer weiter treibende Bilderflut des Kinos wenn schon nicht zu stoppen so doch zu bremsen, Inszenierungen nicht auf die Bewegungen sondern auf Betrachtung auszurichten, ist bemerkenswert. Kino wird zur sinnlichen Erfahrung, nicht einfach weil die Sinne gereizt werden, sondern auf eine stärker reflektierte Weise. Greenaway weckt die Lust auf Malerei und das - ohne auf die Persönlichkeit der Malerin oder des Malers zu verweisen - ist eine Kunst.

Symbole & What Art Is All About

Diese Standhaftigkeit führt zu einem anderen Umgang mit Symbolismus, als dem im Kino gewöhnten. Wiederum ist es nicht die symbolische Handlung, es ist die Haltung maximal die Geste, die zum Symbol wird. Das ist die Ursache, weshalb Greenaway behaupten kann, sein Film währe durch einmaliges Ansehen kaum voll zu erfassen. Es ist bestimmt kein Zufall, das sich auf Nagikos Nachttisch ein Buch über chinesischen Symbolismus befindet, was alles noch viel schlimmer macht.
In einer bestimmten Tradition europäischer Kunst ist diese Verliebtheit in Symbolismen charakteristisch. Es gilt geradzu für ein Qualitätsmerkmal, wenn die Elaboriertheit einen Grad erreicht, der nur durch langjährige Forschung in Literaturseminaren wieder zu entschlüsseln ist. Genial soll das sein, weil es so unerreichbar ist. Wer solcherlei Gottesersatz braucht, sollte inzwischen genug Gelegenheit haben, sich sein Leben lang in berauschter Anbetung zu ergehen. Ich will nicht sagen, daß Kunst bedeutet, bis ins letzte Detail auf Anhieb verständlich zu sein, aber Kunst ist es nur wert so genannt zu werden, wenn in ihr etwas ausgedrückt wird, das beim betrachten/lesen/hören empfangen werden kann. Wo dieser Ausdruck fehlt, wo Symbole benutzt werden, um alles zu verstecken, außer daß der Künstler ein ganz phantastisch belesener Kerl ist, der viel mehr weiß, als sein Publikum verstehen kann, wird die Situation absurd.
Greenaway versucht nicht, absurde Situationen zu konstruieren, um dadurch etwas auszudrükken. Es bleibt sogar manchmal der Eindruck, es gäbe da nicht viel was ausgedrückt werden solle. Sicher, das kulturell wertvolle Thema der menschlichen Existenz wird unter dem Aspekt des Handelns und Behandelt-Werdens bearbeitet, doch an vielen Stellen werden dann nur Symbole zitiert, die sonst durch Aussagen ersetzt werden müßten. Andeutungen können so langweilig sein. Das Problem bleibt, Greenaway versucht, genial zu sein. Glücklicherweise ist er aber noch Künstler genug, daß trotz und nicht wegen dieser Attitüde ein sehenswerter Film herausgekommen ist, der unsere Sehgewohnheiten verändert und uns großartige Eindrücke schenkt, von denen hier noch nicht alle verraten wurden... *ail*

ANIMAL-MAN

ER RETTET TIERE AUS FUN!

EIN LEBEN KÖNNTE EIGENTLICH SO GEMÜTLICH SEIN...

ACH DU GRÜNE NEUNE! DAS DARF DOCH NICHT!

SAU-SCHWEIN?

DER VOLKSTROTTEL

„Halbstarke Elefanten vergewaltigen Nashorn"

Johannesburg (SAD). Im weltberühmten Tier-Reservat Pilanesberg in Südafrika gibt es Halbstarken-Probleme. Jugendliche Elefanten haben vor nichts mehr Respekt und greifen selbst Tierhüter an. Vor allem aber vergewaltigen sie Nashörner.

...turgesetze. Mehrfach haben junge Elefanten versucht, Nashorn-Weibchen zu vergewaltigen. „In Pilanesberg fehlt den jungen Elefanten die Familie", erklären Forscher. Die „Halbwüchsigen" waren vor Jahren im Reservat als Waisen ausgesetzt...

KLAR, BLÜHENDE LANDSCHAFTEN GEDEIHEN AUF VERBRANNTER ERDE,...

...ABER UM DIESEN PREIS? SIND WIR NICH ALLE GESCHÖPFE GOTTES, IST DIE LIEBE NOCH ZU RETTEN? - JA! MIT ANIMALMAN - DEM RETTER...

WER AUCH NUR EIN TIERLEBEN RETTET, RETTET DIE TIERWELT! VERBRECHEN LOHNT SICH NICHT! ANIMALMAN SIEHT ALLES!

AUCH LEBERWURST IST MORD!

ZOO

HEUT NACHT LUSTIGE TIERBEFREIUNG

MEIN GOTT! WER MACHT NUR SO WAS? DAS IST DOCH REINSTE ANARCHIE!

WILDE SÜDLÄNDISCHE BESTIEN BEDROHEN DIE DEUTSCHE IDYLLE. DAS DARF NICHT SEIN!

IN ZEITEN, WO JEDER MACHT, WAS ER WILL, HILFT NUR NOCH DIE HARTE HAND DER OBRIGKEIT. DAS CHAOS, JENSEITS VON GESETZ UND VERNUNFT, IST DIE ZEIT DER SUPERHELDEN, DER RETTER!

HILFE POLIZEI! ABKNALLEN ALLE!

MACH ICH DOCH GLATT!

POLIEZ

NICHT SCHIESSEN MANN!

DIE WERDEN ALLE ARTGERECHT EINGEFANGEN

WAS DIESE GESCHUNDENEN KREATUREN VON UNS BRAUCHEN, IST LIEBE UND AUFKLÄRUNG!

DIE WERDEN SOUNDSO ALLE ABGESCHOBEN, DENN DAS BOOT IST VOLL!

UND SCHON IST ALLES WIEDER IN BESTER ORDNUNG...

WIR WOLLEN, DASS SIE SICHER LEBEN!

DANKE SOZIALSTAAT...

SO WIRD'S GEMACHT, IDIOT!

TANZ DEN UMWELTPOGO! EIN HERZ FÜR ALLES MÖGLICHE

NATÜRLICH NUR MIT GUMMI!

ALS KLEINES ZIVILISATIONSGESCHENK GIBT'S VON ANIMALMAN UND SEINEN UMWELTFREUNDEN NOCH PRAKTISCHE ENTWICKLUNGSHILFE, DENN DER, DER ES ERNST MEINT, MUSS EINFACH MEHR TUN, ALS NUR GELD SPENDEN!

UND WAS HAB ICH NUN DARAUS GELERNT?

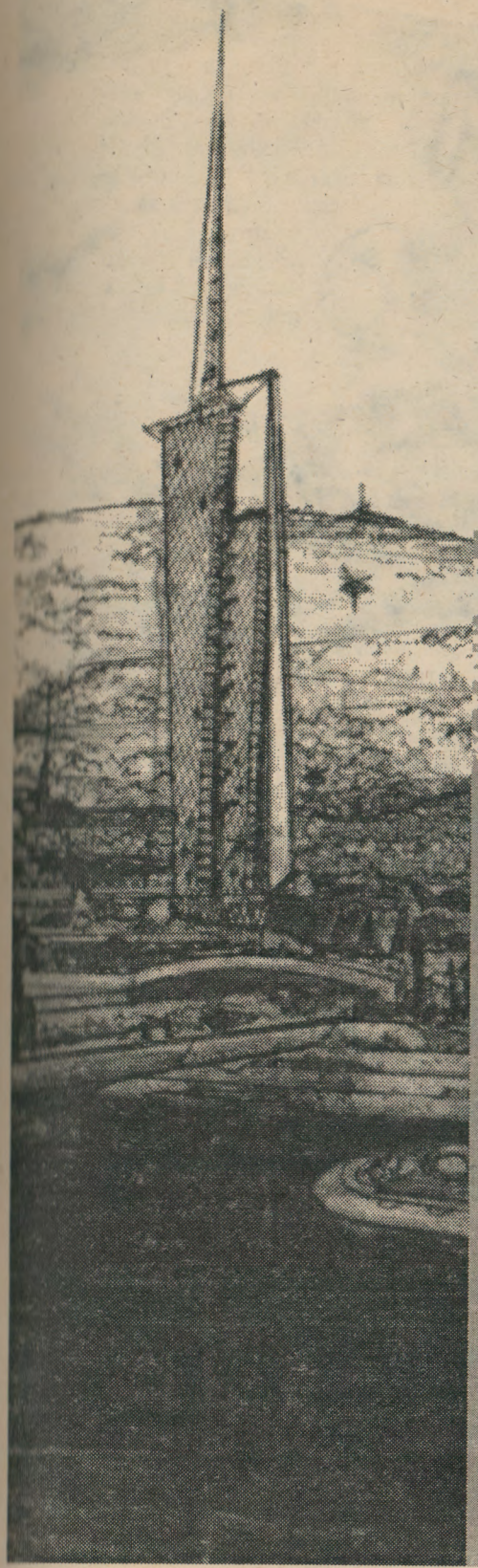
ES LEBE DIE FREIHEITLICHDEMOKRATISCHE!

MENSCH, WIR STEHEN IN DER ZEITUNG!

NUN SAG NUR NICHT, DAS WAR EINE VERWORRENE GESCHICHTE!

ENDE ALLENDE!

bücher



GEORGE ORWELL
Eine intellektuelle Biographie

von Hans-Christoph Schröder
Verlag C.H.Beck, München 1988

Bleiben wir zeitlich zunächst noch etwas in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Nachdem wir in den letzten Heften Camus und Satre besprochen haben, will ich heute auf einen weiteren Vertreter dieser Zeit - George Orwell - hinweisen. Da ich denke, daß Orwell ziemlich bekannt ist, will ich kurz eine Biographie über ihn vorstellen.

Die Biographie wurde von dem Historiker Hans-Christoph Schröder geschrieben. Natürlich könnte man fragen, warum ein Historiker eine Biographie über einen Schriftsteller erstellt. Zu beantworten ist diese Frage relativ einfach, wenn man sich das Leben von Orwell anschaut. Sein Leben und seine literarischen sowie seine journalistischen Arbeiten sind überaus eng mit den historischen Ereignissen der dreißiger und vierziger Jahre verbunden. Ohne eine genaue Kenntnis dieses zeitgeschichtlichen Hintergrundes sind sie nicht zu verstehen. Und so ordnet Schröder, im ersten Teil des Buches, Orwells Werke ein. Er setzt Orwells Positionen kritisch, unter thematischen Gesichtspunkten, zu der englischen Tradition, zu den historischen Ereignissen und zum zeitgenössischen Denken in Beziehung.

Für die Kompetenz des Historikers spricht auch die Tatsache, daß Orwell sich selber primär als politischen Schriftsteller sah und daß er „political writing" zu einer Kunst zu machen trachtete. Politische Zielsetzung und politisches Engagement waren nach Orwells eigener Aussage erforderlich, um seinen Arbeiten literarische Qualität zu verleihen. Seine autobiographische Skizze *Why I Write* vom Sommer 1946 schließt mit dem Satz: „Und wenn ich auf meine Arbeit zurückblicke, so sehe ich, daß ich ständig dort, wo es mir an einem politischen Zweck gefehlt hat, leblose Bücher geschrieben habe, zu einer Schmuck- und Glanzsprache verleitet wurde, zu Sätzen ohne Bedeutung, zu dekorativen Eigenschaftswörtern - und überhaupt zu Humbug." Die vier großen Themenkreise im Schaffen Orwells - der Imperialismus, die Armut und die englische Klassengesellschaft, das Problem der Revolution und der Totalitarismus - waren in der Tat ganz überwiegend politischer Natur. Dabei bildete vor allem die antitotalitäre Tendenz die Klammer zwischen seinen sehr verschiedenen, oft aufgrund heute kaum noch allgemein bekannter Anlässe und Gegebenheiten entstandenen Schriften. Jede Zeile seiner ernsthaften Arbeiten, schrieb Orwell in dem erwähnten Rechenschaftsbericht, sind seit 1936 gegen den Totalitarismus und für den demokratischen Sozialismus geschrieben worden.

Es werden verschiedene Etappen in Orwells geistig - politischer Entwicklung bis zur Niederschrift von „1984" rekonstruiert und seine Ideen herausgearbeitet, sie in ihren Variationen, Widersprüchen, Verbindungen und Verdichtungen sowie ihrer Verknüpfungen mit den politischen Ereignissen untersucht, so stützt sich dieser Versuch neben „The Road to Wigan Pier", „Homage to Katalonia" und „Animal Farm" vor allem auf die vierbändige Auswahl seiner Essays, journalistischen Arbeiten und Briefe, die seit 1968 vorliegen. Mit Ausnahme von „Burmese Days" und „1984" werden Orwells Romane dabei weitgehend außer acht gelassen und nur gelegentlich zur Erhellung eines besonderen Aspekts herangezogen. Auf eine literaturästhetische Wertung Orwells wird in dem Buch überhaupt verzichtet.

Im zweiten Teil des Buches geht Schröder genauer auf die Entstehung und die einzelnen Aspekte des Romans ein. So werden das gesellschaftliche Systems Ozeaniens, der zeitgenössische Totalitarismus und die Kapitalismuskritik betrachtet, bis hin zu der Relevanz, welches das Werk für uns heute an Bedeutung besitzt.

Wen diese Zeit und Orwell als denkender Mensch interessiert und wer ein Interesse hat an einer Diskussion um gesellschaftliche Perspektiven, dem möchte ich dieses Buch empfehlen.

Bruchsteine

der ball

ist rund

Im Winter ist nicht gut Kirschen essen, schon gar nicht in Zeiten der Naturkatastrophen. Aber bis uns nun in vier Jahren der ultimative Weltuntergang in´s Haus steht, - alle Sorgen, die die Stadt Leipzig mit lokistischen Krebsgeschwüren hat, sich von selbst lösen, - müssen sich die Fußballfreunde in der Jahreszeit der Mistgabeln in sichere Hallen zurückziehen.Hallenturniere haben in unserer Stadt von jeher einen eigenen Charakter. Das liegt natürlich nur bedingt an der sportverseuchten Messehalle 7, sondern wohl eher an der Brisanz, der bei solchen Happenings aufeinander treffenden Fußballteams. Viele erinnern sich sicher noch an Zeiten, in denen Borna, Böhlen, Espenhain, Markleeberg und ähnliches Gerätze gegen die Lokalmatatoren Chemie Leipzig und 1. FC Rotzkotz antraten. Da letztere Teams seit nun gut 100 Jahren in unterschiedlichen Spielklassen kicken, versprechen Hallenturniere die vielseits beliebten Ortsderbys zwischen Lok und Chemie, in denen, wenn schon nicht gewonnen, so doch den Probstheidaern deftige Verletzungen beigefügt werden können. Hallenturniere sind ja für ihre Verletzungsgefahr besonders berüchtigt. In den letzten Jahren gelang es dem

Leutzscher Team neben Pappnasen wie Schalke 04 auch das blau-weiße Ungeheuer aus Dösen nieder zu schießen, ein Ereignis, das auf so mancher VHS Kassette der Messestadt verewigt worden ist. 1996 wird nun alles anders! Verschlimmbessert!

Leipzigs Hassprominenz und andere Sportwichtigtuer haben das winterliche Sportereignis auf das verjauchte Neue Messegelände im Norden der Stadt transplantiert und erhoffen sich daraus steigende Profite. In Wirklichkeit machen sie das natürlich nur für uns! Viele Leipziger Sportfreunde, die dereinst wegen ihrer Stadtbezirksmannschaften oder den Chemikern gekommen waren, bleiben derweil so und so daheim vor dem DSF, denn die Eintrittspreise haben die Unverschämtheitsgrenzen längst überschritten. Bedenkt man, daß man permanent durch die Anwesenheit von lokistischen Abschaum gedemütigt wird und dazu noch unerträglichem Werbeterror von Sponsoren und Veranstaltern ausgesetzt ist, ist dieser Rückzug nur allzu verständlich.

Die Hohlkörperfraktion der regierenden Leipziger Bescheidwisser hat sich aber wie immer etwas "Besonderes" einfallen lassen. Immerhin gilt es 7000 Plätze zu füllen! Wie lockt man wohl prassliche Studenten, verpickelte Schulkinder und gemästete Hausfrauen in die neue Messehalle 1 in den Betonnorden? Mit Fußballprominenz natürlich. Statt der regionalen Teams laufen nun Combo´s wie der HSV, Bochum, Schalke und Sparta Prag in Leipzig auf. Das ist zwar eine attraktive Besetzung, aber hinlänglich von SAT1, DSF und den übrigen Sportkanälen bekannt. Da dürfte Stimmung wohl so richtig nicht aufkommen, auch wenn noch so viele Stimmungslieder, Jingle´s und Anfeuerungsrufe über die Hifianlagen gejagt werden. (Oder gerade deshalb!) Diese Stimmung sollen natürlich die Anhänger der beiden Leipziger Vertretungen erzeugen. Sportverbrecher des 1. FC Probstheida haben es außer Errektionen und unkontrollierten Körperbewegungen ja noch nie zu bewegenden Äußerungen gebracht und darum müssen wieder einmal die Anhänger des Leutzscher Traditionsvereins herhalten, um Stimmung in die Bude zu bringen. Die sind letztendlich nicht viel weniger bescheuert, weil sie sich Jahr für Jahr für eine schier hoffnungslos erscheinende Sache begeistern lassen, tausende von Mark zum Fenster hinaus werfen und sich zu emotionalen Tobsuchtsanfällen hinreißen lassen, als wäre es jedes Mal das erste Mal. Dennoch scheint der Niedergang des Leipziger Fußballs besiegelt zu sein, denn die geld- und karrieregeilen Anzugträger und Dummschwätzer fluten wie Ratten in die Stadt, die bundesweit wohl als Idiotenhochburg des Ostens gelten muß. Wenn die 30% Stadtbevölkerung, die noch an Wahlen teilnimmt, wenigstens so verblödet wäre, mit einer "Graue Panter"- oder "Rote Socken" Mehrheit die Stadt ordentlich in Verruf zu bringen, dann ließen sich vielleicht noch die letzten erhaltenen Reste Leipziger Identität bewahren. Aber so werden wir alle wohl soweit auf der sozialen Abstiegsleiter herunterkommen müssen, bis permanente Riots die Bonzenstadt ruinieren. Vielleicht ist das Neue Messegelände ein ganz guter Ausgangspunkt für solcherart Stadtsanierung, denn das ist ja eh nur auf Sand gebaut worden.

Am 5. Januar geht's also los in der Halle. Schwachsinnigerweise hat man wieder mal als Auftaktspiel Lok gegen Chemie gesetzt, eine Luftnummer, die schon vor zwei Jahren das Hallenmasters in der Messehalle 7 von vornherein versaut hat. Hier zeigt sich mal wieder, wie wenig Ahnung diese Berufsblindgänger in den Leitungsgremien haben, wie sie mit ihrem begrenzten Laienverstand, das letzte kaputtmachen, was diese Stadt für ihre ursprüngliche Bevölkerung noch attraktiv gemacht hat. Aber wo die Interessen des Sponsors HOLSTEN-Brauerei wirklich liegt, dürfte wohl klar sein. Auch für den Veranstalter "Burdenski-Werbung" dürfte Fußball wohl mehr sein, als ein wochenendlicher Teamspaß über 90 Minuten Sportplatz und 8 Stunden Kneipe. 500 000 Mark kostet das Spektakel die Veranstalter und daß keiner der Beteiligten hier mieß machen wird, steht wohl außer Frage.

Aber auch für die Sesselfurzer der Fußballverbände wird die Idiotenhochburg Leipzig zunehmend interessant (siehe letztes Klaro). Der Geschäftsführer des Nordostdeutschen Fußballverbandes Petersdorf stellt sich neuerdings vor, das Finalturnier der Masters-Serie nun bald nach Leipzig zu holen. (Bei den Hallenturnieren in der BRD wird ja durch Punktesystem der Hallenmeister ermittelt. Das Endspiel findet diesmal am 25./26.1.97 in München statt.)

Die Funktionäre der beiden Leipziger Vereine gehen dafür wieder auf gewohnte Art mit reichlich Dummgequatsche ins Hallengeschehen. Trainer Reinders protzt rum, daß Chemie zwar erst in drei Jahren Nummer 1 in Leipzig sein will, aber das beim Hallenturnier aber schon mal vorziehen würde.

Lokistenklaus Dietze freut sich wieder mal für die Leipziger Fußball Fans, daß sie guten Fußball sehen würden bla bla... und gönnt den Leutzschern sogar einen Sieg über die hauseigene Kasperarmee. Bei den wenigen Höhepunkten im Fußball des FC Sachsen... Seine Lokistenbande hätte eh andere Ziele und Aufgaben. 1997 fungieren sie ja als Maskottchen der Welthungerhilfe und Siggi Held spendet unwichtige Organe fürs Borsdorfer Kuriosenkabinett.
Karten für das Hallenturnier am 5.1. (für 36 und 41 Mark) gibt's im Fan Shop des FC Sachsen und bei Elektro-Eggeling. Karten für den Lok-Block sollen auf der Damentoilette im Hauptbahnhof gedealt werden. Interessenten machen sich bei der Klofrau durch auffälliges Rülpsen bemerkbar.

Was gibt's Neues bei Chemie?
Sachsen Sponsor Bauer hatte ja vor Kurzem bei fortgesetzten Mißerfolgen der Kicker mit seinem Rücktritt gedroht und so den Verein in reale Existenzängste gestürzt. Aber ein aufgestiegener Fleischermeister wird natürlich nicht wegen seines Fußballverstandes Hauptsponsor einer Drittligafußballmannschaft...
Auch Trainer Reinders reißt die Klappe mächtig auf, ist jedoch Profi genug, zu wissen, wo und wie weit. Logischerweise stellt er sich hinter vor oder neben seinen Brötchengeber und wettert gegen die eigene Mannschaft. Zumindest gerät dieses Bild in die Öffentlichkeit. Wie das intern aussieht, ist natürlich eine ganz andere Frage. Im Profigeschäft macht natürlich die Kohle die Qualität, Idealismus ist da nur Etikette. Und wo keine Kohle ist, muß man eben kleine Brötchen backen. Zumindest läßt sich der Fußball der Leutzscher optisch schon wieder ganz gut ertragen, wenn auch die Spielergebnisse einem nach wie vor die Schauer des Entsetzens den Rücken hinunter jagen. Aber als altgedienter Chemiker hat man ja ein dickes Fell. Letztendlich ist ja eh der Schiedsrichter an allem Schuld. Wenn dieser sich, wie in Cottbus, derartig vergeht, und gleich dreimal die rote Karte gegen den FC Sachsen zu ziehen, hat er ja selber Schuld, als Buhmann da zu stehen. Wenn die vorliegenden Verbrechen des Mannes in Schwarz dem Leutzscher Verein auch nicht für eine Klage ausreicht, dann erarbeitet man doch wenigstens eine ordentliche Erklärung für das Sportgericht, das solche Delikte ja nicht so gern sieht. Zudem verpflichten die Sportfunktionäre ja nun auch wieder, wie zu besten DDR Zeiten die Vereine für die bösartigen Ausschweifungen ihrer Anhängerschaft, an die "Aufsichtspflicht" und ähnlichen Schwachsinn.
In der letzten Zeit sehen sich die Fußballverbände dazu verpflichtet, sich wegen diverser Ausschreitungen zu erregen und das Problem an den Vereinen fest zu machen. Gerade in den unterklassigen Begegnungen im Osten gibt es zunehmend Randale, Gewaltausbrüche und drohen Spielabbrüche. Der Berliner Fußballverband spricht bei Begegnungen auf berliner Sportplätzen von brutalen Ausschreitungen und will in Zukunft einzelne Spieler und ganze Mannschaften von Spielbetrieb ausschließen. In der Verbandsliga zwischen Arneburg/Krusemark und Halle fällte ein Sprengkörper gleich zwei Spieler, in Chemnitz gegen Cottbus gab es wegen Knallkörpern beinahe einen Spielabbruch und in Blankenburg erlegte ein Zuschauer einen Wolfener Spieler per Fausthieb. In Aue (gegen Plauen) wurde nach der Erstürmung des Spielfeldes beinahe der Schiri gelyncht und in Meißen mußten sie Spieler über eine Stunde den Schiri in seiner Kabine vor Killern bewachen. Da kann ein Spieler schon mal vor Schreck die eigene Zunge verschlukken, wie Mario Brömßer aus Plauen.
Daß diese Ereignisse vielleicht andere Ursachen haben, kommt natürlich keinem in den Sinn. Was hat der FC Sachsen mit 40 Festgenommen am Cottbusser Bahnhof zu tun, die die Bullen angreifen, weil die ihnen den Weg in´s Stadion verweigern. Was hat es mit Fußballausschreitungen in Cottbus zu tun, wenn Schwarze Scheriffs, die permanent Leute aus Leipzig provozieren, mit Steinen beworfen werden? Wenn dann die Bullen noch zulassen, daß Berliner Hools in Sichtweite des Leipziger Blocks geraten und Sprüche klopfen, dann ist es doch verständlich, daß irgendwelche Hools aktiv werden. Ein Schiedsrichter, der dann nach dem Spiel von "Sachsen Schweinen" spricht trägt natürlich auch nicht gerade zur Entschärfung der Situation bei.
Fußball im Osten hat eben nur begrenzt mit Sport zu tun. Er wird einfach zum Ventil bzw. Erlebnisfeld für Leute, die mehr erleben wollen, als das, was irgendwelche Sozialarbeiter, Jugendbeauftragte oder Politassis für sie vorsehen. Daß die wenigen auf Westniveau getrimmten Fußballvereine des Ostens, die das Privileg besitzen, in höheren Spielklassen zu kicken, nicht jedermanns Geschmack sind, ist doch nur verständlich. Leute, die von der Sache nichts verstehen, die sich mit Oberflächlichkeiten und Plattheiten als Wortführer der Ossies aufschwingen, können natürlich nicht klar bekommen, daß die Kommerzialisierung des Sports viele Leute einfach abstößt und bestimmte Reize dieser Sportart und ihre Begleiterscheinungen verdrängt oder ganz ausgemerzt werden. Ein schönes Tor, ein gelungener Spielzug oder eine spannendes Turnier hat sicher seine Reize, ist aber nicht alles! Fußball hat für viele etwas mit selbermachen zu tun, auch wenn nicht unbedingt selbst ans Leder getreten wird. Nicht jeder gibt sich mit der Zuschauer Konsumentenrolle zu frieden. Nicht jeder läßt sich für sein Geld mit etwas Klimbim und den Effekten abspeisen. Den richtigen

Nervenkitzel, das echte Abenteuer, das Gefühl des Siegens, kann man sich am besten eben nur selbst erzeugen, auf seinem eigenen Trip. Das Fußballereignis ist dabei nur ein attraktives Mittel zum Zweck. Und wenn man mit den Leuten auf dem Rasen nicht mehr Verbindungen hat, als die Vereinsfarben und einen gegenwärtigen gemeinsamen Wohnort, erst recht! Anstatt, daß sich der FC Sachsen aber zu seinen Anhängern bekennt und sich schützend vor sie stellt, distanziert er sich von den sogenannten "Radaubrüdern" und will sie von Fußballspielen ausschließen. Wie zu finstersten Ostzeiten spielt man sich hier wieder als Erzieher auf, maßregelt und bestraft und nimmt wirklichen Einfluß, den der Verein ausüben könnte, nicht wahr. Rassistische Sprüche, neofaschistisches Vokabular werden gar nicht wahrgenommen, gehen als Kavaliersdelikte oder Normalität unter. Dabei ist in Leutzsch noch nicht alles hoffnungslos nach rechts abgedriftet, wie in anderen Vereinen. Aber der Verein macht Enthusiasten, die in der Sache mehr sehen als Fun am Samstag Nachmittag, eher das Leben schwer und vertreibt sie aus dem Stadion, wie z.B. die Macher der "Fetten Katze", belehrt und nervt die Fanclubs bei den Fanratsitzungen.

Aber auch hier beim Fußball sollte man sich wohl keine Traumschlösser errichten. So ein Verein ist auch nur ein Betrieb, ist ein Sammelbecken von Bossen, Möchtegernen und Karrieristen, bei dem es letztendlich um Kohle geht. Bewundernswert, daß es in Leutzsch noch diese Kombination mit der Unvernunft gibt, also wahrhaftigem Fantum, Blödheit pur für Nichts und Wiedernichts. Gegenwärtig versuchen neue Leute in die Führungsetagen des Vereins vorzustoßen um die Führungsplätze neben Prinz Henry und Wurstmulti Bauer zu ergänzen. Einer davon ist der ehemalige Chemiechef Kroszewsky, der sich vor Zeiten ja schon einmal mit Chemie in den wirtschaftlichen Ruin geritten hat...

Wesentlich besser wirtschaften als in Leutzsch tut da offensichtlich der Ortsrivale aus Dösen. Hier wird die relativ intakte Vereinsführung von Wirtschafts- und Politprominenz aus der Region umschwuchtelt und ergeben sich Krisen maximal aus internen Querelen. Einige wollen den Extrainer Starek aus der Kontrollkommission haben, der will aber nicht, Axtman, der Exchef, will wieder mitmischen, es sieht also gut aus, was die Konfusität anbelangt. Leider wird man wohl vergebens darauf hoffen dürfen, daß sich die Knalltüten dort draußen gegenseitig niederstechen, denn Vertreter aus Politik und Stadt greifen immer wieder schlichtend ein. Weiterhelfen werden hier nur echte sportliche Mißerfolge. Und die stehen nicht in Aussicht. Hoffen wir das Schlechteste! Vielleicht greift ja bei den Blau-Weißen das Streikfieber, das gegenwärtig so heiß diskutiert wird. Was hier bundesweit für die Spieler als ein lang ausstehendes Mittel im Arbeitskampf in Aussicht steht, treibt Vereinsbossen und Funktionären die Schweißperlen auf die Stirn. Natürlich könnten die Spieler auch ohne diese anstehenden Regelungen streiken, aber wie das nun mal so ist in Deutschland, muß auch die "Regelwidrigkeit" geregelt werden. Vereinsbosse, wie der ehemalige Politnik Peter Michael Diestel, derzeit Oberindianer bei Rostock, versteht gar nicht, warum Profifußballer, die ja so und so alles Millionäre sind, überhaupt streiken wollen. Er sieht diese Kicker eher als Einzelunternehmen, wie einen Boris Becker, die sich selbst bewirtschaften. Daß es aber noch tausende einfache Vertragsfußballer gibt, sieht der Mann erstmal nicht. Daß diese Leute ein Druckmittel fordern, um Grundinteressen gegenüber den Vereinen oder dem DFB durchzusetzen, Mitspracherecht bei Entscheidungen fordern, um sich nicht als Ware im Fußballgeschäft herumstoßen zu lassen, ist bestimmten Leuten natürlich nicht egal. Und daß die Fußballveranstalter immer wieder Verbesserungen einbringen, die das Spektakel attraktiver und vermarktbarer zu machen, wie breitere Tore für mehr Treffer, eine dritte Halbzeit für Werbeblöcke, verschärfte Rückpaßregeln um den Spielfluß zu steigern, kennen wir ja zur Genüge. Wenn Akteure, die auch nur ihre Jobs auf dem Rasen machen, ihre Forderungen auf Urlaubsgeld, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall etc. stellen, ist das doch ganz normal. Es gibt eben nicht nur Klinsmänner und Sammer´s. In Italien hat man Fußballerstreiks schon erlebt. Dort haben sich die hochbezahlten Profis der ersten Liga mit denen der zweiten und dritten Liga solidarisiert, die bei der Vergabe der Fernsehgelder benachteiligt wurden, und einen Spieltag in´s Wasser fallen ließen. - Ein für hiesige Verhältnisse völlig abwegiger Gedanke, daß sich ein Erstligaverein mit aller Konsequenz für einen Regionalligisten einsetzen würde!

Fußball ist eben auch nur normales Leben, auch wenn es oft ganz anders erscheint. Wenn Fußball zu etwas Besonderen gemacht wird, dann doch von ganz bestimmten Leuten mit ganz bestimmten Absichten. Unserer Lieblingsvereine haben sie sich ja schon unter den Nagel gerissen. Bleibt unser Part bei der Sache nun der, sie uns zurück zu erobern bzw. ihnen ihre Pläne durch antiautoritäres Verhalten zu versauen.

Den VfB Leipzig können sie sich natürlich in die Haare schmieren!

Bis dämnäxt auf diesen Seiten

bhur!

eins von vielen charakteristischen merkmalen der jugend schlechthin ist die enorme wohnungsfluktuation. jugendliche wechseln im allgemeinen ihre wohnungen recht häufig, einige von ihnen betreiben umzüge sogar deratig exessiv, daß man schon von suchtverhalten sprechen kann. ich zum beispiel bin in den letzten drei jahren fünf mal umgezogen. doch nicht genug damit, daß ich allein meine zimmer häufig wechsel, in meinem freundeskreis halten es die meisten menschen ebenso. in folge dessen ich bei mindestens zehn weiteren umzügen im verlauf des letzten jahres „geholfen" habe. das letzte mal half ich beim umzug, als ich gerade im krankenhaus lag.

bestimmte dinge kehren nämlich einfach zeitlebens immer wieder, und so eröffnete mir die oberschwester, kurz nachdem ich aus der narkose erwachte, in wenigen tagen würde die gesamte station zwei häuser weiter ziehen, von der tollwutimpfstelle in die innere medizin.

mein erstes zimmer war sehr geräumig für fünf betten, die eingangs auch alle belegt waren. doch schon am dritten tag teilte ich es mir mit nur einem weiteren patienten. die hohen wände waren gelb gestrichen, obenrum jedoch grau. die fenster waren mit wunderbaren weißen spitzegardinen verhängt. alles in allem war dieser raum perfekt für den dämmerzustand, in dem ich mich befand. denn ich bekam regelmäßig hervorragende beruhigungsmittel. auf meine frage hin, wann die tabletten anfingen zu wirken, sagte mir die schwester als ich das erste mal welche einnahm: „wenn sie gut sind, wird ihnen nach etwa einer stunde alles egal." und so geschah es dann auch. ich wurde weiterhin mit solchen präperaten versorgt, und es ging mir eigentlich sehr gut.

ein umstand allerdings machte mir sorgen: als patient, dem die mandeln entfernt wurden, sollte ich normalerweise mindestens ebensolche mengen von vanilleeis empfangen wie von valium oder heroin oder was das auch immer war. nur genau dies war nicht der fall, und also erkundigte ich mich bei einer schwester. auf mehrmaliges drängen meinerseits bekam ich am dritten folgetag meiner operation genau eine portion eis. ich erkundigte mich also am nächsten tag bei der oberschwester, die ich als die kompetentere vertrauenperson im gegensatz zu den anderen schwestern betrachtete, nach dem ausbleiben meiner vanillespeise.

„verehrte oberschwester", begann ich meine rede, „gestern sagte man mir, das vanilleeis sei zu ende gegangen. deshalb wollte ich sie zunächst einmal fragen, ob es möglich wäre, noch welches nachgeliefert zu bekommen?"

sie wendete ihr linkes ohr in richtung meines gesichtes, so daß es sich auf der höhe meines mundes befand, und mit einem kaum beschreiblichem maß an geringschätzung flüsterte sie beinahe: „was ist los?"

„vanilleeis", stammelte ich, „ob ich noch welches bekommen kann?"

„sie erhalten vanilleeis nur während der ersten zwei tage nach der operation. ansonsten ist keines für sie vorgesehen."

ich versuchte ihr zu erklären, daß eben dies nicht der fall war und ich erst ein einziges mal und so weiter und daß es mir doch so gut bekommen sei. dabei versäumte ich nicht auf den informationszettel hinzuweisen, den sie mir persönlich ausgehändigt hatte und anhand dessen nachzuvollziehen war, daß ich auch weiterhin noch vanilleeis erhalten sollte.

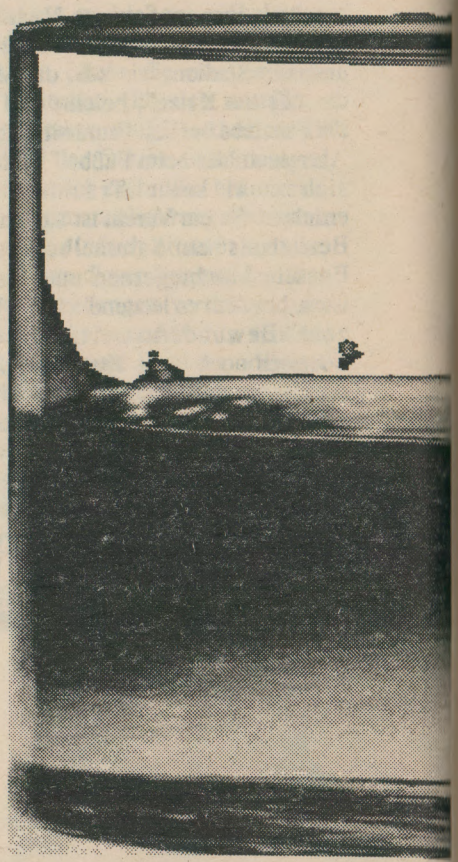
„auf dem zettel steht", entgegnete sie, nicht ohne sich das erste mal in einen widerspruch zu begeben, „ihnen können ihre angehörigen gerne vanileeis mitbringen. von uns allerdings erhalten sie keins."

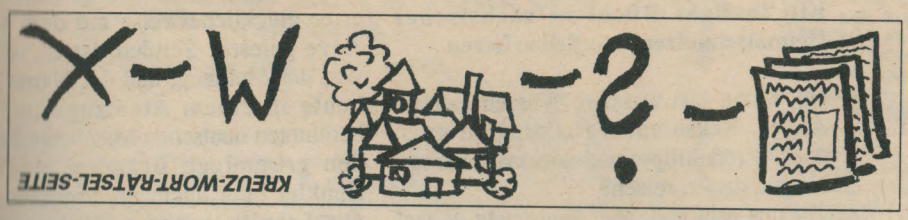
„das steht dort so nicht", protestierte ich.

„das steht dort nicht", ahmte sie mich bereits im weggehen nach, „nun so ist es aber!"

ich war sauer. gleichzeitig überlegte ich mir aber, daß es wohl kein krankenhausaufenthalt geben könne ohne gemeine oberschwestern. das hatte ich nun davon. ich wurde allerdings entschädigt, als mir daraufhin mein mitbewohner beim nächsten besuch prompt ein eis mitbrachte. oh, wie das schmeckte! am allerliebsten hätte ich mich mit dem stileis in der hand augenblicklich genau vor die oberschwester gestellt und ihr was vorgelutscht. meine befriedigung sollte allerdings von nur kurzer dauer sein. denn noch während seines besuchs konnte mein mitbewohner zeuge werden, wie ich ein falsches mittagessen geliefert bekam. dabei hatte ich mindestens vier schwestern bei jeder sich bietenden gelegenheit daraufhingewiesen, daß ich vegetarier sei. zuletzt eben jener oberschwester, und die wut stieg erneut in mir auf. ich haßte sie! wie konnte ich sie umbringen!?

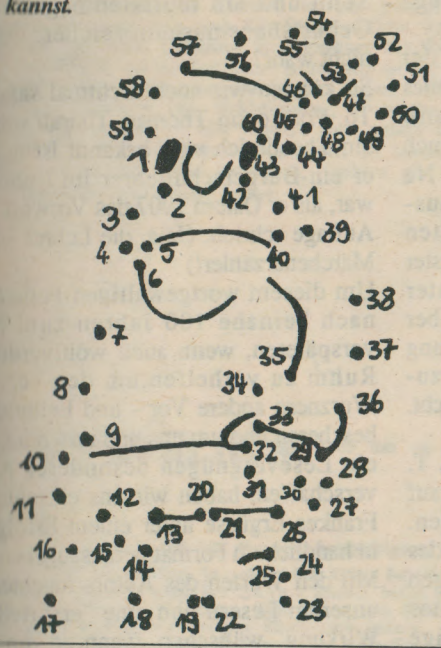
das war schon nach dem umzug, also auf der neuen station. dort hatten wir sogar einen balkon am fenster. aber ansonsten war das zimmer nicht so schön wie das alte. ein krankenhausaufenthalt jedoch, bei dem alles super ist, den darf es wahrscheinlich auch gar nicht geben. über irgendetwas muß man sich einfach aufregen. und genau das ist wahrscheinlich der job der oberschwestern. sie sind dazu da, damit die patientinnen und patienten sich aufregen können. ich kam mir ihr gegenüber so hilflos vor wie einmal der bademeisterin im stadtbad gegenüber. ich stand nackt und ohne meine brille unter dusche, um mich zu waschen, als sie hinzutrat und sich mit anderen nackten männern unterhielt. ich war fassungslos, wie gelähmt. kurzsichtig blinzelte ich einem weißen kittel in verschwommenen konturen entgegen. menschen, denen ich nicht in die augen sehen kann, kann ich einfach nichts erwidern. was sollte ich auch sagen, vollkommen wehrlos, nackt und unbebrillt.





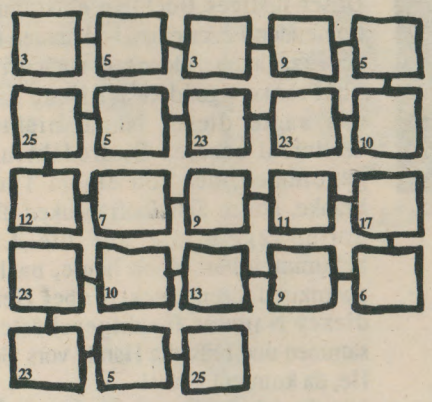
Zahlenverbinderätsel

Wenn du bis 60 zählen kannst, verbinde die Zahlen der Reihe nach. Wenn du das richtig hinbekommen hast, hast du einen Keks gewonnen, den du dir von der Lösung geben lassen kannst.



Das Keks-Rätsel

Passend zur Jahreszeit und immer am Zahn der Zeit gibt es diesmal ein Rätsel, welches die verträumte Advenszeit mit einem politisch hochbrisanten Thema verbindet. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben. Wenn ihr die richtigen Buchstaben in die nebenstehende Kästchenreihe für die entsprechenden Zahlen einsetzt, erhältst du den ultimativen Spruch des 16.11.96!! Demo-Touristen haben da natürlich einen Ratevorsprung!



Das Keks-Rätsel
1-G, 2-Q, 3-K, 4-V, 5-E, 6-O, 7-A, 8-Y, 9-S, 10-I, 11-C, 12-F, 13-N, 14-T, 15-J, 16-U, 17-H, 18-P, 19-L, 20-B, 21-W, 22-Z, 23-M, 24-D, 25-R, 26-X

__21__16__25__22__5__13
1. ostdeutsche Keksmetropole

__13__16__9__9
2. Hartschalenkeksschmuckaufleger

__25__6__9__10__13__5
3. vertrocknete Studentenfutterbeilage

__20__16__14__14__5__25
4. Kekszutat, die aus 10. gewonnen wird

__7__18__12__5__19
5. Winterobst, welches in 6. hineingelegt wird, damit der Inhalt weich wird

__24__6__9__5
6. Keksaufbewahrungsbehältnis

__3__7__12__12__5__5
7. Kekseintitschflüssigkeit

__3__5__25__22__5
8. sorgt für gemütliche Stimmung bei gemeinsamen Keksschmaus

__18__16__13__9__11__17
9. sorgt (wegen Alkoholgehalt) für heiter Stimmung beim Keksschmaus im Kalten

__23__10__19__11__17
10. Kekszutat, die den armen Kuhbabys weggenommen wird

Was ist das?

In unserer Körner-Rätsel-Was-ist-das?-Reihe müßt ihr diesmal raten: Was hat diese Kreatur im Maul?
Also, diesmal etwas anspruchsvoller, und eigentlich nur was für Zahnarztfrauen oder Dr. Best aus der Putzi-Zahnarztforschung.

Ein lustiges Büchlein sächsischer Heimatschnulzen zum Selberfalzen.

Na, schon mal was von Wurzen gehört? Ah, ja, Kekse und Faschos. Und sonst noch? Erdnußflipse und nochmal Faschos. Na gut, danke, setzen!

Tut uns echt leid, aber heute geht es mal nicht um kekshirnige Pimpfe.Wir wollen euch heute ein Wurzner Schmäckerchen ganz anderer Art vorstellen, etwas altbacken zwar, aber nichtsdestotrotz ein Gaumenschmaus der delikatesten Sorte. Diesen solltet ihr euch an einem verregneten Novembernachmittag im stillen Kämmerlein genüßlich auf der Zunge zergehen lassen. Seid also nicht traurig.

Unser lustiges Büchlein entstammt der tropfenden Feder eines verkannten Genies der Erzählkunst. Oder sagt euch der Name Th. Franke irgendetwas? Nein. Ja, auch uns sagte dieser Name nichts. Na vielleicht unseren Bildredakteur ausgenommen, der von einem Thorsten Franke, einem Schulhofrabauken übelster Sorte, regelmäßig auf die Lichter bekommen hat. Noch heute, nach über zwanzig Jahren, zuckt T. bei Nennung dieses Namens furchtgeschüttelt zusammen und reißt die Hände vors Gesicht. He, da kommt Franke!

Paradoxerweise ist nun ausgerechnet T. die Wiederentdeckung des Th. Franke, auf äußerst bezeichnende Weise gelungen. Beim Herausziehen eines alten Bildbandes aus dem obersten Fach eines staubigen Archivregals, klatschte ihm ein zweites Buch auf`s Auge. Nachdem er einige Minuten darauf herumgetrampelt war, hat er es glücklicherweise mit dem anderen Auge gelesen. Seitdem ist er, wie auch wir, der Meinung, daß der Name Franke heute in einem Atemzuge mit solch berühmten deutschen Märchenonkels, wie den grimmigen Brüdern, Hauff und Henkler oder auch, unvergessen, Eddy von Schnitz, genannt werden, wenn,ja wenn, der Depp nicht den schwerwiegenden Fehler begangen hätte, aus reiner Bescheidenheit, seine Geschichten unter dem irreführenden Titel:"Praktisches Lehrbuch der Sächsischen Geschichte" zu veröffentlichen.Wurzen wäre um einen berühmten Sohn und ein touristenmagnetisches Geburtshausmuseum reicher. Schade, nicht wahr?

So können wir noch nichtmal sagen, ob Th. Franke ein Thomas, Thoralf oder gar ein Theoderich war. bekannt ist nur, daß er ein Bürgerschullehrer im Ruhestand war, als er Ostern 1907 das Vorwort zur 2. Auflage schrieb. (Jaja, die Lehrer - prima Märchenerzähler!)

Um diesem wortgewaltigen Federhalter nach beinahe 100 Jahren zum etwas verspäteten, wenn auch wohlverdienten Ruhm zu verhelfen,um den verirrten Wurznern andere Vor - und Leitbilder zu bescheren und um uns und unseren Lesern ein Lesevergnügen besonderer Art zu verschaffen, haben wir uns entschlossen, Frankes Ergüsse unter einem Erfolgstitel in handlichem Format herauszugeben.

Mit den Worten des Autors möchten wir unserem Lesern nun eine "ersprießliche Wirkung" wünschen, wenn er von blutdürstenden Luchsen, ungewaschenen Sorbenwenden, arbeitsscheuen Germanen, einem stierkopfabreißendem August und anderen Highlights des tausendjährigen sächsischen Gruselkabinetts sein Auge nicht zu lösen vermag.

Der 1. Teil unseres beliebten Sammelbandes beschäftigt sich mit unserem Heimatlande vor etwa 1000 Jahren. Wer also schon immer einmal wissen wollte, wie es vor ungefähr 1000 Jahren hier aussah, sollte sich diesen Leckerbissen genüßlich reinziehen, in welchem außerordentlich bildlich beschrieben steht, was in unserem schönen Sachsenlande vor 1000 Jahren so usus war. Natürlich sah es vor etwa 1000 Jahren ganz anders aus, ne, sind ja immerhin 1000 Jahre her, mindestens 1000 Jahre wohlbemerkt.

"...und morgen geht es wieder auf die Jagd", sagte der König.

Sachsen vor etwa 1000 Jahren.

A. Darbietung.

Wie es vor etwa 1000 Jahren in unserem Vaterlande aussah.

1. Wie Sachsen vor 1000 Jahren aussah.

Vor et [illegible] erlande ganz anders aus [illegible] ite und dichte Wälder den [illegible] ren nicht von Menschenhand gepflanzt, sondern wuchsen wild auf und wurden uralt. Waren sie endlich morsch und von den Larven der Borkenkäfer vielfach durchbohrt, so wurden sie zuletzt von heftigen Stürmen entwurzelt oder zerbrochen. Solche Wälder nennen wir Urwälder. In diesen Urwäldern lebten zahlreiche wilde Tiere. Hungrige Wölfe durchheulten die Schluchten nach Beute; zottige Bären rieben sich an den knorrigen Eichen oder krochen in die Höhlen morscher Baumriesen; blutdürstige Luchse lauerten gleich den wilden Katzen in den dichten Zweigen auf ihren Raub; wilde Schweine wühlten mit ihren Rüsseln und Hauern im Moraste. Auf den lichten, begrasten Waldblößen sammelten sich Hasen, schlanke Rehe und stattliche Hirsche, dazu auch wilde, große Ochsen (Ur- oder Auerochsen).

2. Die Bewohner Sachsens.

So zahlreich die Tierwelt in den großen Wäldern war, so wenig Ansiedelungen und Menschen erblickte das Auge des Wanderers. In allem erschienen die Bewohner den Deutschen fremd. Sie waren kleiner als die Deutschen, hatten kein helles, sondern ein dunkles Haar, keine blauen, sondern dunkle Augen. Fragten wir sie nach Namen, Herkunft und Beschäftigung, so würden wir ihre Sprache gar nicht verstehen. Sie redeten eine andere Sprache, sie hatten andere Sitten und Gebräuche als wir, sie waren uns völlig fremd. Sie waren eben keine Deutschen, sondern ein anderes Volk. Sie

Zunächst erinnern uns die zahlreichen wendischen Ortsnamen daran, daß sie viele Ortschaften in den Niederungen und Flußtälern Sachsens gegründet haben. An manchen Orten hat sich auch noch die wendische Anlage erhalten. Die rein deutschen Dörfer sind ganz anders angelegt als die sorbischen. In den echt deutschen Dörfern liegen die Häuser und Bauerngüter einzeln und sind von ihren Gärten umgeben und vom Nachbar getrennt; bei den wendischen Dörfern aber steht Haus an Haus, Bauerngut an Bauerngut unmittelbar an der Straße. Daher sind die deutschen Dörfer lang, die wendischen hingegen meist klein und zusammengedrängt. An die früheren Wenden erinnern auch noch die wendischen Fluß- und Familiennamen. Sie gaben z. B. der Zschopau (die Tosende), der Chemnitz (der Steinbach), der Würschnitz und Zwönitz, der Weißeritz, der Neiße und andern die Namen. Von den alten wendischen Familiennamen haben sich gleichfalls noch viele erhalten, wie z. B. Tertscheck, Könneritz, Planitz, Karlowitz, Pötzsch, Nitzsche usw. Ebenso erinnern noch viele Fundgegenstände an sie; so hat man wendische Werkzeuge, Waffen, Schmuckgegenstände, die Reste von sorbischen Altären an vielen Orten unsers Vaterlandes gefunden. Die heutigen Wenden in der Wendei haben sogar noch die wendische Sprache, Sitte und Tracht nebst vielen Gewohnheiten und Gebräuchen erhalten. Sie lehren am deutlichsten, daß ihre Vorfahren einst ganz Sachsen besaßen. Aber sie legen uns auch die Frage nahe: Wie ist es gekommen, daß die Wenden heute nicht mehr ganz Sachsen innehaben?

Schneiden! Falten! Falten! Schneiden

4. Womit sich die Sorben beschäftigten.

Da die Wälder so zahlreiches Wild beherbergten, so widmeten sich die Sorben gern der Jagd. Hinter dicken Baumstämmen stand der Sorbe auf der Lauer. Mit Lanze und Spieß, Pfeil und Bogen erlegte er den raubgierigen Wolf und Bären, das wilde Schwein, wie auch das behende Reh und den schnellen Hirsch. Das Fleisch der erbeuteten Tiere ward in der Sonne gedörrt und dann genossen. Die Haut wurde abgezogen und ebenfalls in der Sonne getrocknet; sie diente am Tage als Mantel und in der Nacht als Deckbett; denn man verstand damals noch nicht, das Fell zu Leder zu gerben. Die Sorben, welche an den Flüssen wohnten, trieben eifrig Fischfang.

Die Viehzucht stand im hohen Ansehen; ja, im Anfange bildete die Viehzucht die Hauptbeschäftigung und die Hauptnahrungsquelle der Wenden. Da zogen diese wandernd von Ort zu Ort, von Weide zu Weide, wie Abrahams und Lots Hirten. Allmählich aber betrieben die Sorben den Ackerbau weit mehr. Sie fingen an, die dichten Wälder Sachsens auszuroden und in fruchtbares Ackerland umzuwandeln, wo und wenn ihnen dies nicht zu viel Mühe bereitete; denn die mühsame und harte Arbeit scheuten sie ebenso sehr wie die alten Deutschen. Das Ausroden machten sie sich möglichst leicht, denn sie steckten die Wälder einfach in Brand und benutzten die Holzasche dann zur Düngung des Bodens. Sie trockneten aber auch zuweilen Sümpfe aus und pflügten den Boden mit ihrem hölzernen Hakenpfluge kreuz und quer, wodurch der Boden zwar etwas gelockert und aufgerissen, aber nicht gewendet wurde. In den nur notdürftig aufgelockerten Acker säeten sie Hafer und Gerste, Korn und Weizen, Hanf und Flachs. Das Getreide ward mit der Sichel abgemäht und dann auf der Tenne unter freiem Himmel ausgedroschen. Daher nannten sich die Wenden Sorben, d. h. Sichelmänner, Ackerbauer. Häufig bauten sie auch Rüben und Rettiche und Hopfen, ja, sie trieben schon ein wenig Garten- und Obstbau. Sie fingen an, die sauren Holzäpfel zu veredeln und saftreiche, süße Obstarten zu ziehen. In manchen Dörfern pflegte man ganz besonders den Obstbau, so in Gablenz bei Chemnitz; dies erhielt daher seinen Namen Apfelbaumdorf.

Die Sorbenwenden kannten auch schon eine Menge anderer Beschäftigungen, die wir als die Anfänge der Gewerbe ansehen müssen. Aus dem Flachs oder der Schafwolle spannen die Frauen Garn; daraus stellten sie dauerhafte Gewebe her, woraus sie dann Gewänder, Zelte und Segel fertigten. Aus dem Lehm und Ton brannten sie Ziegel. Töpfer formten mit der Hand und der Drehscheibe Töpfe, Krüge und andere Gefäße, die man dann im Feuer hart brannte. Schmiede fertigten auch schon mancherlei Geräte und

Waffen. Aus dem Holze schnitzten die Sorben teils Geräte, teils Bilder, welche ihre Götter darstellen sollten. Fleißig betrieben sie auch die Korbflechterei. Freilich waren alle diese Gerätschaften und Dinge meist noch sehr unvollkommen und mangelhaft; aber das lag daran, daß die Sorbenwenden weder Maschinen noch gute Werkzeuge besaßen. Ihnen bereitete die Herstellung all dieser Erzeugnisse weit mehr Mühe, ja Kopfzerbrechen als unsern jetzigen Handwerkern. Zu ihrer Zeit galten diese Dinge schon als sehr gut und wurden von allen hochgeschätzt und gern gekauft. Man tauschte aber damals Ware gegen Ware aus, da man kein Geld besaß. Die Sorben trieben einen lebhaften Handel unter sich und mit den Deutschen. Ihre Lastkähne schwammen auf der Elbe, Mulde und Saale. Brücken und gute Wege fehlten allerdings damals noch und das erschwerte den Handel ungemein; doch ließen sich die handelseifrigen Sorben dadurch nicht abhalten; sie setzten entweder mit Kähnen und Fähren über die Flüsse oder fuhren an seichten Stellen durch sie. Daher nannte man diese Übergänge Furten. Da an diesen Stellen meist ein Dorf entstand, erhielt es auch zuweilen den Namen von der Furt, wie z. B. das Dorf Furt bei Chemnitz, die Städte Erfurt und Querfurt in Thüringen. Den Deutschen lieferten die Sorben hauptsächlich Tuch, Leinwand, Töpferwaren, Getreide, Holzschnitzereien, namentlich aber Wachs, Pferde und Salz, das sie aus Salzquellen oder Solen gewannen. Auch mit Menschen, Sklaven, d. h. Slawen, trieben sie einen schwungvollen Handel. So fleißig und betriebsam die Sorben waren, so unsauber waren sie. Sie starrten vor Schmutz und befanden sich trotz aller Unreinlichkeit wohl und hielten diese für keine Schande. So friedlich sie sich auch oft zeigten, so rachsüchtig, hinterlistig, treulos und grausam verfuhren sie mit ihren Feinden, sobald sie diese überwunden hatten. Trotz alledem hielten sie die Gastfreundschaft hoch und nahmen jedermann gern ohne Murren auf. Besondere Vorliebe zeigten sie für Musik, Gesang und Tanz.

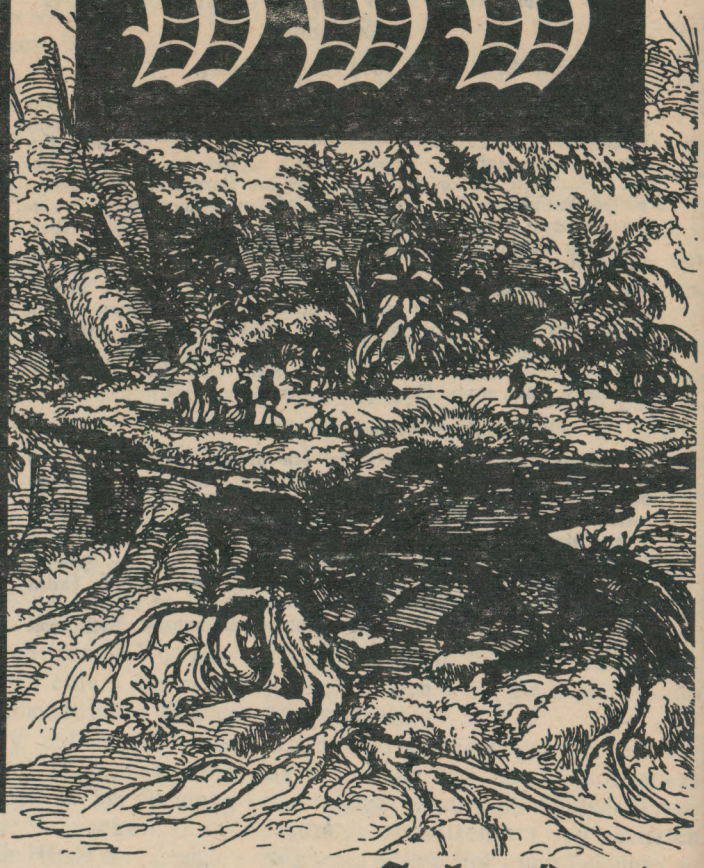
5. Was die Sorben glaubten.

Die Sorbenwenden glaubten noch nicht wie wir an einen Gott und an Christus. Sie waren noch keine Christen, sondern Heiden. Sie beteten Götter an, welche, wie die Bibel sagt, Mäuler hatten und doch nicht reden konnten, welche Ohren hatten und nicht hören konnten. Diese Götterbilder schnitzten sie aus Holz. Besondere Gotteshäuser errichteten die Sorben ihren Göttern noch nicht, sondern nur steinerne Altäre. In schattigen Hainen oder unter uralten Eichen oder auf hohen Bergen erbauten sie am liebsten diese Altäre. Noch heute findet man auf dem Berge Tschornebog in der Lausitz große Steinblöcke, welche den Sorben dieser Gegend als Altäre gedient haben. So hat man auch auf andern Bergen die Überreste wendischer

Falten!

FlexiFix 11/97

WWW



Falten! Falten! Falten!

Schneiden! Schneiden!

Zunächst erinnern uns die zahlreichen wendischen Ortsnamen daran, daß sie viele Ortschaften in den Niederungen und Flußtälern Sachsens gegründet haben. An manchen Orten hat sich auch noch die wendische Anlage erhalten. Die rein deutschen Dörfer sind ganz anders angelegt als die sorbischen. In den echt deutschen Dörfern liegen die Häuser und Bauerngüter einzeln und sind von ihren Gärten umgeben und vom Nachbar getrennt; bei den wendischen Dörfern aber steht Haus an Haus, Bauerngut an Bauerngut unmittelbar an der Straße. Daher sind die deutschen Dörfer lang, die wendischen hingegen meist klein und zusammengedrängt. An die früheren Wenden erinnern auch noch die wendischen Fluß- und Familiennamen. Sie gaben z. B. der Zschopau (die Tosende), der Chemnitz (der Steinbach), der Würschnitz und Zwönitz, der Weißeritz, der Neiße und andern die Namen. Von den alten wendischen Familiennamen haben sich gleichfalls noch viele erhalten, wie z. B. Tertscheck, Könneritz, Planitz, Karlowitz, Pötzsch, Nitzsche usw. Ebenso erinnern noch viele Fundgegenstände an sie; so hat man wendische Werkzeuge, Waffen, Schmuckgegenstände, die Reste von sorbischen Altären an vielen Orten unsers Vaterlandes gefunden. Die heutigen Wenden in der Wendei haben sogar noch die wendische Sprache, Sitte und Tracht nebst vielen Gewohnheiten und Gebräuchen erhalten. Sie lehren am deutlichsten, daß ihre Vorfahren einst ganz Sachsen besaßen. Aber sie legen uns auch die Frage nahe: Wie ist es gekommen, daß die Wenden heute nicht mehr ganz Sachsen innehaben?

Gründung der Mark Meißen.

A. Darbietung.

Wie die Wenden ihre Macht und ihr Land verloren.

1. Wie Heinrich I. die Sorben besiegte.

Damals herrschte über die Deutschen ein tapferer König. Er hieß Heinrich I. Sein Stammland war das Herzogtum Sachsen; dies lag zwischen Rhein und Elbe und zwischen Harz und Nordsee. Dieser mutige König begann mit den Sorben einen Krieg. Schon oft waren die Sorben in die deutschen Grenzländer eingefallen und hatten daselbst die Häuser niedergebrannt, die Männer erschlagen, die Frauen und Kinder gefangen genommen und als Sklaven weggeführt, sowie alles Hab und Gut geraubt. Freilich hatten die Deutschen gewöhnlich Gleiches mit Gleichem vergolten und hatten dann mit ihrem selbst nannten sich Sorben, d. h. wahrscheinlich Sichelmänner; ihr Land hieß darum Sorabia, d. h. Sorbenland. Von den angrenzenden Deutschen wurden sie aber Wenden genannt, d. h. jedenfalls Wasserbewohner. Sehen wir nun zu, warum diese Bewohner Sachsens zu diesem Namen kamen.

3. Wie und wo die Wenden ihre Ortschaften anlegten.

Die Wenden suchten am liebsten die fruchtbaren Ebenen, sowie die üppigen Grasniederungen der wasser- und fischreichen Flüsse, der Mulde, der Chemnitz, der Zschopau, der Elbe, der Spree usw. auf. In die großen und dichten Wälder des Erzgebirges, das damals Miriquidi- oder Schwarzwald hieß, drangen sie nur wenig vor. Darum wurden sie mit Recht von den Deutschen Wenden oder Wasserbewohner genannt. An diesen alten Namen erinnert uns die Wendei in der Lausitz, wo noch heute Wenden wohnen, die die wendische Sprache sprechen. Ihre Häuser glichen mehr Hütten. Sie stellten diese aus rohgezimmerten Balken her, verklebten das Sparrenwerk mit Lehm und bedeckten das Dach mit Stroh. Die Wohnräume für die Menschen, sowie die Ställe für das Vieh und die Scheune befanden sich sämtlich unter ein und demselben Dache. Eine Hütte stand fächerförmig an der anderen um einen ring- oder hufeisenförmigen Platz, auf dem sich die Sorben versammelten, wenn sie etwas gemeinsam beraten wollten. In der Mitte dieses Platzes befand sich meist ein Teich oder ein Brunnen, der von alten Eichen oder Buchen beschattet wurde. Alle Häuser kehrten eine Giebelseite dem freien Platze zu, von wo aus zuerst nur einer, später jedoch gewöhnlich zwei Ausgänge ins Freie führten. Die Ausgänge waren durch starke Tore vor Einfällen geschützt. Ebenso war das ganze Dorf mit hohen Erdwällen umgeben. Auf diesen schlugen sie häufig noch viele Pfähle ein, um die Feinde besser abwehren zu können. So bildete jedes Sorbendorf eine kleine Burg, eine kleine Festung. Manche Ortschaften haben ihren Namen davon erhalten. So bedeutet Strehla Schützenburg. Andere nannte man nach ihrer Lage; Dresden heißt Waldort, Pirna Uferstadt, Plauen Floßstätte, Chemnitz Steinbach, da es an der steinreichen Chemnitz nahe an den Porphyrbrüchen gegründet ward. Aus vielen Wendendörfern sind später berühmte und große Städte geworden, wie z. B. Dresden, Leipzig (Lipa = Linde, Lipsk, Lipzio = Lindenstadt), Chemnitz, Zwickau, Plauen, Meißen (= Grenzheim), Bautzen, Zittau u. a. Die wendischen Ortsnamen erkennt man gewöhnlich an ihren Endungen, sie enden in der Regel auf ig, eck, a, au, itz, -2tsch, atzsch, witz (witz = Ort oder Dorf) und oitzsch, wie z. B. Leisnig, Lausigk, Taucha, Borna, Grimma, Glauchau, Colditz, Rochlitz, Connewitz, Lommatzsch und Groitzsch.

Kaffee aus Nicaragua

- Wir kaufen nur bei selbstverwalteten Kooperativen von KleinbäuerInnen oder LandarbeiterInnen ein
- Wir finanzieren die Ernte teilweise vor, um die ProduzentInnen nicht in die Verschuldung bei unseriösen ZwischenhändlerInnen zu treiben
- Wir zahlen einen stabilen und garantierten Mindestpreis, der zeitweise (z.B. im Mai '93) doppelt so hoch war wie der Weltmarktpreis. Sollte der Weltmarktpreis diese Höhe erreichen, zahlen wir immer 10% mehr. Damit können sich die ProduzentInnen ihre Existenz sichern, und es bleiben Mittel zum Aufbau materieller und sozialer Projekte für die Bevölkerung im Projektgebiet.
- Trotz unseres Einkaufspreises bezeichnen wir diesen Kaffee nicht als fair gehandelt. Ein Kaffee mit gerechten Löhnen würde aus diesem alltäglichen Getränk ein unbezahlbares Luxusgut machen. Die ungerechten Welthandelsstrukturen verwandeln aber wertvolle und aufwendig produzierte Güter in Billigangebote für die Industrienationen.

el rojito

BÜCHER ZU DEN THEMEN
FEMINISMUS, TRIKONT,
ANARCHISMUS,
(ANTI)FASCHISMUS,
(ANTI)PÄDAGOGIK, ROMANE,
KRIMIS UND VIELES MEHR...

Bibliothek

...ODER AUCH
NUR EINFACH REINSETZEN,
STÖBERN, KAFFEE TRINKEN

el rojito **Industriestraße 97, 04229 Leipzig, Tel.: 0341 / 4795093,**
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag von 17 bis 19:30 Uhr

Klarofix gibt´s jeden ersten im Monat bei Könich Heinz, Braustrasse, Conne Island, Connewitzer Stadtbuchhandlung, Alexandrina, Boccaccio, Culton, Frau Krause, Cafe Manfred (Stö), GenerationX, Weltladen Stöckartstrasse, Kaufhaus Goldfisch, IG Rock Haus Leipzig, Infoladen, Infobüro, HdD Cafe, Killy Willy, Eisdiele Sweet, Lichtwirtschaft, Muzak, Mühlstrasse, mb, naTo, Ulli´s Bücherstube,Sack und Hand, Sachsenbuch, Vokü Stöckartstrasse, Schall und Rausch, Bruchladen Bruchsteine, Plaque, Substanz, Mrs. Hippie, Zeughaus, bei Elke im Handverkauf, ZORO, Al Pascha, Werk II, Halle V, El Roijito, Cafe und Buch (Hamburch), wer will im Abo

und natürlich auch in Woltersdorf